



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

EU - NATO

Status Quo und Ausblick einer Beziehung mit Hürden

Verfasser

Emanuel J. M. Riccabona

Angestrebter akademischer Grad

Magister Philosophiae (Mag. phil.)

Wien, September 2010

Studienrichtung: Politikwissenschaft

Studienkennzahl: A 300

Matrikelnummer: 0400661

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Paul Luif

Meiner Familie

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	9
1. Einleitung.....	13
2. Fragestellung.....	16
3. Theoretische Orientierung	17
3.1 Theoriewahl	17
3.2 Die Mutter – Der Realismus	18
3.3 Die Tochter – Der Neorealismus	20
4. Definitionen	26
4.1 Beziehungen.....	26
4.2 Kommunikation	27
4.3 Zusammenarbeit.....	28
5. Hypothesenbildung & Begriffsoperationalisierung	29
5.1 Der Begriff „Beziehungen“	29
5.2 Kategorien.....	30
5.3 Kriterien & Indikatoren.....	30
6. Methoden	33
6.1 Forschungsdesign.....	33
6.2 Qualitative Inhaltsanalyse	34
6.3 Experteninterviews	35
6.3.1 Interviewdesign.....	36
6.3.1 Auswahl der Befragten	37
7. Geschichtlicher Überblick	40
7.1 Vorgeschichte und Grundidee.....	40
7.2 Zeitleiste der Beziehungen – Vom Tag „Null“ zum Status Quo	43
7.2.1 Maastricht & Brüssel – 1992-1994	43

7.2.2 Sicherheitsabkommen & Berlin – 1994-1996.....	44
7.2.3 Amsterdam, St. Malo & Albright – 1997/1998	46
7.2.4 Washington, Köln & Helsinki – 1999.....	49
7.2.5 Sintra & Feira – 2000.....	52
7.2.6 Nizza & Berlin-Plus – 2000-2003.....	55
7.2.7 Tervuren & Brüssel – 2003.....	62
7.2.8 CONCORDIA & ALTHEA – 2003/2004	64
7.2.9 Weitere Institutionalisierungen – 2003-2006.....	65
8. Status Quo.....	68
8.1 Exkurs: Hierarchie vs. Konkurrenz.....	71
8.1.1 US-Vorherrschaft vs. EU-Autonomie.....	71
8.1.2 Die Strategie Dokumente der NATO, der USA und der EU	76
8.1.2.1 Das Strategische Konzept der NATO	76
8.1.2.2 Die Europäische Sicherheitsstrategie.....	77
8.1.2.3 Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA.....	78
8.1.3 NATO-Vorherrschaft vs. GSVP-Autonomie.....	79
8.2 Kommunikation	81
8.2.1 Politische Ebene – Institutionalisierte Treffen.....	81
8.2.1.1 PSK-NAR-Treffen	82
8.2.1.2 EU-NATO Capability Group.....	82
8.2.1.3 Informationsaustausch	83
8.2.1.4 Das Mitgliedschaftsproblem	84
8.2.1.4.1 EU-Mitglieder ohne NATO-Mitgliedschaft	85
8.2.1.4.2 NATO-Mitglieder ohne EU Mitgliedschaft.....	85
8.2.1.4.3 Problemfall Türkei-Zypern	86
8.2.1.4.4 Erweiterung.....	90
8.2.2 Organisationsebene – Schnittstellen	90

8.2.3 Operationsebene.....	91
8.3 Zusammenarbeit.....	92
8.3.1 Operationen.....	93
8.3.1.1 Berlin-Plus Operationen.....	93
8.3.1.2 Andere Operationen.....	94
8.3.1.3 Die Frage der Spezialisierung.....	95
8.3.2 Ressourcen & Kapazitäten.....	96
8.3.2.1 Militärische Kapazitäten & Ressourcen.....	97
8.3.2.1.1 Planungs- und Strategische Führungskapazitäten.....	99
8.3.2.1.2 Strategischer Transport.....	100
8.3.2.1.3 Schnelle Eingreiftruppen (ERRF & NRF vs. Battle Groups).....	101
8.3.2.2 Zivil-Militärische Kapazitäten und Ressourcen.....	104
8.3.2.3 Ziviles Katastrophenmanagement.....	105
8.3.2.4 Ökonomische Faktoren.....	106
8.3.2.4.1 Das Budget Problem.....	106
8.3.2.4.2 Verteidigungsindustrie & Europäische Verteidigungsagentur.....	108
9. Schlussfolgerungen & Ausblick.....	109
10. Tabellen.....	115
10.1 Mitgliedschaft.....	115
10.2 Die Logik der Aufgabenteilung.....	116
10.3 Verteidigungsbudgets USA vs. EU.....	116
10.4 Top 16 Verteidigungsbudgets (inkl. EU).....	117
10.5 Verteidigungsausgaben in % des BIP.....	118
11. Quellenverzeichnis.....	119
11.1 Bücher, Sammelbände & Artikel.....	119
11.2 Andere Publikationen.....	123
11.3 Pressemitteilungen & Presse.....	123

11.4 Dokumente.....	124
11.5 Internetquellen	128
11.6 Experteninterviews	129
12. Abstract.....	133
13. Lebenslauf.....	135

Abkürzungsverzeichnis

AIK	Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation
AU	Afrikanische Union
BM	Bundesminister
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
CJTF	„Combined Joint Task Force“
CON/CAP	„Concepts and Capabilities“, Konzepte und Kapazitäten
DG	„Director General“, Generaldirektor oder „Directorate General“, Generaldirektorat
DSACEUR	„Deputy Supreme Allied Commander Europe“, Stellvertretender Oberbefehlshaber der NATO für Operationen
EADRCC	„Euro-Atlantic Disaster Response and Coordination Center“, Euro-Atlantisches Krisenbekämpfungs- und -koordinationszentrum
EAPC	„Euro-Atlantic Partnership Council“, Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EATF	„European Air Transport Fleet“, Europäische Lufttransportflotte
EDA	„European Defense Agency“, Europäische Verteidigungsagentur
EK	Europäische Kommission
EP	Europäisches Parlament

ER	Europäischer Rat
ERRF	„European Rapid Reaction Force“
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ESVU	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion
EU	Europäische Union
EULEX	„European Union Rule of Law Mission to Kosovo“, Polizeimission der Europäischen Union im Kosovo
EUMC	„European Union Military Committee“, Militärausschuss der EU
EUMS	„European Union Military Staff“, Militärstab der EU
EVA	Europäische Verteidigungsagentur
F&E	Forschung und Entwicklung
fYROM	„Former Yugoslavian Republic of Macedonia“, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
GESVP	Gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Bezeichnung für sicherheits- und Verteidigungspolitische Bemühungen der EU bis Nizza 2001)
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HV-GASP	Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
IMS	„NATO International Military Staff“, Internationaler Militärstab der NATO
Kdt	Kommandant
KFOR	„Kosovo Force“, Kosovo-Truppe

KMO	Krisenmanagement-Operation
MC	„Military Committee“, Militärausschuss der NATO
MECE	„Mutually Exclusive & Collectively Exhaustive“
MIC	„Monitoring and Information Center“, Überwachungs- und Informationszentrum
MS	Mitgliedsstaat(en)
NAC	„North Atlantic Council“, Nordatlantikrat
NAR	Nordatlantikrat
NATO	„North-Atlantic Treaty Organization“, Nordatlantikvertragsorganisation
NATO-IS	„NATO International Staff“, Internationaler Stab der NATO
NATO-SG	„NATO Secretary General“, NATO-Generalsekretär
NRF	„NATO Response Force“
OPS-Division	„Operations Division“, Sektion für Operationen
ÖV	Österreichische Vertretung
PASP-Division	„Political Affairs and Security Policy Division“, Sektion für Politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik
PCG	"Policy Coordination Group" (PCG)
PfP	„Partnership for Peace“, Partnerschaft für den Frieden
PMG	„Politico Military Group“ (EU)
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee

RAA/AB	Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen
RdEU	Rat der Europäischen Union
SAFE	„Synchronized Armed Forces Europe“
SG	„Secretary General“, Generalsekretär
SHAPE	„Supreme Headquarters Allied Powers Europe“, Oberbefehlshauptquartier der Alliierten Kräfte in Europa
SSZ	Ständig Strukturierte Zusammenarbeit
USA	„United States of America“, Vereinigte Staaten von Amerika
WEU	Westeuropäische Union

1. Einleitung

Seit Beginn der ESVP legte nicht nur die weitreichend übereinstimmende Mitgliedschaft, sondern auch die ähnlichen Interessen und die mögliche Vermeidung von Duplizierungen eine Kooperation der EU mit der NATO nahe. Jedoch erwies sich diese Zusammenarbeit bald nach den ersten Versuchen um einiges weniger einfach als sie offensichtlich sinnvoll ist.

Die vorliegende Arbeit will der Funktionalität der Kooperation zwischen EU und NATO auf den Grund gehen. Funktionalität der Kooperation soll heißen, dass bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele einerseits durch koordiniertes Vorgehen eine Effektivitätssteigerung, und andererseits durch Aufgabenteilung und in der Folge Vermeidung von Duplizierungen eine Effizienzsteigerung erwirkt werden kann. Hier soll also nach einer kurzen Abhandlung der bisherigen Evolution und Gestaltung der Beziehungen zwischen EU und NATO eine Analyse des aktuellen Stands und der entsprechenden Strukturen, sowie ein Ausblick auf kommende Entwicklungen geboten werden.

Da die treibenden Kräfte hinter den Beziehungen die führenden Mitgliedsstaaten der EU, Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, und auf der anderen Seite die USA sind, ist es wichtig die Dynamiken in deren Verhältnis auf dem internationalen Parkett zueinander mit in die Analyse einzubinden. Hier kommen vor allem die über die Jahre stärker gewordenen Eigenständigkeitsbestrebungen auf Seiten der EU-Staaten zum Tragen. Durch den erst 2009 verabschiedeten Vertrag von Lissabon mündet die ESVP durch die Ausweitung der gemeinsamen Bemühungen der Mitgliedsstaaten der EU in Richtung eines „Quasi-Verteidigungsbündnisses“ schließlich in die GSVP, was darüber hinaus die WEU obsolet machte und deren Auslaufen einläutete. Eine solche Ausweitung der gemeinsamen Verteidigung auf Seiten der EU verändert natürlich das Bild der Beziehungen zum bis dato einzigen europäischen Verteidigungsbündnis der Nachkriegszeit. Neben der individuellen Weiterentwicklung der beiden Organisationen nehmen zahlreiche weitere Faktoren Einfluss auf ihre Beziehungen zueinander bzw. ihre Fähigkeit effektiv zusammenzuarbeiten. Die Rückkehr Frankreichs in die militärischen

Strukturen der NATO wie auch wiederholte Annäherungsversuche der Türkei an die EU könnten beispielshalber als Entwicklungen gesehen werden, die auf Besserung hoffen lassen.

Nachdem gerade die sich immer mehr ausbildenden Fähigkeiten und der Willen der Mitgliedsstaaten zur sicherheitspolitischen Eigenständigkeit der EU genannt wurden, sind vor allem die neuen Bedrohungen in die Rechnung mit aufzunehmen. Die primäre Herausforderung der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit Ende des Kalten Kriegs ist die Bewältigung des internationalen Terrorismus. Neben dieser, spätestens seit dem elften September, als direkte Bedrohung verstandenen Herausforderung, kommen andere Problemstellungen der internationalen Sicherheit hinzu, welche bisher zumeist als Aufgabe der USA als Weltpolizei gesehen wurden. Da die Entwicklung der Möglichkeiten der EU dazu geführt hat, dass diese auch eigenständig bestimmte Aufgaben übernimmt, mögen manche sogar eine sich anbahnende Konkurrenzstellung von Europa und den USA als Weltpolizei erkennen. Um es auf den Punkt zu bringen: Es gibt genügend Anlass, sich mit dem aktuellen Stand der Dinge in Sachen Zusammenarbeit zwischen EU und NATO auseinanderzusetzen.

Diese Arbeit soll hierzu eine aktuelle und qualifizierte Diagnose bieten. Zu diesem Zweck wird sie durch Einblicke, die der Autor während seiner Arbeit für die Österreichische Vertretung bei der NATO im NATO-Hauptquartier in Brüssel erlangte, in einen entsprechenden Kontext gestellt. Im Rahmen dieser Erfahrung war es mir nicht nur möglich neben zahlreichen anderen Aufgaben und Tätigkeiten des Tagesgeschäfts auch für die Vertretung mit in der „EU-NATO Capability Group“ zu sitzen und somit die Inhaltsarmut der Beziehungen auf institutioneller Ebene hautnah erleben. Vor allem aber konnten hochaktuelle und qualifizierte Informationen und Einschätzungen aus mehreren ausführlichen Interviews mit den jeweils für diese bilateralen Beziehungen zuständigen Vertretern bei EU und NATO, anderen hochrangigen Vertretern beider Organisationen, sowie hochrangigen Experten aus Diplomatie, Militär und Wissenschaft gewonnen werden. Natürlich kann nicht verleugnet werden, dass, wie auch ganz allgemein in der Politik, die wertvollsten Informationen sehr oft bei informellen Gesprächen in der Cafeteria gewonnen werden können.

Spätestens wenn die Professorin des Autors an der Georgetown University und ehemalige US-Außenministerin, Madeleine Albright, über die EU-NATO Beziehungen sagt, dass das „ein schwieriges aber gleichzeitig genau deshalb interessantes Thema“¹ sei, ist es naheliegend, die bisher durch Schwierigkeiten gekennzeichnete Zusammenarbeit der beiden Organisationen aufs Neue zu durchleuchten und auf den Prüfstand zu stellen.

1 Persönliches Gespräch mit Madeleine Albright, April 2009.

2. Fragestellung

In dieser Arbeit gilt es also, festzustellen, wie es um die Beziehungen bzw. die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO bestellt ist. Um das Erkenntnisinteresse in eine handhabbare Fragestellung überzuführen, wird die hier zu führende Analyse in zeitlicher Hinsicht auf eine Momentaufnahme eingeschränkt, also der Status Quo erfasst. Selbstverständlich wird es nötig sein, einen groben Überblick über die Entstehungsgeschichte sowie einen detaillierteren über die jüngere Geschichte der Beziehungen zu gewinnen, um den Status Quo entsprechend verstehen zu können.

Die zentrale Forschungsfrage lautet somit:

Besteht zwischen EU und NATO eine funktionierende Zusammenarbeit?

Die Suche nach der aktuellen Gestaltung und Funktionalität der Beziehungen zwischen der EU und der NATO und die möglichen zukünftigen Entwicklungen stehen im Zentrum des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit: einerseits, wie diese Beziehungen strukturiert und ob sie effektiv sind; andererseits, welche Entwicklungen und Tendenzen sich abzeichnen.

Wenn hier nach der Funktionalität der Beziehungen bzw. Zusammenarbeit zwischen EU und NATO gefragt wird, was ist dann der Maßstab? Ist der Maßstab die Erfüllung oder Nicht-Erfüllung des zwischen den Organisationen Vereinbarten? Oder orientiert man sich hier am offenkundig Sinnvollen? Es wird gelten, entlang beider Maßstäbe zu prüfen. Genauso wenig wie die Zusammenarbeit tatsächlich nur von den beauftragten Organen bewerkstelligt oder allein im vereinbarten Rahmen passiert – zumal dieser extrem eng gesteckt ist –, so macht es auch wenig Sinn der Zusammenarbeit ein Zeugnis lediglich anhand der Zielerreichung auszustellen. Der Autor versteht also die Frage nach der Funktionalität umfassender als lediglich eine Analyse der Zielerreichung.

3. Theoretische Orientierung

Die Suche nach dem geeigneten Theoriefundament muss sich zunächst am Teilbereich der wissenschaftlichen Disziplin, dem die zu untersuchende Fragestellung zuzuordnen ist, orientieren. Zudem soll die zu wählende Theorie ausreichend Aussagen für eine gute Hypothesenbildung bieten.

3.1 Theoriewahl

Die dieser Arbeit zugrunde gelegte Fragestellung ist innerhalb der Mutterdisziplin Politikwissenschaft der Tochterdisziplin Internationale Beziehungen zuzurechnen. Innerhalb dieser Teildisziplin, die sich mit der Zusammenarbeit zwischen Staaten befasst, ist diese Fragestellung dem Teilbereich der Analyse von Zusammenarbeit nach Begründung einer Kooperation einzuordnen.

Während sich der neoliberal-institutionalistische Ansatz besonders für die Betrachtung der Entstehungsphase internationaler Kooperation in der euro-atlantischen Welt eignet², ist der neorealistische Ansatz passender, wenn es „darum geht, einen einmal erreichten Integrationsstand zu wahren und weiterzuentwickeln, oder darum, in unerwarteten Problem- und Konfliktsituationen gemeinsam zu bestehen [...]“³. Da die dieser Arbeit zugrunde gelegte Fragestellung nicht mit der Entstehungsgeschichte der beiden Organisationen unmittelbar zu tun hat oder mittelbar in Berührung kommt, scheint also der Neorealismus das bessere Theoriefundament zu bieten.

2 Siehe Siedschlag, Alexander et al (2007): Grundlelemente der internationalen Politik, Wien – Köln – Weimar, 187.

3 Ibid, 187.

Um die Fundamente und Wurzeln des Neorealismus zu erfassen und somit viele seiner Kernaussagen besser verstehen zu können, muss man zunächst einen Blick in Richtung Realismus werfen.

3.2 Die Mutter – Der Realismus

Der Realismus geht dem Neorealismus als Metatheorie voran und formt somit die grundlegenden Axiome der Theorieschule des Neorealismus. Der von Kenneth Waltz begründete Neorealismus greift einen großen Teil der Kernaussagen auf. Hans Morgenthau, der wohl führende Vertreter des klassischen Realismus sagt über internationale Politik:

International politics, like all politics, is a struggle for power. Whatever the ultimate aims of international politics, power is always the immediate aim. Statesmen and peoples may ultimately seek freedom, security, prosperity, or power itself. They may define their goals in terms of a religious, philosophic, economic or social ideal. They may hope that this ideal will materialize through its inner force, through divine intervention, or through the natural development of human affairs. They may also try to further its realization through nonpolitical means, such as technological cooperation with other nations or international organizations. But whenever they strive to realize their goal by means of international politics, they do so by striving for power.⁴

Macht ist also das zentrale Motiv in der internationalen Politik. Mehr Macht bedeutet mehr Potential, nationale Interessen durchzusetzen. Als elementare Ansichten und Grundideen realistischer Theorie nennen Jackson und Sørensen zusammenfassend:

1. A pessimistic view of human nature;
2. A conviction that international relations are necessarily conflictual and that international conflicts are ultimately resolved by war;
3. A high regard for the values of national security and state survival;

4 Morgenthau, Hans J./Thompson, Kenneth W. (1985): Politics among Nations – the struggle for power and peace, New York, 31.

4. A basic scepticism that there can be progress in international politics that is comparable to that in domestic political life.⁵

Vertreter des Realismus sehen internationale Politik als anarchisches System einzelner Staaten ohne übergeordnete Instanz, wobei andere Akteure, wie internationale Organisationen oder NGOs, von untergeordneter Wichtigkeit sind. In dieser Anarchie trachten Staaten danach ihre nationalen Interessen auf internationaler Ebene zu fördern und zu verteidigen. Es gibt jedoch eine Hierarchie der Macht. Großmächte spielen die zentrale Rolle. Realisten meinen, dass die internationalen Beziehungen vornehmlich der Kampf der Großmächte um Vorherrschaft und Sicherheit sind. In diesem Kampf um die Durchsetzung nationaler Interessen kann letztendlich keinem Staat endgültig vertraut werden, da faktisch jeder bereit sein muss, seine internationalen Verpflichtungen gegenüber nationalen Interessen hintan zu stellen. Im Vergleich zu der primären außenpolitischen Aufgabe, nationale Interessen durchzusetzen, sind also Abkommen, internationales Recht, Konventionen, etc. entbehrliche Arrangements.⁶

Dieses Streben der einzelnen Staaten, vornehmlich der Großmächte, ihre nationalen Interessen durchzusetzen resultiert in einem Gleichgewichtsspiel. Nach dem Sicherheitsdilemma von John Herz kann dieses Verhalten mitunter durch gegensätzliche Interessen zu Instabilität führen und sogar in Kriege münden.⁷ Der Betrachtungsgegenstand des Realismus ist jedoch in erster Linie das ausgleichende Bemühen der Großmächte, welches im Endeffekt meist zu einem Machtgleichgewicht bzw. Patt führt, was wiederum Stillhalten und Sicherheit bzw. einen gewissen Frieden garantiert. Alexander Siedschlag bezeichnet dies als „ein System des Machtgleichgewichtes im Sinne von checks and balances“⁸.

5 Jackson, Robert/ Sørensen, Georg (2007): Introduction to International Relations – Theories and approaches, New York, 60.

6 Siehe ibid, 60.

7 Siehe Roe, Paul (1999): The Intrastate Security Dilemma: Ethnic Conflict as a ‘Tragedy’?, in: Journal of Peace Research, Vol. 36 (2), S. 183-202, London, 183ff.

8 Siedschlag, Alexander et al (2007): Grundelemente der internationalen Politik, Wien – Köln – Weimar, 191.

Eine besondere Rolle in dieser Gleichung spielen Nuklearwaffen. Morgenthau hatte die fundamentale Bedeutung der nuklearen Variable in der internationalen Politik erkannt:

The availability of nuclear weapons makes it necessary to distinguish between usable and unusable power. It is one of the paradoxes of the nuclear age that, in contrast to the experience of all of pre-nuclear history, an increase in military power is no longer necessarily conducive to an increase in political power. The threat of all-out nuclear violence implies the threat of total destruction. As such, it can still be a suitable instrument of foreign policy when addressed to a nation which cannot reply in kind. The nation armed with nuclear weapons can assert power over the other nations by saying: Either you do as I say, or I will destroy you. The situation is different if the nation so threatened can respond by saying: If you destroy me with nuclear weapons, you will be destroyed in turn. Here the mutual threats cancel each other out. Since the nuclear destruction of one nation would call forth the nuclear destruction of the other, both nations can afford to disregard the threat on the assumption that both will act rationally.⁹

3.3 Die Tochter – Der Neorealismus

Waltz nahm 1979 die Grundelemente des Realismus und entwickelte die heute in der internationalen Politik (vor allem in den USA) vorherrschende Theorieschule, den Neorealismus. Er übernimmt das Konzept der internationalen Anarchie, konzentriert sich ausschließlich auf Staaten und stellt die Machtpolitik des anarchischen Staatensystems in den Fokus. Er nimmt an, dass die zentralen Anliegen der Staaten Sicherheit und Überleben sind. Krieg ist das Hauptproblem von Großmachtpolitik, was Friede und Sicherheit zu den wichtigsten Aufgaben internationaler Beziehungen zwischen Großmächten macht.¹⁰

Der Neorealismus sieht die Landschaft der internationalen Politik als „[...] durch die absolute Dominanz von Sicherheitsinteressen, den Selbsterhaltungstrieb der Staaten und

9 Morgenthau, Hans J./Thompson, Kenneth W. (1985): Politics among Nations – the struggle for power and peace, New York, 33.

10 Siehe Jackson, Robert/ Sørensen, Georg (2007): Introduction to International Relations – Theories and approaches, New York, 77.

die Verweigerung von Kooperation gekennzeichnet.“¹¹. Staaten sind die höchste Instanz und müssen mangels Vorhandensein einer „Weltregierung“ in der Anarchie der internationalen Politik immer auf alles vorbereitet sein¹².

Ganz im Sinne einer auf Staaten umgelegten Maslow'schen Bedürfnispyramide stellt die Sicherheit also das Grundbedürfnis des Staates dar. Waltz übernimmt es als zentrale und wichtigste Motivation des staatlichen Handelns.

Nach Waltz ist das grundlegende Merkmal der internationalen Beziehungen die dezentrale Anarchie unter den Staaten. Mit all ihren Unterschieden und Eigenheiten in Sachen Kultur, Ideologie, Verfassung, etc. sind sich Staaten in grundlegend funktionaler Hinsicht, also in Bezug auf die zu erfüllenden Aufgaben, gleich. Der grundlegende Unterschied zwischen Staaten, als Einheit des internationalen Systems, liegt in den ausgeprägt verschiedenen Potentialen.¹³ Mit Waltzs Worten: „[...] units [...] are [...] distinguished primarily by their greater or lesser capabilities for performing similar tasks.“¹⁴.

Jackson & Sørensen erfassen die Essenz seiner um dieses Sicherheitsbestreben gesponnene Theorie wie folgt:

In Waltz's view the best IR theory is a neorealist systems theory that focuses centrally on the structure of the system, on its interacting units, and on the continuities and changes of the system. [...] the structure of the system, in particular the relative distribution of power, is the central analytical focus. [Individual] Actors are less important because structures compel them to act in certain ways. Structures more or less determine actions.“¹⁵

11 Schörmig, Niklas (2006): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (hrsg): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 65.

12 Siehe ibid, 65.

13 Siehe Jackson, Robert/ Sørensen, Georg (2007): Introduction to International Relations – Theories and approaches, New York, 75.

14 Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics, Reading, MA: McGraw Hill. 97

15 Jackson, Robert/ Sørensen, Georg (2007): Introduction to International Relations – Theories and approaches, New York, 75.

Es müssen also die Einheiten eines Systems und die Anordnung dieser zueinander analysiert werden. Die tatsächliche Interaktion kann zu einem nicht unerheblichen Teil individuellen Akteuren, Personen, zugerechnet werden. Diese Akteure wechseln jedoch, während die Struktur einer Organisation bzw. eines Systems erhalten bleibt. Also ist die Akteursebene hintanzustellen und die Ausrichtung von Einheiten zueinander zu betrachten.¹⁶ Daher ist in erster Linie von Interesse das Ordnungsprinzip, also die Regel nach welcher die Einheiten angeordnet sind bzw. zueinander stehen (z.B. Hierarchie), zu verstehen und festzustellen welche Aufgaben bzw. Macht formell an der Einheit hängen.¹⁷

Gruppierungen, wie etwa Bündnisse, können zwar unter Umständen Indizien für die Betrachtung, welche Staaten sich in ihren Absichten ähneln bzw. gemeinsam Ziele verfolgen wollen, darstellen. Sie sind jedoch unerheblich für die Beurteilung der Struktur des internationalen Systems. Hierbei zählen eben lediglich die Potentiale der Staaten.¹⁸ Daher stellt Waltz fest: „The structure of a system changes with changes in the distribution of capabilities across the system’s units. And changes in structure change expectations about how the units of the system will behave and about the outcomes their interactions will produce.“¹⁹

In einem anarchischen System, meint Waltz, sei der Naturzustand zwischen Staaten der Kriegszustand²⁰. Dies ähnelt, auf anderer Ebene betrachtet, den zentralen Ansichten Hobbes. Wobei bei Hobbes, der Mensch durch die Abgabe von Rechten an den Staat, welcher quasi ein Gewaltmonopol erhält, Sicherheit geboten bekommt. Diese übergeordnete Instanz existiert in der internationalen Politik jedoch nicht. Zumindest nicht auf den ersten Blick.

16 Siehe Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics, Reading, MA: McGraw Hill, 80.

17 Siehe *ibid*, 81f.

18 *Ibid*, 98f.

19 *Ibid*, 97.

20 Siehe *ibid*, 102.

Auf einen zweiten Blick muss man feststellen, dass die Existenz von Großmächten, die kleinere Mächte in ihrem Verhalten maßgeblich beeinflussen können, Stabilität schafft. Hierbei geht es also, ähnlich wie beim innerstaatlichen Model von Hobbes, nicht unbedingt immer um die Ausübung von Gewalt, sondern meist die bereits ausreichend wirksame Androhung derselben. Meist schafft diese Androhung auch den eben erwähnten stabilisierenden Effekt auf internationaler Ebene. Dies gilt aber nicht nur von Großmächten gegenüber schwächeren Staaten. Die Androhung von Gewalt zwischen Großmächten schafft natürlich auch gewisse Stabilität, wenn die in Aussicht stehenden Kosten einer gewaltsamen Durchsetzung der eigenen Interessen zu hoch wären. Bezieht man nun die Auswirkungen ökonomischer wie militärischer Interdependenzen und die Größe der Eintrittsbarrieren in den „Klub der Großmächte“ in die Rechnung mit ein, so zeigt sich schlussendlich, dass das bipolare System die stabilste Form eines friedengarantierenden Machtgleichgewichts ist.²¹ Großmächte streben zugleich nach Machterhalt, da ihr Einfluss auf die Weltpolitik es ihnen erlaubt, ihre nationalen Interessen bevorzugt durchzusetzen; so Waltz:

Whether or not by force, each state plots the course it thinks will best serve its interests. [...] In politics force is said to be the ultima ratio. In international politics force serves, not only as the ultima ratio, but indeed as the first and constant one. [...] The constant possibility that force will be used limits manipulations, moderates demands, and serves as an incentive for the settlement of disputes.²²

Der Neorealismus befasst sich also im Kern mit der „[...] Ebene des internationalen Systems. Er schließt in seinen Erklärungen grundlegend von der Struktur des internationalen Systems auf das Verhalten der Staaten und wird daher oft auch als struktureller Realismus bezeichnet“²³. Die für den Neorealismus typisch deduktive Herangehensweise, gepaart mit ökonomischen Ansätzen führt dazu, dass der Fokus klar auf der Analyse des Systems und seiner Struktur liegt. Hier spielen die realistisch gesehen

21 Siehe Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics, Reading, MA: McGraw Hill, 130ff.

22 Ibid, 113f.

23 Schörnig, Niklas (2006): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (hrsg): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 66.

zentralen Themen Macht und Sicherheitsbestrebungen nur noch mittelbar eine wichtige Rolle, da sie bestimmte friedensichernde bzw. konfliktvermeidende Machtkonstellationen bewirken können²⁴.

In Bezug auf konfliktvermeidende Machtkonstellationen, wie bipolare oder multipolare Systeme, scheint es mir hier erwähnenswert, dass Waltz bereits in den 1970er Jahren das Potential Europas sah, wenn er meinte: „A united Europe that developed political competence and military power over the years would one day emerge as the third superpower, ranking probably between the United States and the Soviet Union.“²⁵ Er bemerkt jedoch wenige Seiten später: „For reasons of tradition, of political compatibility, and of ideological preference, a new Europe might well pull westward; but we know that the internal characteristics and the preferences of nations do not provide sufficient grounds for predicting behavior.“²⁶ In der weiterführenden Rechnung kommt Waltz zum Ergebnis, dass die hier angenommene Situation dazu führen würde, dass Europa und die Sowjet Union als die beiden schwächeren Großmächte naheliegenderweise dazu tendieren müssten gemeinsame Versuche zu unternehmen, die Vereinigten Staaten, die stärkere Großmacht, zu schwächen.²⁷ Eine bipolare Konstellation ist also wie oben bereits erwähnt immer die stabilere, da hier lediglich der Machterhalt, jedoch nicht der Machtausbau ein vernünftiges und naheliegendes Handlungsziel sein kann.

Nachdem nun ein neorealistisches Betrachtungsgerüst gebaut ist, welches den Staat als Akteur, Macht als wichtigstes Merkmal dieser Systemeinheit „Staat“ und die Sicherheit als zentrales Ziel und Interesse definiert, bleibt nun in Anbetracht der vorliegenden Arbeit noch einmal festzustellen, welche Rolle internationale Organisationen in diesem neorealistischen System der internationalen Politik einnehmen. Es mag es auf den ersten Blick als problematisch erscheinen, dass der Neorealismus die Akteursstellung von internationalen Organisationen als untergeordnete sieht. Selbst haben sie keinerlei

24 Siehe Schörnig, Niklas (2006): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (hrsg): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 67.

25 Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics, Reading, MA: McGraw Hill, 180.

26 Ibid, 202.

27 Siehe ibid, 202.

bestimmenden Einfluss auf die internationale Politik.²⁸ Mearsheimer bringt dies auf den Punkt:

Realists maintain that institutions are basically a reflection of the distribution of power in the world. They are based on the self-interested calculations of the great powers, and they have no independent effect on state behavior. Realists therefore believe that institutions are not an important cause of peace. They matter only on the margins.²⁹

Mearsheimer zieht den zentralen Schluss, dass internationale Institutionen nur minimalen Einfluss auf das Verhalten von Staaten haben und nur wenig Aussicht versprechen, in der Welt nach dem Kalten Krieg aktiv stabilitätsfördernd zu wirken³⁰. Klarerweise leugnet der Neorealismus nicht deren Existenz und Bedeutung. Internationale Organisationen sind vielmehr Werkzeuge oder Plattformen, um die Interessen einzelner bzw. die Verhältnisse der Struktur des internationalen Systems zu bedienen. Waltz formuliert schärfer: „[...] whether institutions have strong or weak effects depends on what states intend. Strong states use institutions, as they interpret laws, in ways that suit them.“³¹

28 Siehe Schörnig, Niklas (2006): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 72.

29 Mearsheimer, John J. (1994/1995): The False Promise of International Institutions, in: International Security, Vol. 19, No. 3 (Winter, 1994-1995), S. 5-49, Cambridge, 7.

30 Siehe ibid.

31 Waltz, Kenneth N. (2000): Structural Realism after the Cold War, in: International Security, Vol. 25, No. 1 (Summer 2000), S. 5-41, Cambridge, 24.

4. Definitionen

Um die in der Haupthypothese verwendeten und somit Analyse-leitenden Begriffe fassbar zu machen, werden diese hier definiert und in einen logischen Zusammenhang gestellt. Mangels geeigneter Definitionen der zu erläuternden Begriffe im Kontext der Internationalen Politik werden diese der Nachvollziehbarkeit halber spezifisch für die vorliegende Arbeit definiert.

Hierbei wird gemäß der „in den Erfahrungswissenschaften üblichen Form des Definierens, der Nominaldefinition“³² vorgegangen. Es werden also Begriffe mit Hilfe anderer, deren Bedeutung allgemein bekannt ist bzw. deren Verständnis vorausgesetzt werden kann³³.

4.1 Beziehungen

Beziehungen zwischen Staaten, Organisationen oder anderen Akteuren der internationalen Politik können Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den interagierenden Partnern beinhalten, wobei Zusammenarbeit naheliegender- bzw. üblicherweise Kommunikation voraussetzt. Kommunikation alleine wird im alltäglichen Sprachgebrauch oft auch schon als aufrechte Beziehungen bezeichnet. Um einem korrekten und klaren Sprachgebrauch Rechnung zu tragen, darf in einem solchen Fall jedoch nicht von Beziehungen gesprochen werden. Beziehungen bestehen also zwangsweise aus den beiden Kategorien Kommunikation und Zusammenarbeit. Es gilt:

Beziehungen = Kommunikation + Zusammenarbeit

Wobei: Kommunikation > 0 und Zusammenarbeit > 0

32 Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung – Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, Stuttgart, 145.

33 Siehe ibid.

4.2 Kommunikation

Kommunikation zwischen Staaten, Organisationen oder anderen Akteuren der internationalen Politik kann in dreierlei Kriterien – zwei formelle und ein materielles – zerlegt werden:

1. Es müssen institutionalisierte Treffen zwischen Vertretern beider Teile stattfinden. Diese Treffen müssen offiziell sein und einer gewissen Regelmäßigkeit unterliegen.
2. Es müssen definierte Schnittstellen also Funktionseinheiten in den Organisationsstrukturen der beiden Organisationen, Staaten oder anderen Akteure eingerichtet werden, welche als Anknüpfungspunkt für eine kontinuierliche Kommunikation administrativ möglich macht. Die Person bzw. die Personen, die diese Funktionseinheit besetzen, sind folglich als Ansprechpartner zu bezeichnen.
3. Das materielle Kriterium ist der tatsächlich stattfindende Austausch von Informationen. Im Unterschied zu den vorangehenden beiden Formindikatoren, wird hier also tatsächliches inhaltsreiches Aktivwerden vorausgesetzt.

Es gilt also:

Kommunikation = Institutionalisierte Treffen + Definierte Schnittstellen + Informationsaustausch

Wobei Institutionalisierte Treffen > 0 und Definierte Schnittstellen > 0 und Informationsaustausch > 0

4.3 Zusammenarbeit

Zusammenarbeit zwischen zwei Staaten, Organisationen oder anderen Akteuren der internationalen Politik setzen konzertiertes Vorgehen und/oder aufgabenteiliges Vorgehen voraus. Grundsätzlich genügt also die Erfüllung eines der beiden Kriterien. Die Kombination beider verstärkt natürlich das Gewicht bzw. die Bedeutung und in den meisten Fällen Effektivität und Effizienz der Zusammenarbeit. Es gilt also:

Zusammenarbeit = Konzertiertes Vorgehen + Aufgabenteiliges Vorgehen

Wobei entweder Konzertiertes Vorgehen > 0 und/oder Aufgabenteiliges Vorgehen > 0

5. Hypothesenbildung & Begriffsoperationalisierung

Um mit der Fragestellung nun besser umgehen zu können, wird sie im Rahmen der Formulierung von Hypothesen in sinnvoll handhabbare Pakete zerlegt. Handhabbar bedeutet, dass sie sich für eine weitere Analyse als Einheit gut eignen, weil sie wegen der Konzentration auf ein oder wenige Einzelthemen überschaubar und – ganz im Sinne der Konzeptspezifikation im Rahmen der Begriffsoperationalisierung – in ihrer Bedeutung konkreter sind³⁴. Sinnvoll bedeutet, dass sie „MECE“ sind, also einem Anspruch genügen „mutually exclusive“ und „collectively exhaustive“ zu sein³⁵. Übersetzt heißt das, dass die einzelnen Teilpakete zum einen überschneidungsfrei, also ohne Überlappungen, sind, und zum anderen in ihrer Summe wieder das Ganze, also in diesem Fall die Gesamtfragestellung, ergeben bzw. abdecken müssen.

5.1 Der Begriff „Beziehungen“

Beziehungen zwischen zwei Organisationen wie auch die Zusammenarbeit sind, jeweils für sich, schwer zu fassende und schwer definierbare Begriffe. „Beziehungen“ ist aber jedenfalls der umfassendere Begriff, da er im Unterschied zur „Zusammenarbeit“ beispielshalber auch die schlichte Aufrechterhaltung bzw. den Betrieb von Verbindungsbüros bedeuten kann. „Beziehungen“ können aber ebenso „Zusammenarbeit“ beinhalten, je nachdem ob eine solche vorhanden ist oder nicht. Somit ist „Beziehungen“ die größere Einheit. Im Jargon der mathematischen Mengenlehre ausgedrückt würde dies also lauten:

$$\text{Zusammenarbeit} \in \{\text{Beziehungen}\}$$

34 Siehe Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung – Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, Stuttgart, 175.

35 Siehe Rasiel, Ethan (1999): The McKinsey Way – Using the Techniques of the World's Top Strategic Consultants to Help You and Your Business, McGraw-Hill, 6f.

5.2 Kategorien

In einem ersten Schritt hin zur Hypothesenbildung wird nun der Begriff „Beziehungen“ in die Bausteine bzw. Kategorien „Kommunikation“ und „Zusammenarbeit“. Das ist MECE, da „Kommunikation“ per Definition keine aktive Zusammenarbeit beinhaltet und „Zusammenarbeit“ per Definition das aktive Tun, nicht aber die schlichte Kommunikation, meint. Insgesamt ergeben „Kommunikation“ und „Zusammenarbeit“ jedoch die Gesamtheit der „Beziehungen“. Also:

$$\text{Beziehungen} = \text{Kommunikation} + \text{Zusammenarbeit}^{36}$$

Folglich lautet die Hypothese, die die anschließende Analyse vornehmlich anleiten soll:

Die Beziehungen funktionieren, wenn die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen funktioniert.

5.3 Kriterien & Indikatoren

Um nun eine entsprechende analytische Greifbarkeit der Kategorien zu gewährleisten, werden die in dem konditionalen Teil dieser Hypothese verwendeten Kategorien in ihre Kriterien die wiederum MECE zu halten sind zerlegt³⁷.

Im Falle der Kommunikation ergibt das laut obiger Definition folgende Kriterien:

$$\text{Kommunikation} = \text{Institutionalisierte Treffen} + \text{Definierte Schnittstellen} + \text{Informationsaustausch}^{38}$$

36 Siehe oben 4.1.

37 Siehe Rasiel, Ethan (1999): The McKinsey Way – Using the Techniques of the World's Top Strategic Consultants to Help You and Your Business, McGraw-Hill, 6f.

38 Siehe oben 4.2.

Hernach wird jedes Kriterium in die folgenden drei Ebenen, die als Gliederung Leitlinienindikatoren dienen sollen zerlegt:

1. Politisch-strategische Ebene: Staaten
2. Operative Ebene: Organisation
3. Taktische Ebene: Operationen

Während institutionalisierte Treffen meist nur auf politisch-strategischer Ebene stattfinden und Schnittstellen lediglich in Form von Funktionseinheiten der Organisationen möglich sind, betrifft der Informationsaustausch alle Ebenen. Im Falle der Zusammenarbeit ergibt das folgende Kriterien:

$$\text{Zusammenarbeit} = \text{Konzertiertes Vorgehen} + \text{Aufgabenteilung}^{39}$$

Hier wird wieder jedes Kriterium nach Bereichen in folgende zwei Indikatoren aufgespalten:

1. Operationen
2. Ressourcen und Kapazitäten

Im Analyseteil dieser Arbeit gilt es nun die einzelnen Indikatoren zu durchleuchten und hernach zu beurteilen. Ergeben die Beurteilungen der Indikatoren zu einem Kriterium insgesamt ein positives Urteil, so ist dieses Kriterium zu bejahen; im Falle eines in der Summe negativen Urteils ist das Kriterium zu verneinen. In einem weiteren Schritt kann dann auf die Kategorien, also die Begriffe, geschlossen werden, was wiederum in einem weiteren Schritt die Verifikation bzw. Falsifikation der Hypothese erlaubt.

Dem in dieser Arbeit verwendeten neorealistischen Theoriefundament zufolge sind Staaten die letzte Instanz und somit letztendlich entscheidungsrelevant. Da es also keine übergeordnete Instanz gibt, setzen Staaten in der anarchischen Ordnung der

39 Siehe oben 4.3.

internationalen Politik ihre nationalen Interessen je nach Kräfteverteilung durch. Das bringt mich zu einer weiteren Hypothese, die es in dieser Arbeit zu prüfen gilt:

Wenn die beiden stärksten Akteure der Beziehungen zwischen EU und NATO, die USA und die Gesamtheit der führenden Mitgliedsstaaten der EU, sich als Konkurrenten verstehen, sind die Beziehungen zum Scheitern verurteilt.

Ganz allgemein wird noch vorausschickend die ebenfalls zu prüfenden Hypothese in den Raum gestellt, dass die von Grund auf unterschiedliche Ausrichtung der beiden Organisationen lediglich ein Koordinierungs- und kein wirkliches Kooperationsverhältnis zulassen.

6. Methoden

Um die Analyse der vorliegenden Arbeit in einen entsprechenden Kontext zu stellen, wird zunächst ein grundsätzliches Verständnis der geschichtlichen Entstehung der Beziehungen zwischen den beiden Organisationen erarbeitet. Dies wird größtenteils auf Basis der entsprechenden Dokumente anderer Primärquellen sowie durch ergänzende Sekundärliteratur geschehen. Zusätzlich tragen Einblicke, die der Autor im Zuge seines Praktikums und den entsprechenden Teilnahmen an Sitzungen von Ausschüssen und Arbeitsgruppen (u. a. in der „EU-NATO Capability Group“, dem erweiterten NAR, zahlreichen Arbeitsgruppen, politischen wie militärischen Ausschüssen, Übungen, etc.) gewinnen konnte, als grobes Bild der jüngeren Entwicklungen zur Kontextbildung bei.

6.1 Forschungsdesign

Die theoretische Fundierung geklärt und die Hypothesen in handliche Teile zerlegt, wird nun die Methodik der vorliegenden Arbeit skizziert. Das Thema ist in die praktisch orientierte Bedarfsforschung⁴⁰ einzuordnen und legt das Forschungsdesign einer „Fallstudie“ nahe⁴¹. Dies bedeutet typischerweise für das Design:

1. Ziel: Gewinnung strategischer Erkenntnis
2. Bereich: Erhebung spezifischer, eingegrenzter Daten
3. Methoden: Einsatz einzelner Methoden
4. Zeitliche Dimension: Momentaufnahmen durch punktuelle Erhebung⁴²

40 Siehe Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin, 63.

41 Siehe ibid, 67. & Burnham, Peter et al (2004): Research Methods in Politics, Houndmills, 53ff.

42 Siehe Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin, 64f.

Von diesem typischen Design für die Fallstudie wird lediglich in Punkt 3 dahingehend abgewichen, dass zwei Methoden kombiniert werden. Dem Thema und dem ohnedies üblicherweise qualitativ ausgelegten Fallstudiendesign entsprechend werden die qualitative Inhaltsanalyse und Experteninterviews verwendet. Die gemeinsame Anwendung dieser beiden Methoden wird unter anderem von Burnham, Gilland, Grant und Layton-Henry als besonders effektiv befunden⁴³.

6.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Für den historischen und aktuellen Überblick, also die Basis der Analyse, sowie als ergänzende Methode für den eigentlichen Analyseteil werden Primär-, Sekundär- und Tertiärquellen herangezogen, wobei Primärquellen (offizielle Dokumente, wie etwa Abkommen zwischen den beiden Organisationen, offizielle Bekanntmachungen und Rahmenprogramme, etc.) das Gros und Sekundär- wie Tertiärquellen den ergänzenden kleineren Teil der herangezogenen Printquellen ausmachen. Für die entsprechende Auswertung wird die qualitative Inhaltsanalyse herangezogen. Bei dieser Technik muss vor allem der Systematik des Analyseablaufes Beachtung geschenkt werden. Dem allgemeinen Ablaufmodell qualitativer Inhaltsanalyse Mayrings entlang⁴⁴ wurde die Literatur für die Analyse in folgender Weise gewählt und geordnet:

1. Primärquellen: Verträge, Abkommen, Bekanntmachungen, Arbeitspapiere, etc.: Alle die Beziehungen zwischen EU und NATO unmittelbar betreffenden Dokumente (ohnedies überschaubar und nichts davon verzichtbar, daher keine Auswahl nötig bzw. möglich) sowie gegebenenfalls Rahmenprogramme und Strategiedokumente der letzten 5-10 Jahre.

43 Siehe Burnham, Peter et al (2004): Research Methods in Politics, Houndmills, 172.

44 Siehe Mayring, Philipp (1995): Qualitative Inhaltsanalyse, in: Flick, Uwe et al [Hrsg.]: Handbuch Qualitative Sozialforschung – Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, Weinheim, 210.

2. Sekundärquellen: Pressemeldungen, Reden und bestimmte Bekanntmachungen der wichtigsten Vertreter der Organisationen (NATO-Generalsekretär, Präsident des Europäischen Rates bzw. Regierungschef des Mitgliedsstaates, der den Ratsvorsitz inne hat, und der Hohe Repräsentant für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU) der letzten 5 Jahre.
3. Tertiärquellen: Wissenschaftliche Literatur, Quellen zu den Beziehungen zwischen den und der Entwicklung der beiden Organisationen, besonders auf Grund der sich ständig wandelnden Strukturen, insbesondere in Bezug auf die Mitgliedschaft, nicht älter als 5 Jahre.

Bei der Verwendung des Materials für die Analyse werden gemäß der Strukturierten Inhaltsanalyse⁴⁵ für die in der Begriffsoperationalisierung gefundenen Begriffe bzw. Kategorien, Kriterien und letzten Endes Indikatoren relevante Aspekte aus den Quellen herausgegriffen, welche dann in die einzelnen Analyseschritte mit einbezogen werden.

6.3 Experteninterviews

Als primäre Methode für die Beurteilung der aktuellen, realpolitischen Lage der Beziehungen zwischen den beiden Organisationen wird zum meiner Ansicht nach einzigen sinnvollen Mittel, Experteninterviews, gegriffen. Diese bieten neben hochgradig reflektiertem und wertvollem Inhalt besonders in den Punkten Aktualität und Realitätsnähe enorme Vorteile und einen großen Mehrwert. Burnham formuliert dies allgemeiner und drastischer, wenn er sagt, dass Experteninterviews ein ideales Mittel seien, wenn man am Weltverständnis der entscheidenden Akteure interessiert ist⁴⁶.

45 Siehe Mayring, Philipp (1995): Qualitative Inhaltsanalyse, in: Flick, Uwe et al [Hrsg.]: Handbuch Qualitative Sozialforschung – Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, Weinheim, 213.

46 Siehe Burnham, Peter et al (2004): Research Methods in Politics, Houndmills, 219.

6.3.1 Interviewdesign

Hinsichtlich der Art der Interviews wurde die nicht-standardisierte Form gewählt. Es wurde also unter vollem Verzicht auf einen Fragebogen gearbeitet⁴⁷. Die Interviewsituation betreffend wurden die Interviews wenig strukturiert geführt. Es gab also lediglich sehr allgemein gehaltene Leitfragen, die am Anfang des Interviews in den Raum gestellt wurden⁴⁸. Anschließend wurde unter der Prämisse einer flexiblen Gesprächsführung vor allem zugehört und weiterführende Fragen von den Aussagen des Befragten abhängig gemacht⁴⁹. Das Verhalten des Interviewers während der Interviews folgte einem weichen Stil, was neben der so erwirkten Offenheit der Befragten viel Raum insbesondere auch für im Vorhinein nicht bedachte Facetten und inoffizielle Meinungen schaffte⁵⁰. Diese offene Ausrichtung der Interviews ist für Experteninterviews besonders geeignet⁵¹.

Daher wurde auch auf Tonaufzeichnungen verzichtet. Zudem ist dies in den entsprechenden Gebäuden teilweise ohnedies untersagt und die Befragten hätten dem nicht zugestimmt oder hätten zumindest weitaus weniger frei heraus gesprochen. Schließlich muss vom Befragten immer bedacht werden, ob die preisgegebene Information klassifiziert ist, und wenn ja, ob die Klassifikationsstufe der Einstufung des Interviewers entspricht. Klar ist auch, dass klassifizierte Informationen nicht zitiert oder auf anderem Weg direkt in die Arbeit einfließen kann. Indirekt hingegen tragen solche Informationen nicht unbedeutend zu einem umfassenderen Bild und Verständnis des Themenkomplexes bei.

47 Siehe Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung – Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, Stuttgart, 365.

48 Wie sehen Sie den Status Quo der Beziehungen zwischen EU und NATO? Was funktioniert? Was sind die Probleme und Herausforderungen? Wohin wird es sich aller Wahrscheinlichkeit nach entwickeln? Wohin sollte es sich ihrer persönlichen Meinung nach entwickeln?

49 Siehe Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin, 147.

50 Siehe *ibid*, 149f.

51 Siehe *ibid*, 153.

6.3.1 Auswahl der Befragten

Bei der Auswahl der Experten⁵² wurde, nach einem ausführlichen explorativen Interview, zunächst ein Teil aus den beiden Organisationen und hernach zur Ergänzung einige österreichische Experten gewählt, wobei hier sowohl offizielle Verzeichnisse mit Funktionsbezeichnungen als auch Empfehlungen der Experten selbst, also das sogenannte „Schneeballsystem“⁵³, herangezogen wurden, um die unmittelbar zuständigen bzw. zum Thema kompetentesten Personen zu identifizieren. Vor allem Befragte aus beiden Organisationen selbst und jene, die regelmäßig an den Sitzungen der Partnerschaftsausschüsse teilnehmen, sollten besonders unverfälschte und wertvoll aktuelle Einblicke bieten.

Die Tätigkeit des Autors in Brüssel für die ÖV erleichterte den Zugang zu den einzelnen Experten natürlich ungemein und brachte auch eine entsprechend offene Gesprächskultur mit sich. Die österreichischen Experten betreffend gilt durch seine frühere Tätigkeit für das BMLVS in Wien bzw. für das BMeiA an der ÖV-NATO entsprechend das gleiche.

Eine systematische Auflistung soll die Logik von Auswahl der Befragten und Reihenfolge der Interviews veranschaulichen:

A. Exploratives Interview: Olaf Theiler (NATO, Akademie der Bundeswehr)

B. Inhaltliche Interviews:

1. Organisationen:

a. Führender Experte: Jamie Shea (NATO)

b. Schnittstellen:

52 Siehe unten 11.6.

53 Siehe Burnham, Peter et al (2004): Research Methods in Politics, Houndmills, 207.

- i. EU: Jan Alhadeff
 - ii. NATO: Christophe Cornu
- c. Wissenschaftlicher Experte: Olaf Theiler (NATO, AIK)
- 2. Sonderstellung Türkei: Özgür Altan (Türkische Vertretung bei der NATO)
- 3. Nationale Experten:
 - a. Vertretungen in Brüssel:
 - i. BMeiA: Philipp Agathonos
 - ii. BMLVS: Wolfgang Wosolsobe
 - b. Ministerien in Wien:
 - i. BMeiA: Karl Prummer
 - ii. BMLVS: Reinhard Trischak

Die allgemein bekannte, aktuelle Expertise all dieser Personen und die Anzahl der geführten Interviews⁵⁴ gepaart mit der entsprechend reflektierten und expertengeprüften Auswahl an Befragten aus den Organisationen und Ministerien liefern den primären Mehrwert der vorliegenden Arbeit. Aus dem Übereinanderlegen dieser Expertenmeinungen in erster, der Literatur in zweiter und den im Rahmen des Tagesgeschäfts der Österreichischen NATO-Vertretung persönlich erlangten Einblicken in dritter Linie wird das Thema erörtert und eine entsprechende Einschätzung von aktuellen und möglicherweise noch aufkommenden Problemen und entsprechenden Ausblicken bzw. Lösungsvorschlägen erarbeitet.

54 Siehe Burnham, Peter et al (2004): Research Methods in Politics, Houndmills, 207f.

Grundsätzlich seit festgestellt, dass aus Gründen der Vertraulichkeit zahlreicher in den Interviews, aber vor allem auch den meisten während der Arbeit für die Vertretung und den entsprechenden Teilnahmen an Ausschusssitzungen, erlangten Informationen und Kenntnissen lediglich unzitiert und indirekt über einen entsprechenden Kontext in die Arbeit einfließen können.

7. Geschichtlicher Überblick

Um ein Grundverständnis für die Thematik gewinnen zu können, muss man sich erst ein Bild der Entstehung und Entwicklung der Beziehungen der beiden Organisationen zueinander machen. Ein solches Bild soll nun in diesem Kapitel erarbeitet werden. Hierzu wird in einem ersten Teil die Grundidee bzw. die Intentionen, die hinter den Beziehungen zwischen den zwei Organisationen stehen, ergründet. Anschließend sollen in einem zweiten Teil die wichtigsten der für die EU-NATO Beziehungen geschaffenen rechtlichen Rahmenbedingungen erfasst werden. Abschließend wird in einem dritten Teil im Zeitleistenformat ein chronologischer Überblick über die Entwicklung der Beziehungen bis zum Status Quo geboten.

7.1 Vorgeschichte und Grundidee

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs gründeten Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Beneluxstaaten aus dem Streben nach Stabilität und Frieden in Europa 1948 mit dem Brüsseler Pakt die Westunion. Bereits 1949 unterzeichneten ebendiese Länder gemeinsam mit Dänemark, Island, Italien, Kanada, Norwegen, Portugal und den USA den Nordatlantikvertrag. In der Folge werden die militärischen Strukturen der Westunion in die NATO eingebunden. Nach dem am französischen Widerstand gescheiterten Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1952, wurde 1954 mit der Einbindung der Bundesrepublik Deutschland und Italiens in den Beistandspakt der Westunion die Westeuropäische Union begründet. Für die Westeuropäer war jedoch der Schutz durch die USA – vor allem auf Grund der Atomwaffen – im Rahmen der NATO entscheidend. Bereits 1955 wird die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Allianz. Nach diesem Höhepunkt der Dominanz der NATO als europäisches Verteidigungsbündnis verlässt

1966 Frankreich die militärischen Strukturen der NATO und richtet 1988 mit Deutschland einen gemeinsamen Sicherheitsrat sowie eine gemeinsame Brigade ein.⁵⁵

Bis zu diesen Vorboten selbständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Bemühungen der europäischen Partner hatte die NATO eine Monopolstellung als sicherheitspolitischer Player in der westlichen Welt. Als sich jedoch mit der Gründung der EU abzeichnete, dass diese von Anfang an auch in Sachen Verteidigung mehr Eigenständigkeit bzw. eigene Kompetenzen anstrebte, musste die NATO im Sinne einer Aufrechterhaltung funktionierender transatlantischer Beziehungen dies anerkennen. Aus US-amerikanischer Sicht musste vermieden werden, dass die EU die WEU zu einer später zu integrierenden Verteidigungskomponente der Union entwickeln würde, was zu einer vollständigen Eigenständigkeit der EU führen könnte.⁵⁶ So erklärten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten im Jänner 1994 ihre volle Unterstützung für die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die, wie im 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht eingefordert, in der längerfristigen Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, die wiederum mit der der NATO kompatibel wäre⁵⁷. Zudem wurde im Rahmen dieses Treffens des NAR zukünftigen Abkommen vorgegriffen und in weiser Voraussicht der EU entsprechende Zusicherungen gemacht.⁵⁸

Von dieser Grundhaltung ausgehend war klar, dass sich von nun an die NATO – um ihr Fortbestehen bemüht – für eine Zusammenarbeit einsetzen und der EU nach Möglichkeit Planungs- und Führungskapazitäten zur Verfügung stellen würde. Auf diesem Wege trachtete die transatlantische Allianz danach, den Aufbau eigenständiger EU-Kapazitäten zu verhindern bzw. zumindest hinauszuzögern. Bald nach der Unterzeichnung der sieben

55 Siehe Verwick, Johannes [Hrsg.] (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen, 297f.

56 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Verwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 68f.

57 Siehe NATO Press Communique M-1(94)3: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Brüssel, Punkt 4.

58 Siehe ibid, Punkte 5f.

Berlin-Plus-Abkommen, fand der damalige US-Botschafter bei der NATO, Nicholas Burns, hierzu zwar einleitend diplomatische Worte:

[...] it will be a cooperative and collaborative relationship, where the EU will not seek to create duplicative institutions. For instance, the EU wouldn't seek to recreate this headquarters. The EU would not seek to recreate Mons, where we have the world's greatest military planning capabilities at SHAPE. And so we are committed to Berlin Plus. The great majority of countries in the EU are committed to Berlin Plus and to that definition of Berlin Plus: that if the EU wants to take on a significant security mission, it will come to NATO. NATO will support it. NATO will help plan it. We'll give the EU access to SHAPE.⁵⁹

In der selben Rede fand er jedoch eine viel unverfälschtere Formulierung, die es mehr als deutlich machte, dass die Vereinigten Staaten einer wirklichen sicherheits- und verteidigungspolitischen Eigenständigkeit der EU ablehnend gegenüber stehen und, alle dahingehenden Entwicklungen zu unterbinden, beabsichtigen:

What we could not support, and do not support, and we've said this many times, and both Secretary Powell and Secretary Rumsfeld have said this publicly: we could not support and will not support the creation of an alternative EU military headquarters, whether it's in Tervuren or some other place, in Brussels or elsewhere. That would be, we think, duplicative, needlessly costly, and that would in essence, we think, be a contradiction to the Berlin Plus Agreements. Neither will we support a planning facility either. So we're hopeful, we're very hopeful, that the vast majority of countries of the EU want Berlin Plus to be preserved and want it to be the center of NATO-EU cooperation. I think they've all said that. There are just a very few countries who are thinking about going in a separate direction, but we would hope that those plans would not materialize because it would not be productive for the future of NATO-EU relations.[...] What our European allies really need are greater military capabilities, not more headquarters built, not more officers sitting in headquarters without the troops, without the capabilities to command.⁶⁰

Diesen Überlegungen entlang sollten also die gemeinsamen Bemühungen entwickelt werden.

59 Press Briefing by Ambassador Nicholas Burns, US Mission to NATO, 30. September 2003, Brüssel.

60 Ibid.

7.2 Zeitleiste der Beziehungen – Vom Tag „Null“ zum Status Quo

Die durchaus nicht voneinander unabhängigen, jedoch juristisch und organisatorisch eigenständigen Entwicklungen der NATO und der WEU bzw. später ESVP innerhalb der GASP während des Kalten Kriegs beiseite lassend, soll hier ein chronologisch strukturierter Überblick über die Entwicklung der rechtlichen und institutionalisierten Rahmenbedingungen der Beziehungen ab dem Zeitpunkt der offenen Bekundung entsprechender Absichten veranschaulicht werden.

7.2.1 Maastricht & Brüssel – 1992-1994

Nachdem der Vertrag von Maastricht zur Gründung der EU 1992 unterzeichnet worden und 1993 in Kraft getreten war, stand nun auch in dessen Präambel festgeschrieben, dass

[die Union] ENTSCLOSSEN [ist], eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, und so die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern⁶¹

Dies steht zwar auch im Artikel J.4 des EU-Vertrags festgeschrieben. Die Verankerung dieser dezidierten Absichten in einem der nur zwölf Sätze der Präambel gibt dem ein ungleich größeres politisches Gewicht. Wie bereits oben erwähnt, sprachen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten im Jänner 1994 ihre volle Unterstützung für die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität aus⁶². Im Rahmen dieser Ministerkonferenz des NAR wurde bereits zukünftigen Abkommen vorgegriffen und der EU eine entsprechende Anpassung der NATO-Organisation und Ressourcen sowie die Zurverfügungstellung von NATO-Kapazitäten für (W)EU-

61 Vertrag über die Europäische Union, Amtsblatt Nr. C 191, 29. Juli 1992, Maastricht.

62 Siehe NATO Press Communique M-1(94)3, Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Brüssel, Punkt 4.

Operationen zugesichert und mögliche institutionalisierte, gemeinsame Ausschusssitzungen angedacht.⁶³ In weiser Voraussicht, wurde formuliert, dass man eine trennbare aber nicht getrennte Entwicklung von Kapazitäten auf Seiten der europäischen Partner unterstütze.⁶⁴ Eine hervorgehobene Bedeutung sollten hier sogenannte „Combined Joint Task Forces“ haben.⁶⁵

Aus diesen anfänglich zögerlich formulierten Bemühungen entwickelte sich ein spannender Abtausch der Beschlüsse.

7.2.2 Sicherheitsabkommen & Berlin – 1994-1996

Die erste schriftliche Manifestation erfuhren die beabsichtigten Beziehungen in der Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens, welches den Austausch von Informationen zwischen den beiden Organisationen regelt. Schon damals bezeichnend, der Ort an dem diese erste Unterzeichnung eines gemeinsamen Dokuments stattfinden sollte: die Residenz des NATO-Generalsekretärs.⁶⁶

Beim Ministertreffen des NAR am 3. Juni 1996 in Berlin wurde die erste Regelung darüber getroffen, welchen Inhalt die EU-NATO Beziehungen haben sollten. In Klausel 7 des Communiqués heißt es, dass es eine der grundlegenden Zielsetzungen der Allianz sei, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität im Rahmen der NATO zu entwickeln. Auf soliden militärischen Prinzipien gebaut und durch angemessene militärische Planung unterstützt, soll die Schaffung militärisch kohärenter und effektiver Truppen, die unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung der WEU operieren, möglich gemacht werden. Unter Einbeziehung beider Seiten würde man sich

63 Siehe NATO Press Communique M-1(94)3, Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Brüssel, Punkte 5f.

64 Siehe *ibid*, Punkt 6.

65 Siehe *ibid*, Punkte 1, 9 und 26.

66 Siehe NATO Press Release (96)66: Signature of Security Agreement between NATO and WEU, Brüssel.

auf WEU-geleitete Operationen vorbereiten.⁶⁷ Dahingehende Bemühungen sollten folgenden Teilbereichen zugeordnet werden:

1. identification, within the Alliance, of the types of separable but not separate capabilities, assets and support assets, as well as, in order to prepare for WEU-led operations, separable but not separate HQs, HQ elements and command positions, that would be required to command and conduct WEU-led operations and which could be made available, subject to decision by the NAC;
2. elaboration of appropriate multinational European command arrangements within NATO, consistent with and taking full advantage of the CJTF concept, able to prepare, support, command and conduct the WEU-led operations. This implies double-hatting appropriate personnel within the NATO command structure to perform these functions. Such European command arrangements should be identifiable and the arrangements should be sufficiently well articulated to permit the rapid constitution of a militarily coherent and effective operational force.⁶⁸

Planungen und Übungen auf Anforderung und unter Koordinierung der WEU sollten dies ergänzen. Unter politischer Anleitung durch den Rat der WEU und den NAR sollten solche Planungen folgenden Mindestanforderungen entsprechen:

1. prepare relevant information on objectives, scope and participation for illustrative WEU missions;
2. identify requirements for planning and exercising of command elements and forces for illustrative WEU-led operations;
3. develop appropriate plans for submission through the MC and NAC to the WEU for review and approval.⁶⁹

67 Siehe NATO Press Communiqué M-NAC-1(96)63: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Berlin, Punkt 7.

68 Ibid.

69 NATO Press Communiqué M-NAC-1(96)63: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Berlin, Punkt 7.

NATO und WEU sollten über die Gestaltung der Umsetzung solcher Pläne übereinkommen. Der NAR wird die Freigabe entsprechender NATO Ressourcen und Kapazitäten für WEU-geführte Operationen beschließen, sich durch entsprechende Kontrolle unter der Beratung der NATO Militärbehörden und durch regelmäßige Rücksprachen mit dem WEU-Rat über deren Verwendung informiert halten und sie unter Revision halten.⁷⁰ In Klausel 8 wird dann der NAR unter Beratung durch die NATO Militärbehörden mit der Erstellung von Vorschlägen zur weiteren Anpassung von Strukturen und Prozessen sowie der Ausarbeitung entsprechender Maßnahmen zur Umsetzung der Bestimmungen der Klausel 7 beauftragt.⁷¹

Die nach dem Ort ihrer Verabschiedung „Berlin-Abkommen“ genannten Beschlüsse⁷² wurden noch im gleichen Monat beim Ministerausschuss des NAR in Brüssel bestätigt und mit entsprechenden Ausarbeitungsaufträgen an Generalsekretär und Militärbehörden weitergegeben.⁷³

7.2.3 Amsterdam, St. Malo & Albright – 1997/1998

Die 3. Erklärung der Schlussakte zum Vertrag von Amsterdam zur Westeuropäischen Union sollte die von der NATO verabschiedeten Bestimmungen zu den Beziehungen nun auch in einem EU-Dokument bestätigen. Zunächst wurde im Artikel J.7 ganz allgemein die Rolle der WEU für die EU betont:

Die Union fördert daher engere institutionelle Beziehungen zur WEU im Hinblick auf die Möglichkeit einer Integration der WEU in die Union, falls der Europäische Rat dies beschließt. Sie empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschluß gemäß ihren

70 Siehe NATO Press Communiqué M-NAC-1(96)63: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Berlin, Punkt 7.

71 Siehe *ibid*, Punkt 8.

72 Siehe Varwick, Johannes [Hrsg.] (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen, 299.

73 Siehe NATO Press Communiqué M-NAC(DM)-2(96)89: Meeting of the North Atlantic Council in Defence Ministers Session, Brüssel, Klausel 10.

verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen. [...] Die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik wird in einer von den Mitgliedstaaten als angemessen erachteten Weise durch eine rüstungspolitische Zusammenarbeit zwischen ihnen unterstützt.⁷⁴

Als wohl wichtigste Konsequenz des Vertrags wurden „die Petersberg-Aufgaben (\"humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, ein schließlich friedensschaffender Maßnahmen\")“⁷⁵ der WEU in die sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen der EU eingegliedert⁷⁶ und die WEU als integrativer Bestandteil der Entwicklung der EU anerkannt.⁷⁷

Die im Protokoll zu Artikel J.7 unter B.12 angeführten Bestimmungen zu Bemühungen um die Beziehungen zwischen EU und NATO entsprechen nahezu wörtlich den 1996 vom NAR verabschiedeten:

- Mechanismen für Konsultationen zwischen WEU und NATO bei Krisen;
- aktive Teilnahme der WEU am Verteidigungsplanungsprozeß der NATO;
- operationelle Verbindungen zwischen WEU und NATO bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Operationen, bei denen Mittel und Kapazitäten der NATO unter der politischen Kontrolle und der strategischen Leitung der WEU eingesetzt werden, insbesondere
- von der NATO in Abstimmung mit der WEU vorgenommene militärische Planung und Übungen;
- Ausarbeitung eines Rahmenabkommens über die Übertragung, Überwachung und Rückführung von Mitteln und Kapazitäten der NATO;

74 Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte, Amtsblatt Nr. C 340, 10. November 1997, Amsterdam, Schlussakte, Artikel J.7.

75 Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 3./4. Juni 1999, Köln, Anhang III, 2. Leitprinzipien.

76 Siehe Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte, Amtsblatt Nr. C 340, 10. November 1997, Amsterdam, Schlussakte, Artikel J.7, Einleitung, B.10 und C.14.

77 Siehe Varwick, Johannes [Hrsg.] (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen, 299.

— Verbindungen zwischen der WEU und der NATO im Bereich der europäischen Kommandoregelungen.⁷⁸

Allerdings wird unter C.14 die von der NATO unabhängige Möglichkeit eines multinationalen Hauptquartiers für die Planung und Führung einer Operation erwähnt.⁷⁹ Auch wird die Gelegenheit nicht ausgelassen, zahlreiche von der WEU ergriffene Maßnahmen zu erwähnen, „die es ihr ermöglicht haben, ihre operationelle Rolle auszubauen (Planungsstab, Lagezentrum, Satellitenzentrum)“⁸⁰.

Dieses zu einem Kräftemessen oder vorerst wohl besser gesagt einer Machtdemonstration der Vereinigten Staaten ausgeartete Wechselspiel zwischen NATO und EU war nun also an einem Punkt angekommen, an dem eine Eingliederung der WEU in die EU als deren Verteidigungskomponente von den meisten EU-Staaten befürwortet wurde. Eine klare Motivation für weitere Anstrengungen in Richtung Eigenständigkeit war die bis dahin vorgesehene komplette Unterordnung gegenüber der NATO. Diese manifestierte sich in der Notwendigkeit einer „Nicht-Handlungs-Entscheidung“, der Freigabe von Mitteln und Kapazitäten von Seiten der NATO sowie der Transparenz für die Genehmigung und Funktion einer WEU-Operation.⁸¹ Dies legte nahe, dass dies die Mitentscheidung der NATO über eine WEU-Operation bedeutete.⁸²

Es liegt nicht fern anzunehmen, dass die USA durch die von der EU in Amsterdam, und vor allem von Frankreich und dem Vereinigten Königreich 1998 in St. Malo⁸³, gezeigte Entschlossenheit in Richtung einer Stärkung der europäischen Position in Sachen

78 Siehe Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte, Amtsblatt Nr. C 340, 10. November 1997, Amsterdam, Schlussakte, Protokoll zu Artikel J7, B.12.

79 Siehe *ibid*, Schlussakte, Protokoll zu Artikel J7, C.14.

80 *Ibid*, Schlussakte, Protokoll zu Artikel J7, C.14.

81 Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 71.

82 Siehe *ibid*, 71f.

83 Siehe *ibid*, 72f. und 299 & Joint Declaration at the British-French Summit, 3./4. Dezember 1998 in: Chaillot Paper 47 (2001), S. 8-9, 8f.

Sicherheit und Verteidigung angestachelt war, ihre Bemühungen die EU in Schach zu halten zu vertiefen. St. Malo markierte den Beginn der Forderung einer europäischen Eigenständigkeit in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die auf entsprechend glaubhafte militärische Kapazitäten gestützt sein müsse.⁸⁴ Das Vereinigte Königreich machte jene Zugeständnisse in Sachen eigenständiger europäischer Verteidigung wohl in der Hoffnung auf ein hierdurch gestärktes europäisches Engagement in Punkto militärischer Sicherheit, also vor allem höhere Verteidigungsbudgets. Hiervon alarmiert, übten die USA durch ihre damalige Außenministerin, Madeleine Albright, entscheidenden Druck aus, indem Sie die Vermeidung der folgenden „drei Ds“ urgierte:

First, we want to avoid decoupling: Nato [...] should remain an organisation of sovereign allies, where European decision-making is not unhooked from broader alliance decision-making.

Second, we want to avoid duplication: defence resources are too scarce for allies to conduct force planning, operate command structures, and make procurement decisions twice – once at Nato and once more at the EU.

And third, we want to avoid any discrimination against Nato members who are not EU members.⁸⁵

7.2.4 Washington, Köln & Helsinki – 1999

So kam es am 50-jährigen Jubiläumsgipfel im April 1999 in Washington zu einer Erklärung der Verteidigungsminister, welche ihre Bereitschaft, auf dem Berlin-Abkommen bauend die nötigen Regelungen für den Zugang der Europäischen Union zu NATO Ressourcen und Kapazitäten zu treffen, ausdrückte. Diese sollten hernach vom NAR bestätigt werden.⁸⁶ Zusätzlich wurde im Rahmen der Formulierung eines neuen

84 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 73.

85 Siehe Albright, Madeleine K. (1998): The Right Balance Will Secure NATO's Future, in: Financial Times, 7 December 1998.

86 NATO Press Release NAC-S(99)64: Washington Summit Communiqué, Washington D.C., Punkt 10.

Strategischen Konzepts das in Berlin formulierten Abkommen neuerlich bestätigt.⁸⁷ Die Bemühungen der EU in Richtung Eigenständigkeit erfuhren hierin zwar ebenfalls Anerkennung⁸⁸, die aber sogleich auch wieder durch die üblichen Klauseln über die Subsidiarität der GESVP, der sicherheits- und verteidigungspolitischen Anstrengungen der EU, gegenüber der NATO abgeschwächt wurde.⁸⁹

Diese Kautelen hatten zumindest einen gewissen Anteil am Hintergrund der keine zwei Monate später in Köln verabschiedeten Erklärung des ER, welche, in einer weiteren Betonung der Forderung nach einer europäischen Eigenständigkeit, die gerade erst durch ihre Bestätigung in Washington in ihrer Bedeutung gefestigten „Berliner-Abkommen“ mit klaren Worten wieder entkräftete: Im Hinblick auf diese Eigenständigkeit muss die Union „die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, dessen Einsatz zu beschließen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren.“⁹⁰ Die Kölner Erklärung betonte hier die Notwendigkeit von Vorkehrungen, die eine entsprechende politische Beschlussfassung, eine Lageanalyse, den Zugang zu Nachrichtenwesen und eine einschlägige strategische Planung möglich machen.⁹¹ Die führe vor allem zu folgenden Erfordernissen:

- regelmäßige (oder ad hoc durchzuführende) Tagungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“, soweit angebracht einschließlich der Verteidigungsminister;
- ein ständiges Gremium in Brüssel (politischer und sicherheitspolitischer Ausschuß) bestehend aus Vertretern mit politischem/militärischem Expertise;
- ein EU-Militärausschuß bestehend aus militärischen Vertretern, die gegenüber dem politischen und sicherheitspolitischen Ausschuß Empfehlungen aussprechen;

87 Siehe NATO Press Release NAC-S(99)65: The Alliance's Strategic Concept, Washington D.C., Punkte 18 und 30.

88 Siehe NATO Press Release NAC-S(99)65: The Alliance's Strategic Concept, Washington D.C., Punkt 7.

89 Siehe *ibid*, Punkt 30.

90 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 3./4. Juni 1999, Köln, Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Anhang III, Punkt 1.

91 Siehe Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 3./4. Juni 1999, Köln, Bericht des Vorsitzenden über die Stärkung der ESVP, 3. Beschlussfassung.

- ein EU-Militärstab einschließlich eines Lagezentrums;
- andere Mittel, wie ein Satellitenzentrum, ein Institut für Sicherheitsstudien.⁹²

Die EU-Staaten sollten auch ihre „Streitkräfte (einschließlich Hauptquartiere) weiterentwickeln“⁹³. Im November desselben Jahres wurde die Wortwahl noch klarer, als sich die Verteidigungsminister der WEU in Luxemburg trafen:

Despite the measures which are already being examined by Europeans and the possibility of using Alliance assets and capabilities, considerable efforts are still needed to strengthen European capabilities. [...] the most urgent efforts should be focused:

- with regard to collective capabilities, on the following areas:
 - strategic intelligence;
 - strategic planning;
- with regard to forces and operational capabilities, on the following areas:
 - availability, deployability, strategic mobility, sustainability, survivability and interoperability and operational effectiveness;
 - multinational, joint Operation and Force HQs, with particular reference to C3 (command, control, communication) capabilities and deployability of Force HQs.⁹⁴

Noch im Dezember 1999 kamen die EU-Staaten in Helsinki den in Köln beschlossenen Richtlinien entlang über weitere Maßnahmen zur Stärkung der eigenständigen Ressourcen und Kapazitäten der EU überein.⁹⁵ Somit wurde noch vor jeglicher

92 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 3./4. Juni 1999, Köln, Bericht des Vorsitzenden über die Stärkung der ESVP, Anhang III, Abschnitt 3.

93 Siehe *ibid.*

94 Audit of Assets and Capabilities for European Crisis Management Operations, Recommendations for Strengthening European Capabilities for Crisis Management Operations, WEU Ministerial Council, 22./23. November 1999, Luxemburg, in: Chaillot Paper 47 (2001), S. 73-76, 73.

95 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 10./11. Dezember 1999, Helsinki, Anlage I zu Anlage IV.

vertraglicher Festlegung de facto die ESVP geboren. Kennzeichnend war jedoch die veränderte Wortwahl von, wie noch ein halbes Jahr zuvor in Köln verwendet, „the Union must have the capacity for autonomous action [without] prejudice to actions by NATO“⁹⁶ hin zu „The European Council underlines its determination to develop an autonomous capacity [...] where NATO as a whole is not engaged“⁹⁷. Man führe sich vor Augen, dass die NATO gerade erst in Washington diese Formulierung verwendet hatte „We acknowledge the resolve of the European Union to have the capacity for autonomous action [...] where the Alliance as a whole is not engaged;“⁹⁸.

Das mag zwar eine gewisse Annäherung, offensichtlich der EU unter dem Druck der USA, darstellen, nur darf man die nachwievor große Kluft hin zur beim selben NATO-Gipfel getroffenen Wortwahl „the Alliance fully supports the development of the European Security and Defence Identity within the Alliance“⁹⁹ oder „the European Security and Defence Identity will continue to be developed within NATO.“¹⁰⁰ nicht außer Acht lassen.

7.2.5 Sintra & Feira – 2000

Im Februar 2000 waren beim Treffen der EU-Verteidigungsminister in Sintra gerade die beiden Szenarien EU-geführter Operationen mit oder ohne Rückgriff auf NATO

96 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 3./4. Juni 1999, Köln, Annex III, Punkt 1.

97 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 10./11. Dezember 1999, Helsinki, Punkt 27.

98 NATO Press Release NAC-S(99)64: Washington Summit Communiqué, Washington D.C., Punkt 9.

99 NATO Press Release NAC-S(99)65: The Alliance's Strategic Concept, Washington D.C., Punkt 18.

100 Ibid, Punkt 30.

Ressourcen und Kapazitäten in einem vom vereinigten Königreich vorgelegten „Toolbox Paper“ wie folgt präzisiert worden:¹⁰¹

For EU[-]led operations that make use of NATO assets and capabilities:

the EU will be able to draw on the arrangements agreed at the NATO Washington Summit. [...]

DSACEUR and SHAPE have already been identified as the primary, although not the only candidates, for Operation Commander and Military Strategic Operation HQ. [...]¹⁰²

For EU-led operations without recourse to NATO assets and capabilities:

planning and command requirements would draw on existing national and multinational HQs available to the EU. The military Strategic operation HQ would be based on the multi-nationalisation of existing national HQs by participating nations, and a theatre HQ created from a national capability similarly reinforced by contributing nations. When fully implemented, systematic arrangements in peacetime for multinationalising existing national HQs to act as a multinationalised joint national HQ and the development of multinational HQs would provide access to a range of European operational planning capabilities and command options. In the long run, some less ad hoc collective capability for operational planning and command at the strategic level could have to be developed within the EU.¹⁰³

Diese großzügigste der bis dato vorgelegten Formulierungen zu Eigenständigkeitsbestrebungen der EU sollte jedoch nicht aufgegriffen werden. Stattdessen verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU in Santa Maria da Feira im Juni 2000 Regelungen über die Miteinbeziehung von NATO-Partnern, die keine EU-Mitglieder sind, und EU-Beitrittskandidaten in EU-Operationen und

101 Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 73f.

102 Toolbox Paper, Meeting of European Union Defence Ministers, 28 February 2000, in: Chaillot Paper 47 (2001), S. 94-101, Punkt 18.

103 Ibid, Punkt 19.

Konsultationen.¹⁰⁴ Diese fielen sehr restriktiv aus: „Innerhalb dieser Struktur werden mit den nicht der EU angehörenden europäischen NATO-Mitgliedern Kontakte stattfinden, wenn der jeweilige Gegenstand dies erfordert“¹⁰⁵ Diesem Zweck wurden eigene Strukturen gegeben, in der alle 15 betroffenen Länder, also die nicht-EU NATO-Staaten und die Beitrittskandidaten Platz für den nötigen Dialog, Konsultationen und Kooperation mit der EU finden. Halbjährliche Treffen im EU+6 Format (mit NATO Mitgliedsstaaten ohne EU-Mitgliedschaft) und im EU+15 Format (EU+6 und EU-Beitrittskandidaten) auf entsprechendem Level sollten permanente Institutionalisierung erfahren. Für Phasen mit entsprechender Operationsbeteiligung wurden die Konsultationen entsprechend intensiviert.¹⁰⁶

Unter der Prämisse der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen EU und NATO, richtete die EU zugleich den Vorschlag an die NATO, zur Ausarbeitung Sicherheitsangelegenheiten, Kapazitätsziele, Modalitäten, die der EU den Zugriff auf NATO Ressourcen und Kapazitäten ermöglichen sollte, und Definition von dauerhaften Regelungen zu EU-NATO Konsultationen vier Arbeitsgruppen zu bilden.¹⁰⁷ Diese Arbeitsgruppen sollten knapp drei Jahre in intensiver Arbeit ein konsensfähiges Berlin-Plus-Paket erarbeiten.

Im September 2000 trafen erstmals die Botschafter des interimistischen PSK und dem NAR zusammen. Die Bedeutung der Figur des neu geschaffenen Hohen Repräsentanten für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solanas, für die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen, da er zuvor bereits NATO-Generalsekretär gewesen war, könnte den Ausschlag gegeben haben, dass dieses Treffen im Amtsgebäude des RdEU stattfand.¹⁰⁸

104 Siehe Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 19./20. Juni 2000, Santa Maria da Feira, Anlage 1 zu Anlage 1.

105 Ibid, Anlage 1 zu Anlage 1, Punkt 6.

106 Siehe ibid, Anlage 1 zu Anlage 1, Punkte 7ff.

107 Siehe ibid, Anlage 1 zu Anlage 1, B. Modalitäten.

108 Intervention by Dr Javier Solana, High Representative for CFSP, COPSi/NAC first joint meeting, Brussels, 19 September 2000, Brussels, in: Rutten, Maartje (2001): From St-Malo to Nice, European defence: core documents, Chaillot Paper 47 (2001), S. 94-101, 140.

7.2.6 Nizza & Berlin-Plus – 2000-2003

Im Dezember 2000 unterzeichneten die Repräsentanten der EU-Mitgliedsstaaten den Vertrag von Nizza, mit dem die ESVP als politisches Ziel gefestigt und politisch wie militärisch institutionalisiert wurde.¹⁰⁹ Auf politischer Seite wurde das PSK¹¹⁰ und auf militärischer das EUMC¹¹¹ und der EUMS¹¹² dauerhaft eingerichtet.

Nach entsprechenden Anstrengungen der französischen Ratspräsidentschaft und in enger Absprache mit der NATO, konnte der ER im Rahmen dieses Treffens auch die sogenannten „Berlin-Plus-Vereinbarungen“ über Konsultation, Kooperation und Transparenz unter der Bezeichnung „Standing Arrangements for Consultation and Cooperation Between the EU and NATO“¹¹³ formulieren¹¹⁴. „Berlin-Plus“ wird das vorgeschlagene Vereinbarungspaket genannt, da es auf den 1996 in Berlin erstmals getroffenen Vereinbarungen über Beziehungen zwischen den beiden Organisationen fußt. Diesen Berlin-Plus-Vereinbarungen wurden die bereits in Feira beschlossenen Leitprinzipien für EU-NATO Beziehungen zugrunde gelegt:

2. Voller Respekt für der Autonomie der EU-Beschlussfassung;
3. Gemeinsame Werte, Gleichheit und partnerschaftliche Gesinnung sowie gegenseitige Verstärkung;
4. Bekenntnis zur unterschiedlichen Natur der beiden Organisationen;
5. Gleichstellung;

109 Siehe Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte, 26. Februar 2001, Amtsblatt Nr. C 80/01, Nizza & Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice, Klauseln 13f. und Annex VI & Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen, 300.

110 Siehe Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice, Annex III to Annex VI.

111 Siehe *ibid*, Annex IV to Annex VI.

112 Siehe *ibid*, Annex V to Annex VI.

113 *Ibid*, Annex VII to Annex VI.

114 Siehe *ibid*, Annex VI, Section IV.

6. Keinerlei Diskriminierung gegen Mitgliedsstaaten beider Organisationen,¹¹⁵

Die eigentlichen Berlin-Plus-Vereinbarungen beinhalten folgende Punkte:

1. Außerhalb von Krisenzeiten:
 - a. Regelmäßiger Dialog auf politisch-politischer Ebene:
 - i. PSK-NAR-Treffen (zumindest einmal pro Ratspräsidentschaft auf Ministerebene);
 - ii. MC-EUMC-Treffen (zumindest einmal pro Ratspräsidentschaft);
 - iii. Ad hoc EU-NATO Gruppen (bei Bedarf): in Formaten wie PCG-PMG oder Expertengruppen entsprechend der „HTF-Plus“ Leitlinien;
 - b. Einladungen von Vertretern der NATO zu EU-Meetings (bei Bedarf und auf Gegenseitigkeit beruhend), also auf politisch-administrativer Ebene, wie der:
 - i. NATO-SG zu EU-Ministertreffen, (insbesondere der Verteidigungsminister);
 - ii. Vorsitzende des MC zu EUMC-Treffen;
 - iii. DSACEUR zu EUMC-Treffen (im Zusammenhang mit seiner Rolle in der EU-Säule der NATO und seiner potentiellen Funktion bei EU-geführten Operationen);
 - c. Regelmäßiger Kontakt auf administrativ-administrativer Ebene zwischen:
 - i. NATO-SG und SG-RdEU;
 - ii. NATO-ASG für Politische Angelegenheiten und HV-GASP;
 - iii. NATO-IS und dem Ratssekretariat (für ESVP zuständige Abteilungen);
 - iv. EUMS und NATO-MS;
2. In Krisenzeiten:
 - a. In der Notfallphase einer Krise:
 - i. Frequenz der Treffen wird erhöht;

115 Eigene Übersetzung, siehe Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice, Annex VII to Annex VI, Section I.

- ii. Auf Antrag des PSK weist das EUMC den EUMS mit der Evaluation der Notwendigkeit eines Rückgriffs auf NATO-Planungskapazitäten;
 - iii. Im Falle der Erwägung eines Rückgriffs auf NATO-Ressourcen und Kapazitäten informiert das PSK den NAR;
- b. Im Falle einer EU-Operation mit Rückgriff auf NATO-Ressourcen und Kapazitäten:
 - i. Das PSK, beraten durch das EUMC unterstützt durch den EUMS, gibt dem designierten Einsatzkommandanten via EUMC strategische Anweisungen; dieser erstellt Planungsdokumente, die den Rückgriff auf NATO-Planungskapazitäten beinhalten; diese müssen vom PSK bestätigt werden;
 - ii. Experten beider Organisationen gemeinsam mit dem DSACEUR eruieren die betroffenen NATO-Ressourcen und Kapazitäten;
 - iii. Die EU stellt einen entsprechenden Antrag an die NATO;
 - iv. Eine PSK-NAR Sitzung entscheidet über Übergabe, Rahmenbedingungen und Wiederrufbedingungen;
 - v. Die NATO wird über die Dauer der Operation hinweg über die Verwendung der eingesetzten NATO-Ressourcen und Kapazitäten am Laufenden gehalten;
 - vi. Der Einsatzkommandant berichtet dem EUMC und auf Anfrage des Ratsvorsitzes dem PSK und dem NAR;
 - vii. Den NAR in Kenntnis gesetzt, spricht das PSK dem RdEU eine Empfehlung auf Beendigung der Operation aus; entsprechend wird der Rückgriff auf NATO-Ressourcen und Kapazitäten eingestellt;
- c. Im Falle einer EU-Operation ohne Rückgriff auf NATO-Ressourcen oder im Falle einer NATO-Operation halten sich die beiden Organisationen über den allgemeinen Fortschritt der entsprechenden Operation am laufenden;¹¹⁶

In einem Appendix werden – als offensichtlich offene Einladung an die NATO eine entsprechende Antwort zu verfassen – Rahmenbedingungen für die Anwendung der so beabsichtigten Berlin-Plus-Vereinbarungen vorgeschlagen. Diese umfassten die folgenden Regelungen:

¹¹⁶ Eigene Übersetzung, siehe Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice, Annex VII to Annex VI, Sections II & III.

1. Vorgehen in Bezug auf den garantierten Zugriff auf NATO-Planungskapazitäten
 - a. Unter Kontrolle durch das EUMC fordert der EUMS-DG vom DSACEUR Unterstützung für die Planung und Ausarbeitung strategischer Optionen an;
 - b. Für EU-Anfragen zuständige NATO-MS Teile werden operationsplanungsbezogen Experten der Mitgliedsstaaten zugänglich gemacht;
 - c. Im Falle der Information durch den DSACEUR, dass EU-Anfragen und nicht den Artikel V betreffende NATO-Aktivitäten kollidieren, werden unter Einbeziehung beider Seiten in Konsultationen Prioritäten eruiert und Ressourcen verteilt, wobei die Letztentscheidung bei der NATO liegt;
 - d. Im Falle einer Ablehnung oder eines Widerrufs der EU zur Verfügung gestellter Planungskapazitäten auf Grund einer Artikel-V-Operation, kann die EU auf die übrigen noch verfügbaren NATO-Planungskapazitäten zurückgreifen;
2. Vorgehen in Bezug auf die Vorwegnahme der Verfügbarkeit vordefinierter Ressourcen und Kapazitäten
 - a. Experten beider Organisationen bestimmen gemeinsam die für die gewählte strategische Option einzusetzenden Teile der vorab gekennzeichneten Ressourcen und Kapazitäten;
 - b. Auf einem EUMS-Bericht basierende, Empfehlungen des EUMC hin formuliert das PSK eine Anfrage an den NAR;
 - c. Nach entsprechender Antwort durch den NAR wird bei einem Treffen von Experten beider Seiten festgestellt, inwiefern die von der NATO vorgeschlagenen Ressourcen und Kapazitäten der EU-Anfrage entsprechen;
 - d. Die Zurverfügungstellung wird im Rahmen eines PSK-NAR-Treffens als Paket mit administrativen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen abgesegnet;
 - e. Die Zurverfügungstellung erfolgt für die Dauer der Operation, außer in Fällen einer kollidierenden Artikel-V- oder nicht-Artikel-V-Operation der NATO, der nach Absprache der beiden Organisationen die Priorität eingeräumt wird;
 - f. Weitere Anfragen während der Operation folgen dem gleichen Procedere wie das erste Paket;

- g. Die EU hält die NATO während der gesamten Dauer der Operation über die Verwendung der Mittel informiert, insbesondere bei PSK-NAR-Treffen und durch den Vorsitzenden des EUMC, der als Mittelsmann dem MC berichtet;
3. Vorgehen bei der Ermittlung einer Reihe von Kommandooptionen für die EU
- a. Sollte die EU eine tiefgehende Analyse einer strategischen Optionen, die NATO-Ressourcen, insbesondere für das Kommando der Operation, mit einbezieht, beabsichtigen, informiert der PSK den NAR;
 - b. Entscheidet sich der ER für die Anforderung eines Einsatzkommandanten, fordert das PSK vom NAR geeignete Kommandooptionen;
 - c. Nach entsprechender Antwort durch den NAR, ernennt der ER den Einsatzkommandanten und weist ihn, vertreten durch das PSK, an die Kommandokette zu aktivieren;
 - d. Der Einsatzkommandant ist ausschließlich EU-Organen verantwortlich und die gesamte Kommandokette bleibt unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung der EU, während die NATO vornehmlich durch PSK und den Vorsitzenden des EUMC am Laufenden gehalten wird;¹¹⁷

Man beachte, dass Nizza jedoch auch Regelungen mit sich brachte, die später zu erheblichen Hemmnissen in Bezug auf die Beziehungen führen sollten: Die Regelungen zur Miteinbeziehung von nicht-EU NATO-Staaten und EU-Beitrittskandidaten in ESVP-Aktivitäten waren sehr restriktiv gehalten.¹¹⁸ Keine Woche später begrüßte die NATO im Rahmen des NAR-Ministertreffens in Brüssel den Vorstoß der EU in Nizza¹¹⁹. Die

117 Eigene Übersetzung, siehe Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice, Appendix to Annex VII to Annex VI.

118 Siehe Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice, Annex VI to Annex VI.

119 Siehe NATO Press Release M-NAC-2(2000)124: Ministerial meeting of the North Atlantic Council, Final Communiqué, Brussels, Punkt 31.

Finalisierung und Unterzeichnung des Pakets musste jedoch auf Grund griechisch-türkischer Differenzen warten.¹²⁰

Jedoch konnten nach einem entsprechenden Briefwechsel zwischen dem NATO-SG und der schwedischen Ratspräsidentschaft die EU-NATO Beziehungen – der formellen Verabschiedung des Berlin-Plus-Pakets vorgreifend – formalisiert und durch ein erstes PSK-NAR-Botschaftertreffen institutionalisiert werden. Den Startschuss stellte ein PSK-NAR-Ministertreffen im Mai 2001 dar, bevor die nunmehr regelmäßig abzuhaltenden Botschaftertreffen ihren Anfang hatten.¹²¹ Im Juni 2001 fand dann das erste Treffen zwischen dem EUMC und dem NATO-MC im NATO-Hauptquartier statt.¹²² Auch andere Treffen zwischen Militärausschüssen und Mitgliedern des Militärstabs der beiden Organisationen auf niederer Ebene hatten seit Nizza ohne jegliche formelle Basis stattgefunden.¹²³

Nach der gemeinsamen Erklärung von EU und NATO über die ESVP im Dezember 2002, die zu einer starken Untermauerung der gemeinsamen Absichten beitrug und eine Festlegung auf eine Verabschiedung des Berlin-Plus-Pakets für den März 2003 zuließ¹²⁴, und einer entsprechenden Besänftigung der griechisch-türkischen Differenzen im Rahmen

120 Siehe NATO Press Release (2002)142: European Union-NATO Declaration on ESDP, Brussels. & Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 75.

121 Siehe Reichard, Martin (2006): The EU-NATO Relationship – A Legal and Political Perspective, Hampshire, 125. & NATO (2006): NATO-Handbook, Brüssel.

122 Siehe NATO (2006): NATO Handbook, Brüssel, 248. & NATO-Website: Evolution of NATO-EU relations.

123 Siehe Reichard, Martin (2006): The EU-NATO Relationship – A Legal and Political Perspective, Hampshire, 126.

124 Siehe NATO Press Release (2002)142: EU-NATO Declaration on ESDP, Brussels & Remarks by Javier Solana, EU High Representative for the Common Foreign and Security Policy following the arrangement on the establishment of EU-NATO permanent arrangements, 16 December 2002, Amtsblatt Nr. S0240/02, Brüssel & NATO Press Release (2002)140: Statement by the Secretary General, Brussels.

des Aufnahmeverfahrens Zyperns in die EU, das mit dem EU-Beitritt Zyperns beim EU-Gipfeltreffen in Kopenhagen im Jänner 2003 abgeschlossen wurde¹²⁵, war der Weg frei.

Wie vom damaligen NATO-Generalsekretär, Lord Robertson, bereits im Dezember 2002 angekündigt¹²⁶ wurde im März 2003 das Paket inklusive eines Abkommens betreffend den Austausch nachrichtendienstlicher Informationen und einer Rahmenvereinbarung verabschiedet.¹²⁷ Der genaue Wortlaut der letztendlich getroffenen Vereinbarungen wurde aus Gründen der Vertraulichkeit nicht veröffentlicht.¹²⁸ Daher ist der in Nizza vom ER formulierte Vorschlag¹²⁹ die nach wie vor verlässlichste und detaillierteste Quelle, die Aufschluss über den Inhalt der „Permanent Arrangements for Consultation and Cooperation“ oder kurz „Berlin-Plus-Vereinbarungen“ gibt. Bekannt ist lediglich eine grobe Liste der von den Abkommen abgedeckten Teilbereiche:

1. Zugriff auf NATO-Planungskapazitäten für EU-geführte KMO;
2. Verfügbarkeit von NATO-Ressourcen und Kapazitäten für EU-KMO;
3. Verfahren betreffend Freigabe, Kontrolle und Wiederruf der NATO-Ressourcen und Kapazitäten;
4. Kommandooptionen für EU-KMO und entsprechende Anpassung der Rolle des DSACEUR;
5. Rahmenbedingungen für Konsultationen im Kontext einer EU-KMO mit Rückgriff auf NATO-Ressourcen und Kapazitäten;

125 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 12./13. Dezember 2002, 15917/02, Kopenhagen, Punkt 3.

126 NATO Press Release (2002)140: Statement by the Secretary General, Brussels.

127 Siehe NATO Press Release (2003)025: Statement by NATO Secretary general, Lord Robertson, Brussels.

128 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen. 75f. & NATO (2006): NATO Handbook, Brüssel, 249.

129 Siehe oben 7.2.6.

6. Rahmenbedingungen für kohärente und wechselseitig verstärkende Kapazitätsplanung;
7. EU-NATO Sicherheitsabkommen über den Austausch klassifizierter Informationen;¹³⁰

Rückblickend ist in Bezug auf die Evolution der Berlin-Plus-Abkommen besonders interessant aber zugleich wenig überraschend, dass beiden beteiligten Organisationen den NATO-Jubiläumsgipfel in Washington als Geburtsort der Idee nennen¹³¹, obgleich dort noch nicht die Bezeichnung „Berlin-Plus“ verwendet wird¹³².

7.2.7 Tervuren & Brüssel – 2003

Parallel zu den positiven Entwicklungen in Sachen EU-NATO Beziehungen, wie unter anderem der Begrüßung der Unterzeichnung und Betonung der Wichtigkeit der Berlin-Plus-Vereinbarungen für die Beziehungen¹³³, hatten die Nachwirkungen des 11. September das Bild getrübt. Die USA verfolgten eine stärker unilateral geprägte Außenpolitik, was sich natürlich auch auf die transatlantischen Beziehungen und damit die zwischen der EU und der NATO auswirkte. So sollten sich nach dem vielversprechenden Start bald Probleme zeigen.¹³⁴ Die Europäische Union war in ihrer Meinung gespalten und einige Staaten kritisierten das Verhalten der USA auf das

130 Siehe NATO (2006): NATO-Handbook, Brüssel, 249. & EU-Onlineportal: Zusammenarbeit mit der NATO.

131 Siehe NATO-Website: Evolution of NATO-EU relations. & Background on EU-NATO: The Framework for Permanent Relations and Berlin Plus, Press Note, 11. November 2003, Brüssel, Punkt 2.

132 Siehe NATO Press Release NAC-S(99)64: Washington Summit Communiqué, Washington D.C..

133 Siehe Ein sicheres Europa in Einer Besseren Welt, Europäische Sicherheitsstrategie, Europäischer Rat, 12. Dezember 2003, Brüssel, 12.

134 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 76.

Heftigste. Der Entscheid der Bush-Administration für eine militärische Lösung im Irak holte insbesondere Deutschland und Frankreich auf die Bühne der Kritiker.

Ausgelöst durch den im März 2003 begonnenen Irakkrieg trafen sich Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg Ende April in der Brüsseler Vorortgemeinde Tervuren.¹³⁵ Aus diesem Treffen ging eine gemeinsame Erklärung hervor, die mit klaren Worten der Absicht, mehr sicherheits- und verteidigungspolitische Eigenständigkeit zu erlangen, Ausdruck verlieh. Nach einleitenden Worten, die betonten, dass „der Zeitpunkt gekommen [sei] [...], bei der Schaffung des Europas der Sicherheit und der Verteidigung, das auf verstärkten europäischen militärischen Fähigkeiten gründet, eine neue Phase einzuleiten“¹³⁶, wurde der Vorschlag der baldigen Erarbeitung des „Konzept[s] einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“¹³⁷ in den Raum gestellt. „[D]ie an der ESVU beteiligten Staaten [würden] [...] die Verpflichtung eingehen, einander bei jeder Art von Gefahr Hilfe und Beistand zu leisten“¹³⁸. Es wurde eine „Stärkung der europäischen Fähigkeiten im Bereich Planung und Einsatzdurchführung“¹³⁹ gefordert und zur Erreichung dieser die Schaffung eines „Nukleus einer kollektiven Kapazität [...] für die operative Planung und Führung EU-geführter Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO“¹⁴⁰ vorgeschlagen. Zusätzlich wurde versprochen „ein multinationales verlegbares Kommando zur Führung von teilstreitkräftegemeinsamen Operationen zu errichten“¹⁴¹. Im Schlussteil drückten die vier Regierungschefs den Wunsch aus, „zusammen mit allen interessierten Staaten die Umrisse einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion zu definieren, die zur Stärkung des europäischen

135 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 76.

136 Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 29. April 2003, Brüssel, abgedruckt in: Internationale Politik, 58 (2003), Berlin.

137 Ibid.

138 Ibid.

139 Ibid, Punkt 6.

140 Ibid.

141 Ibid, Punkt 7.

Pfeilers des Atlantischen Bündnisses beitragen wird und konkrete Projekte durchzuführen, die auf eine Annäherung [ihrer] [...] nationalen militärischen Mittel abzielen.“¹⁴²

Nachdem dieser Vorstoß zunächst ignoriert zu werden schien, dann aber doch von Seiten des Vereinigten Königreichs zumindest teilweise aufgegriffen wurde, folgte natürlich entsprechend heftige Kritik und Gegenwehr von den USA. Unter diesem „transatlantischen Druck“ ruderte das Vereinigte Königreich zurück und verhinderte nicht nur einen entsprechenden Beschluss der Union¹⁴³, sondern brachte Deutschland und Frankreich dazu eine gemeinsames, später vom Rat abgesegnetes Dokument auszuarbeiten, mit dem die NATO als einziges Forum für diese Themen und folglich EU-NATO Beziehungen als einzigen gangbaren Weg für die ESVP bestätigt werden.¹⁴⁴

7.2.8 CONCORDIA & ALTHEA – 2003/2004

Nur Tage nach der Verabschiedung des Berlin-Plus-Pakets startete die erste Berlin-Plus-Operation CONCORDIA in fYROM, mit der die EU die Aufgaben übernahm, die bisher durch die NATO-Operation Allied Harmony¹⁴⁵ wahrgenommen wurden.¹⁴⁶ Nachdem

142 Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 29. April 2003, Brüssel, abgedruckt in: Internationale Politik, 58 (2003), Berlin.

143 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 77. & Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 12. Dezember 2003, Brüssel.

144 Siehe European Defence: NATO/EU Consultation, Planning and Operations, vorgelegt dem Europäischen Rat, 12./13. Dezember 2003, Brüssel. & Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 12. Dezember 2003, Brüssel, Punkt 89.

145 Irreführend ist, dass im NATO-Handbuch von 2006 fälschlicherweise die Operation Amber Fox als Vorgängeroperation von CONCORDIA bezeichnet wird, obwohl diese die Vor-Vorgängeroperation ist. Siehe NATO (2006): NATO Handbook, Brüssel, 250.

146 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 76. & Council Decision relating to the launch of the EU Military Operation in the former Yugoslav Republic of Macedonia, 18 March 2003, Amtsblatt Nr. 7537/03, Brussels & NATO Press Release

CONCORDIA bereits im Dezember 2003 beendet worden war¹⁴⁷, übernahm die EU im Dezember 2004, mit der Operation ALTHEA in Bosnien und Herzegowina, die zweite Berlin-Plus-Operation.¹⁴⁸

Noch vor ALTHEA hatte die EU ihre zweite militärische Operation, jedoch ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und somit außerhalb von Berlin-Plus, im Kongo durchgeführt¹⁴⁹, wobei die Regelungen zu ständigen Konsultationen zum tragen kamen¹⁵⁰ und die NATO entsprechend informiert gehalten wurde. Bereits diese drei ersten militärischen Operationen der EU zeigten, dass die nunmehr regelmäßig stattfindenden PSK-NAR-Treffen das Herzstück der EU-NATO Beziehungen darstellen sollten.¹⁵¹

7.2.9 Weitere Institutionalisierungen – 2003-2006

Weitere mit dem in Brüssel 2003 verabschiedete Vorschläge waren die Einrichtung einer EU-Verbindungsstelle in SHAPE sowie einer SHAPE-Verbindungsstelle beim EUMS und die Einrichtung einer zivil-militärischen Einheit der EU im EUMS, mit der die

(2003)059: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Final Communiqué, Madrid, Punkt 6 & NATO-Website: FYROM.

147 Siehe Termination of the EU-led military operation CONCORDIA (FYROM), Launch of the EU police mission Proxima (FYROM), European Council, Press Briefing, 8 December 2003, Brussels.

148 Siehe Council Decision on the Launching of the European Union military operation in Bosnia and Herzegovina, 25 November 2004, Amtsblatt Nr. L 353/21, Brüssel & NATO Press Release (2004)170: Kommuniqué zum Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Außenminister, Brüssel, Punkt 5.

149 Siehe Council Decision on the launching of the European Union military operation in the Democratic Republic of Congo, 12 June 2003, Amtsblatt Nr. L 147/42, Luxembourg.

150 Siehe Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice, Annex VII to Annex VI, Section III Lit C.

151 Siehe Reichard, Martin (2006): The EU-NATO Relationship – A Legal and Political Perspective, Hampshire, 126.

Fähigkeiten der EU in Sachen Frühwarnung, Situationseinschätzung und Strategische Planung verbessert würden.¹⁵²

Das erste Treffen der EU-NATO Capability Group fand 2003 statt. Dieser Ausschuss hat die kohärente und wechselseitige Verstärkung von Kapazitätsplanungsvorhaben der beiden Organisationen zur Aufgabe.¹⁵³ Experten der 2004 eingerichteten EVA unterstützen die Capability Group, während ihre Hauptaufgabe die Koordination von Entwicklungen der Verteidigungskapazitäten, der Rüstungszusammenarbeit sowie von Beschaffung und Forschung ist.¹⁵⁴

Ende 2003 wurde die erste gemeinsame Krisenmanagementübung „CME/CMX 03“ abgehalten. Hierbei wurde die politisch-militärische Planung eines erwogenen EU-geführten Einsatzes mit Rückgriff auf NATO-Ressourcen und Kapazitäten im Sinne von Berlin-Plus erprobt. Das „Gemeinsame“ wurde unterstrichen, indem die jeweiligen Pressemeldungen der beiden Organisationen sogar wörtlich übereinstimmten.¹⁵⁵

Um aktuellen Bedrohungen mit zeitgemäßen Mitteln begegnen zu können, entwickelten beide Organisationen schnell entsendbare Truppen. Die NATO beschloss 2002 beim Prager Gipfel die NRF aufzustellen¹⁵⁶. Nachdem sich die EU-Regierungschefs bereits 1999 in Helsinki im Rahmen der Leitziele für 2003 auf die Aufstellung der ERRF geeinigt hatten¹⁵⁷ wurde das im Februar 2004 vom Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland in einem „Food for Thought Paper“ ausgearbeitete Battle Group-Konzept¹⁵⁸

152 Siehe European Defence: NATO/EU Consultation, Planning and Operations, vorgelegt dem Europäischen Rat, 12./13. Dezember 2003, Brüssel. & Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 12. Dezember 2003, Brüssel, Punkt 89.

153 Siehe NATO-Website: Evolution of NATO-EU relations.

154 Siehe *ibid.*

155 First Joint Crisis Management Exercise (CME/CMX 03), EU Amtsblatt Nr. 1457/03 (Presse 322), Brussels & NATO Press Release (2003)133: First Joint EU-NATO Crisis Management Exercise (CME/CMX 03), Brussels.

156 Siehe NATO Press Release (2002)127: Prague Summit Declaration, Prague, Punkt 4 lit a.

157 Siehe Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 10./11. Dezember 1999, Helsinki, Punkt 28 und Anlage I zu Anlage IV.

158 The battlegroups concept – UK/France/Germany food for thought paper, 10 February 2004, Brussels, in: Chaillot Paper 75 (2005), S. 10-16, Paris.

im Juni 2004 verabschiedet¹⁵⁹ und als integraler Bestandteil und Schlüsselement des Leitziels 2010 aufgegriffen.¹⁶⁰

Im Jahr 2005 entsendete schließlich die NATO ein Ständiges Liaison-Team an den EUMS. Das Verbindungs- und Planungselement der EU bei SHAPE wurde 2006 eingerichtet.¹⁶¹ Im Jahr 2005 wurde die 2003 beschlossene¹⁶² Zivil-Militärische Einheit beim EUMS eingerichtet.¹⁶³ Seit September 2005 finden auch regelmäßig sogenannte „Transatlantische Informelle Ministerabendessen“ statt.¹⁶⁴

Zwischen 2006 und Mitte 2010 fanden keine weiteren Institutionalisierungen der Beziehungen statt. Trotz einiger Bemühungen die nunmehr, vor allem seit dem Irak-Krieg, festgefahrenen Beziehungen weiterzubringen, gibt es seither keine nennenswerten Weiterentwicklungen.¹⁶⁵

159 Siehe EU Battlegroups, Fact Sheet, EU Council Secretariat, Februar 2007, Brüssel, 4.

160 Siehe Headline Goal 2010, General Affairs and External Relations Council, 17 May 2004, Brussels. & Declaration on European Military Capabilities, Military Capability Commitment Conference, 22 November 2004, Brussels & Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 15./16. Juni 2005, Brüssel, Punkt 79.

161 Siehe NATO-Webseite: Evolution of NATO-EU relations.

162 Siehe European Council (2006): ESDP Newsletter, issue June 2006, Brussels, 7.

163 Siehe NATO-Website: Evolution of NATO-EU relations.

164 Siehe ibid.

165 EU-Portal: Zusammenarbeit mit der NATO & NATO-Webseite: Evolution of NATO-EU relations. & RdEU-Portal: EU-NATO Co-operation.

8. Status Quo

Die Entstehungsgeschichte der Beziehungen geklärt, lässt sich vom rechtlichen Standpunkt aus feststellen, dass die EU und die NATO ihr Verhältnis zueinander formell klar definiert, institutionalisiert und auch im Feld getestet haben. Reichard diskutiert zwar die Frage, ob Berlin-Plus ein internationales Abkommen ist bzw. ob Berlin-Plus rechtlich bindende Wirkung hat.¹⁶⁶ Das ist im Großen und Ganzen jedoch irrelevant, da die NATO ohnedies die Letztentscheidung über eine Zurverfügungstellung der von ihr einseitig der EU angebotenen Mittel hat.

Offiziell versuchen EU und NATO also sowohl auf politisch-strategischer Ebene als auch auf Organisations- und Operationsebene in Informationsbelangen und in Sachen Ressourcen und Kapazitäten zusammenzuarbeiten. Dem gegenüber sieht die Realpolitik jedoch wenig vielversprechend aus. Die EU-NATO Beziehungen sind, wie bereits oben angedeutet, seit nunmehr fünf Jahren festgefahren.¹⁶⁷ Die Grundsatzziele der Vermeidung von Duplizierungen, des umfassenden Informationsaustausches, der allgemeinen Abstimmung internationaler Aktivitäten und der Kooperation in punkto Interoperabilität und Ressourcen und Kapazitäten lassen jedoch in ihrer Verwirklichung zu wünschen übrig.

Die bedeutendsten Berührungspunkte zwischen den beiden Organisationen stellen nach wie vor Konfliktsituationen dar, in denen beide aktiv und vor Ort sind, allen voran Berlin-Plus-Operationen. Hiervon gibt es jedoch derzeit nur eine, ALTHEA, in Bosnien und Herzegowina, deren Fortbestehen aktuell auf wackeligen Beinen steht. Und auch im Rahmen der derzeit wichtigsten bzw. größten und politisch bedeutendsten internationalen Operationen im Kosovo und in Afghanistan können die beiden Organisationen formell keine funktionierende und produktive Zusammenarbeit aufbauen.

¹⁶⁶ Siehe Reichard, Martin (2006): *The EU-NATO Relationship – A Legal and Political Perspective*, Hampshire.

¹⁶⁷ Siehe oben 7.2.9.

Trotz mehrerer Bemühungen die festgefahrenen Beziehungen weiterzuentwickeln, gab es seit den letzten Institutionalisierungen, also zumindest seit 2006, weder formelle Weiterentwicklungen noch weitere Berlin-Plus-Operationen. Einen kurzen Lichtblick boten die französische Ratspräsidentschaft 2008 und die angekündigte militärische Rückkehr Frankreichs in die NATO. Trotzdem ließen sich lediglich informelle Wege der Kommunikation neu etablieren.¹⁶⁸ Zugleich äußerten sich die treibenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Kräfte in der EU, Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, immer häufiger zum Erfordernis einer stärkeren Eigenständigkeit der EU. Die Bemühungen Frankreichs wurden von einigen Stimmen auch dahingehend interpretiert, dass die Rückkehr in die militärischen Strukturen der NATO quasi ein Vorschuss zu einem Handel sei, der in der Folge die Aufstellung von autonomen EU-Planungsstäben ohne allzu großen Widerstand von Seiten der NATO bzw. der USA, die schließlich die treibende Kraft hinter der NATO sind, möglich machen würde.¹⁶⁹ Das Beispiel der Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO veranschaulicht die Bedeutung der Interessen einiger weniger Staaten auf die Organisationen und in weiterer Folge die Beziehungen zwischen den beiden.

Führt man sich jedoch das große Bild vor Augen, so muss man feststellen, dass die Beziehungen sich quasi seit dem Irak-Krieg in einer verfahrenen Situation finden. Im Grund genommen gibt es lediglich zwei denkbare Richtungen, in die sich die Stellung der beiden Organisationen zueinander entwickeln kann:

1. Die Beziehungen entwickeln sich in die schon ewig geforderte „Zwei-Pfeiler-Allianz“, im Rahmen derer die EU regionale Aufgaben eigenständig wahrnimmt,

168 Siehe Toje, Asle (2008): The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper 74, Paris, 22.

169 Siehe ibid.

die USA für schwierigere Aufgaben herangezogen wird und die NATO die Letztinstanz darstellt.¹⁷⁰

2. Die transatlantischen Beziehungen zerbrechen an der Unausgeglichenheit der Beziehungen und die EU entwickelt sich zu einem weltpolitischen Rivalen der USA, indem sie ihre wirtschaftliche Kraft mit der entsprechenden politisch-strategischen Macht untermauert.¹⁷¹

Es gilt also neben den Beweggründen für das Stillhalten ganz besonders die Entwicklungstendenzen genauestens zu beobachten. Im Endeffekt wird die Dynamik über eine sicherheits- und verteidigungspolitische Eigenständigkeit der EU mit den USA den Ausschlag geben, ob die Beziehungen funktionieren oder nicht.

Wenn man sich die zentralen Dokumente, Institutionalisierungen und Ausprägungen der EU-NATO Beziehungen vor Augen führt, so muss man feststellen, dass EU und NATO ein Verständnis von Beziehungen zu verwenden scheinen, das der hier verwendeten Definition¹⁷² genau entspricht. Im Folgenden werden nun die beiden oben definierten Kategorien von Beziehungen, Kommunikation und Zusammenarbeit¹⁷³, ihren Kriterien entlang diskutiert und analysiert. Schließlich ist immer von „Konsultation und Kooperation“ die Rede.¹⁷⁴ Bewertungen der einzelnen Indikatoren werden dann Ausschlag darüber geben, ob die Kriterien erfüllt, die Kategorien gegeben und somit die

170 Siehe Varwick, Johannes (2005): Die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und das Verhältnis zwischen NATO und EU – Eine Einführung, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 15-22, Opladen, 20.

171 Siehe Varwick, Johannes (2005): Die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und das Verhältnis zwischen NATO und EU – Eine Einführung, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 15-22, Opladen, 20.

172 Siehe oben 4.1.

173 Siehe oben 4.1.

174 Siehe Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice. & Press Release zu Berlin Plus & European Defence: NATO/EU Consultation, Planning and Operations, vorgelegt dem Europäischen Rat, 12./13. Dezember 2003, Brüssel.

Hypothese verifiziert, andernfalls falsifiziert ist. Vor einer entsprechenden Abhandlung der zwei Teilbereiche, gilt es jedoch in einem kurzen Exkurs die Dynamik zwischen den beiden treibenden Kräften hinter den Beziehungen zu beleuchten.

8.1 Exkurs: Hierarchie vs. Konkurrenz

Wenn man die heutigen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit betrachtet und sie in den Kontext der weltpolitischen Machtstrukturen stellt, so kommt man zwangshalber zu der Frage, ob hier die dominante Stellung der USA und damit der NATO mittel oder langfristig die Entwicklung gut funktionierender Beziehungen vereiteln könnte und die EU sich mit Nachdruck sicherheits- und verteidigungspolitisch auf eigene Beine stellt.

Tatsächlich finden sich beide Seiten in einem Dilemma. Zum einen wünschen sich die USA ein stärkeres Engagement der EU in sicherheits- und verteidigungspolitischer Hinsicht. Zum anderen wollen sie im Gegenzug erwartete Eingeständnisse in Sachen Einfluss auf Seiten der EU niedrig halten bzw. vermeiden. Die Mitgliedsstaaten der EU selbst wünschen sich zwar mehr Eigenständigkeit, sind aber nicht bereit die entsprechenden Kosten auf sich zu nehmen.¹⁷⁵ Zur Frage der Diskrepanz der Verteidigungsbudgets jedoch später.¹⁷⁶

8.1.1 US-Vorherrschaft vs. EU-Autonomie

Heute kann man sagen, dass die USA nachwievor die Funktion der europäischen Führungsmacht ausüben. Ein Machtvakuum, also das Fehlen klarer verteidigungspolitischer Führung innerhalb Europas, und mehr Vertrauen in die USA in

¹⁷⁵ Siehe Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus – Webseite: Niklas, Marten (2009): NATO und die EU.

¹⁷⁶ Siehe unten 8.3.2.4.1.

Sachen militärischer Kompetenz von Seiten zahlreicher vor allem osteuropäischer EU-Staaten, erleichtern den USA diesen Einfluss. Wie gut sie diese Stellung nützen können, bestimmt allerdings die Einigkeit der Länder der EU untereinander.¹⁷⁷

Zwar sind politische Entscheidungsträger weitreichend in den Strukturen der Interessen des Staates, den sie vertreten gefangen. Jedoch muss man der aktuellen Konstellation zumindest gewisse atmosphärische Auswirkungen auf die Richtungs politik der beiden Organisationen zugestehen. Während Präsident Barack Obama unter dem Vorwand einer stärker multilateralen Ausrichtung einen unklaren außenpolitischen Kurs fährt, sind Bundeskanzlerin Angela Merkel, Präsident Nicolas Sarkozy und Premierminister David Cameron zwar in ihrer Grundhaltung USA-freundlich, jedoch allesamt an einer starken EU interessiert. Diese Konstellation spricht für eine Aufwertung der EU als eigenständige sicherheits- und verteidigungspolitische Kraft.

Die EU wächst im Schatten der Strukturen mit der Allianz in ihrer Bedeutung als sicherheitspolitischer Akteur am internationalen Parkett, was die NATO und den zugehörigen Hauptakteur USA dazu zwingt, der EU immer mehr Beachtung schenken zu müssen. Die Entwicklung der Beziehungen hängt also sehr davon ab, wie sich die Ausrichtung der GASP insgesamt entwickelt.¹⁷⁸ Realisten meinen dazu immer häufiger:

Vom Ende des Kalten Kriegs bis zum Irak-Krieg im Jahr 2003, waren die USA die hegemoniale Machtfigur des internationalen Staatensystems. Nach den Rückschlägen im Irak und vor allem in Afghanistan wuchsen Zweifel, dass die Vereinigten Staaten die damit verbundenen Lasten auf Dauer schultern können. [...] die europäischen und asiatischen Bündnispartner [billigten] den USA uneingeschränkt die Rolle der Blockführungsmacht zu, während Washington diesen bei der Entfaltung ihres wirtschaftlichen Potenzials freie Hand ließ. [Die] [...] während der 1980er Jahre [geschrumpfte wirtschaftliche] [...] Überlegenheit der USA scheint nun [, durch die Finanzkrise ausgelöst, endgültig] die Führungsfähigkeit der USA im transatlantischen Bündnis grundsätzlich in

177 Reiter, Erich (2004): Die Situation der EU in ihrer geplanten strategischen Überdehnung, Maria Enzersdorf, 5.

178 Siehe Shea, Jamie (2008): Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Kabinett des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

Frage zu stellen. [...] Die EU verfügt zweifellos über das Potenzial, um als Akteur bei der Gestaltung der zukünftigen Weltordnung eine wichtige Rolle zu übernehmen.¹⁷⁹

Diese angedachte Auflösung starker transatlantischer Partnerschaft lässt jedoch noch auf sich warten, zeichnet sich aber immer mehr in Bemühungen und Forderungen der EU und vor allem Frankreichs und Deutschlands ab.¹⁸⁰ Und während vor ein paar Jahren der Fortbestand der Bedeutung der NATO in Europa noch als weitgehend gesichert galt¹⁸¹, signalisierte spätestens die eindeutige Aufwertung und Festigung der ESVP hin zu einer GSVP durch den Vertrag von Lissabon¹⁸², die Bereitschaft der EU auch die politisch-strategische Ebene ernsthaft in Angriff zu nehmen und sich auf eigene Beine in Sachen gemeinsamer Verteidigung zu stellen. Berlin-Plus dient hier aus EU-Perspektive als Brücke bis einige führende EU-Staaten die Initiative ergreifen und entsprechend eigenständige Mittel der EU aufbauen.

Für die USA ist diese für die EU notwendige Hilfestellung eine ideale Möglichkeit auf die Entwicklungen der EU in dieser Säule Einfluss zu nehmen. Die Großzügigkeit in der Zurverfügungstellung der NATO-Mittel ist zugleich der Versuch der USA, die EU im Schach zu halten, da diese als unabhängiger sicherheitspolitischer Player gepaart mit ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten durchaus eine unangenehme Konkurrenz im Machtgefüge der Weltpolitik werden könnte. Erhält die EU jedoch ohnedies die Kapazitäten für internationale Operationen, so wird diese Hilfe gepaart mit der mangelnden Investitionsbereitschaft der meisten EU-Staaten in Sachen Verteidigung zu einer nur schwer überwindbaren Hürde. Zugleich sind die Synergien aus Berlin-Plus,

179 Schulze, Peter W. (2010): Optionen und Chancen für eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2010, S. 94-110, Berlin, 97f.

180 Siehe Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 65.

181 Siehe Reiter, Erich (2004): Die Situation der EU in ihrer geplanten strategischen Überdehnung, Maria Enzersdorf, 7.

182 Siehe Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, 30. März 2010, Amtsblatt C 83/13, Brüssel, Artikel 42.

sofern es denn voll oder gar über Berlin-Plus hinaus ausgenützt würde, ein gutes Argument. Und Im westlichen Wertegefüge besteht derzeit auch keine Motivation, derartige Verbindungen aufzubrechen.

Hier ist also klar von einer Vorrangstellung der NATO die Sprache, die aber, wenn man es genau nimmt, wohl eher eine klare hierarchische Vorrangstellung der USA ist. Die EU soll also nicht nur in ihrer Unselbständigkeit gehalten werden, damit kein starker Gegenspieler entsteht, sondern sie soll auch den USA zuarbeiten. Zuarbeiten, insofern, als sie die Durchsetzungskraft der USA vergrößern und wie ein Verstärker die Interessen der USA mittragen. Denn würde die EU ihre wirtschaftliche Macht mit einem entsprechenden politisch-strategischen Fundament untermauern, so hätte sie, wie oben bereits mehrfach erwähnt, das Potential, ein für die USA unangenehm starker Mitspieler am Parkett der Weltpolitik zu werden. Zusätzlich wäre eine sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständige EU nach Russland und den USA die drittgrößte Nuklearmacht¹⁸³.

Zusätzlich könnte hier auch Russland auf die Tagesordnung gerufen werden, indem es gemeinsam mit den asiatischen Staaten eine Option für eine Neuorientierung der US-Außenpolitik bietet oder indem es die mit der EU geteilte duale Flügelmachtfunktion im konfliktanfälligen Zwischeneuropa ausweitet. Die Georgienkrise im Jahr 2008 war hier ein glänzendes Beispiel dafür, dass Russland diese Funktion der EU durchaus anerkennt.¹⁸⁴

Man kann also feststellen, dass die EU- NATO-Beziehungen in ihrer heutigen Ausprägung nach Berlin-Plus zwar nach außen hin das Vermeiden von Duplizierungen verkaufen, dieses aber zugleich eine Verbildlichung und, wenn umgesetzt, eine Verstärkung des Verhältnisses der USA zur EU ist. Es wird verhindert, dass die EU zu einem komplett eigenständigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur wird, der alle europäischen Kräfte unter sich vereint. Ein solcher wirtschaftlich ohnedies bereits

183 Siehe Carnegie Endowment – Webseite: World Nuclear Arsenals 2009. & Federation of American Scientists – Webseite: Status of World Nuclear Forces. & Guardian Online: Nuclear Weapons: How many are there and who has them in 2009?, 25. September 2009.

184 Siehe Schulze, Peter W. (2010): Optionen und Chancen für eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2010, S. 94-110, Berlin, 98ff.

ebenbürtiger Player würde, wenn er auch politisch-strategisch erstarkt, die derzeit noch gefestigte Vorherrschaft der USA ins Wanken bringen. Und politisch-strategisches Erstarken ist nichts anderes als die Durchsetzung der eigenen Interessen in der Welt mit dem stärksten Argument zu untermauern, das es gibt, militärische Macht.¹⁸⁵ Würde die EU als ein sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur agieren, also unter weitgehender Aufhebung der Duplizierungen und unter einheitlicher Führung, so wäre sie die klare zweitstärkste Macht, mit entsprechend großem Abstand vor etwa China oder Russland.

Natürlich ist das Verteidigungsbudget kein eindeutiger oder alles umfassender Indikator militärische Fähigkeiten oder politisch-strategische Macht. Jedoch unterstreicht das Bild, das man durch einen entsprechenden Vergleich zwischen den Verteidigungsausgaben der USA, der EU und der Welt erhält, wie dominant die USA sind und wie unwillig, eine Eigenständigkeit zu finanzieren, die EU derzeit noch ist.¹⁸⁶ Also muss man derzeit, ob Wohl oder Übel, auf Seiten der NATO auf den Willen der USA, die politisch-strategische Macht der EU flach zu halten, und dem entgegen den Willen der EU zur Eigenständigkeit abstellen.

185 Madeleine Albright definierte in ihrem Seminar zur „Security Tool Box“, im Spring Term 2009 an der School of Foreign Service der Georgetown University, militärische Gewalt als das stärkste und zugleich drastischste Mittel auf der Skala der einem Staat zur internationalen Durchsetzung seiner vor allem politischen Interessen zur Verfügung stehenden Instrumente. Klarerweise gilt dies nicht nur für den Fall der Anwendung von militärischer Gewalt, sondern bereits für die bloße Gewissheit über das Potential oder eine Androhung derselben. Militärische Macht ist also ein Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen, das auch durch das bloße Vorhandensein ohne Anwendung die Stärke der eigenen Position untermauert. Das Konzept beinhaltet neben militärischer Gewalt unter anderem die Faktoren bilaterale Diplomatie, multilaterale Diplomatie und Organisationen, Entwicklungshilfe, Handel, Sanktionen, öffentliche Diplomatie, verdeckte oder nachrichtendienstliche Aktionen und Gerichtsbarkeit.

186 Siehe unten 8.3.2.4.1.

8.1.2 Die Strategie Dokumente der NATO, der USA und der EU

Nachdem nun die Dynamik zwischen den treibenden Kräften in einem entsprechenden Kontext steht, gilt es sich Absichten und Grundhaltung, also die strategische Ausrichtung der Player zu verdeutlichen.

Wenn es zutrifft, dass mit den institutionellen Arrangements zwischen NATO und EU entschieden wird, ob die wichtigsten Bestandteile des politischen Westens – die USA und die EU – in einer Beziehung einseitiger sicherheitspolitischer Abhängigkeit verharren, ein partnerschaftliches Verhältnis ausbilden oder zu Konkurrenten und möglicherweise sogar zu Rivalen werden, müssten Veränderungen in den nationalen Positionen Aussagen darüber zulassen, in welche Richtung die Reise geht.¹⁸⁷

Hierzu ziehe werden die Strategiedokumente der beiden Organisationen und der USA herangezogen.

8.1.2.1 Das Strategische Konzept der NATO

Nachdem das Strategische Konzept der NATO von 1999 schon die Möglichkeit der Kooperation mit den europäischen Verteidigungsinstitutionen vorsah¹⁸⁸, gilt es abzuwarten, wie klar die Position gegenüber der EU im Strategischen Konzept 2010, welches im November 2010 im Rahmen des NATO-Gipfels in Lissabon verabschiedet werden soll, ausfallen wird. Die zur Ausarbeitung von Vorschlägen für den, vom NATO-SG zu erstellenden, Entwurf des neuen Strategischen Konzepts der NATO einberufene Expertengruppe schlug folgende Formulierungen über Grundsätze zur Partnerschaft mit der EU vor:

187 Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 62.

188 Siehe The Alliance's Strategic Concept, 24. April 1999, Washington DC., Punkt 30.

1. The new Strategic Concept should recognise that the EU's Treaty of Lisbon is designed, among other purposes, to strengthen Europe's military capabilities and command structures. Allies should welcome this development and use the Strategic Concept to affirm NATO's desire for a truly comprehensive partnership with the EU, one that is cost-effective, that is based on the principle of reciprocity and that encompasses the entire range of the institutions' mutual activities.
2. In its contacts with the EU, NATO leaders should avoid the trap of categorizing all threats and responsibilities as distinctly "military" or "non-military." Instead, they should nurture the habit of thinking of these issues as developing along a continuum. Many situations will require a response that includes both forceful and non-coercive elements; NATO, the EU, and others should bring to bear the capabilities that add the most value in finding a solution. Accordingly, NATO should seek to agree with EU leaders on a plan for regular joint participation in meetings, fuller communications between military staffs, and more extensive coordination with respect to crisis management, threat assessments, and sharing assets.
3. NATO and EU leaders should do everything possible to prevent disagreements from interfering with effective cooperation between the two organisations.¹⁸⁹

Sollte diese vielversprechende Formulierung, ohne große Betonung der Unterordnung der GSVP unter die NATO ihren Einzug in das finale Dokument finden, könnte das wesentlich zur Entspannung im Verhältnis der beiden Organisationen zueinander führen. Beziehungen ohne das Pochen auf Hierarchien könnten für die USA der Schlüssel zu einem weniger starken Betreiben von Eigenständigkeitsbestrebungen der EU durch Frankreich und andere Nationen sein.

8.1.2.2 Die Europäische Sicherheitsstrategie

In ihrem Bericht von 2008 über die Umsetzung der EU Sicherheitsstrategie von 2003, die ja damals die Kooperation unter Berlin-Plus begrüßt hatte¹⁹⁰, erwähnt der ER die NATO

189 NATO 2020: Assured Security, Dynamic Engagement, Analysis and Recommendations of the Group of Experts on a New Strategic Concept for NATO, 17. Mai 2010, Brüssel, 24.

190 Siehe oben 7.2.7.

nur am Rande mit dem Satz „EU und NATO müssen ihre strategische Partnerschaft vertiefen, um die Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung zu verbessern.“¹⁹¹ Gleich anschließend findet jedoch ein ganzer Absatz, der das Vorhaben der EU als sicherheitspolitischer Player „noch kohärenter und aktiver [zu] agieren und [...] [die] Fähigkeiten noch mehr [zu] verstärken“¹⁹² betont. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde 2009 zwar die ESVP zur GSVP.¹⁹³ Die institutionelle Entwicklung kam jedoch zum Stillstand. Bemerkenswerterweise wurde allerdings eine Beistandspflicht für den Fall eines Angriffs¹⁹⁴ und das Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit¹⁹⁵, welches Projekte in kleineren Gruppen, wie etwa die Zusammenlegung von Streitkräften, ermöglicht, eingebaut.¹⁹⁶

8.1.2.3 Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Während in der NSS von 2006 noch die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der NATO mit der EU explizit betont wurde¹⁹⁷, werden in der neuen NSS 2010 die Beziehungen zur EU nur sehr allgemein und solche zwischen EU und NATO gar nicht erwähnt.¹⁹⁸

191 Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie, Sicherheit Schaffen in einer Welt im Wandel, Europäischer Rat, 11. Dezember 2008, Brüssel, 2.

192 Ibid.

193 Siehe Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, 30. März 2010, Amtsblatt C 83/13, Brüssel, Artikel 42.

194 Siehe ibid, Artikel 42(7).

195 Siehe ibid, Artikel 42(6).

196 Siehe Dembinski, Matthias (2010): EU-Außenbeziehungen nach Lissabon, in: APuZ 18/2010, Bonn, 9ff.

197 Siehe The National Security Strategy 2006, Washington, Kapitel VIII Abschnitt C Punkt 4.

198 Siehe National Security Strategy 2010, Washington, 41f.

8.1.3 NATO-Vorherrschaft vs. GSVP-Autonomie

Diese Konstellation, „NATO vor EU“ bzw. „ESVP nur in der NATO“, ermöglicht den USA, wie oben erwähnt, nicht nur die EU von sicherheits- und verteidigungspolitischer Eigenständigkeit abzuhalten, sondern auch Europa als „Verstärker“ des eigenen Einflusses zu nützen. „Where NATO as a whole is not engaged“¹⁹⁹ ist die bezeichnende Formulierung in Berlin-Plus, die deutlich macht, dass diesem Abkommen zu Folge zwischen den beiden Organisationen ein klares Subsidiaritätsprinzip zugunsten der NATO herrscht. Der Rückgriff auf NATO-Kapazitäten ist also nur möglich, wenn die NATO sich gegen ein Eingreifen ihrerseits entscheidet und zusätzlich die Mittel mit einer entsprechenden NAR-Entscheidung frei gibt. Die EU ist aber auf NATO-Kapazitäten, insbesondere in den Bereichen Planung und Führung angewiesen. Die EU entkräftet sogar ihre durch Lissabon eingeführte Bündnisklausel im gleichen Absatz, indem sie darauf verweist, dass für die auch der NATO angehörenden EU-Staaten weiterhin die Allianz „das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und das Instrument für deren Verwirklichung ist“²⁰⁰.

Eine Entwicklung hin zu einer kompletten Eigenständigkeit der EU im Windschatten der NATO, also unter Aufrechterhaltung der aktuellen Beziehungen und Strukturen, ist durchaus nicht unwahrscheinlich und könnte längerfristig den Fortbestand der NATO in Frage stellen. Und obgleich Shea und Cornu Lissabon zwar als wichtigen Schritt hin zu besseren Strukturen der ESVP sehen, es aber strikt ablehnen, Lissabon eine Entwicklung die die Beziehungen bedeutend beeinflussen könnte zu nennen²⁰¹, muss man doch bedenken, dass diese beiden Vertreter und Mitarbeiter der NATO sind.

199 NATO Press Release NAC-S(99)64: Washington Summit Communiqué, Washington D.C.. Klausel 9 & Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 10./11. Dezember 1999, Helsinki, Punkt 27.

200 Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, 30. März 2010, Amtsblatt C 83/13, Brüssel, Artikel 42 (7).

201 Siehe Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel. & Cornu, Christophe: Persönliches Interview, 8 September 2008, 15:30-16:15, PASP-Division, NATO-HQ, Brüssel.

Ein Trend ist in jedem Fall zu erkennen. CONCORDIA griff noch auf SHAPE zurück, während Artemis, EUFOR Kongo, EUFOR Chad oder ATALANTA bereits eigenständige Operationen der EU ohne Hilfe von Seiten der NATO waren.²⁰² Und ALTHEA läuft aus.

Ausschlaggebend wird sein, dass sich die EU über ihre Absichten in Sachen gemeinsamer Verteidigung im Klaren ist. Sie hat mehrfach festgestellt, dass sie neben ihren zivilen Fähigkeiten auch dazu in der Lage sein will, mehrere militärische Operationen gleichzeitig tragen zu können. Wenn man sich die Frage nach der Größe, der Intensität sowie der Zähigkeit der parallel zu managenden Konflikte nicht zu stellen brauchen will, muss die EU neben einer beträchtlichen weiteren Aufstockung der militärischen Ressourcen und Kapazitäten auch die entsprechenden Planungsfähigkeiten entwickeln. Die kleine Planungszelle der EU ist winzig im Vergleich zu den ca. 3.000 Mitgliedern des NATO-Planungsstabs. Hier muss das einzigartige Potential der EU, eine effektive zivil-militärische Planungskompetenz aufzubauen, genützt werden.²⁰³

Schon unter Präsident Kennedy hatten die USA erkannt, dass die alleinige Vormachtstellung der USA zusammenbrechen würde, wenn Westeuropa sich erfolgreich als unabhängiger geopolitischer Akteur in der internationalen Politik etabliert. Aus den gleichen Gründen stellen sich die USA nun gegen eine vollständige verteidigungspolitische Autonomie der EU.²⁰⁴

Natürlich ist das Machtpotential der EU eine spekulative Größe, die sich allerdings in einem gewissen abschätzbaren Rahmen bewegt. Diese Möglichkeiten würden durchaus ausreichen, damit die EU im Zeitfenster bis 2020 nahezu die Stärke der USA erlangte.²⁰⁵ Dennoch ist es unklar, „welche Finalität die EU anstrebt und folglich in welchem Ausmaß

202 Siehe Prummer, Karl: Persönliches Interview: 29. April 2010, 10:00-10:40, BMeiA, Wien.

203 Siehe Keohane, Daniel (2008): 10 Years after St. Malo, ISS-Analysis, Paris.

204 Siehe Layne, Christopher (2006): The Unipolar Illusion Revisited The Coming End of the United States' Unipolar Moment, in: International Security 31/2 (2006), S. 7-41, Cambridge, 34.

205 Siehe *ibid*, 37.

die NATO und die USA darin eine Rolle spielen sollen bzw. die Union Funktionen der NATO übernehmen möchte.“²⁰⁶

8.2 Kommunikation

Wie schon eingangs in den Erläuterungen zum Begriff der Beziehungen und seinen Kategorien erwähnt, können ohne Kommunikation keine Beziehungen funktionieren bzw. existieren²⁰⁷. Kommunikation für sich macht Beziehungen bereits möglich, während Zusammenarbeit das Vorhandensein von Kommunikation als Sine-qua-non-Umstand voraussetzt.

Kommunikation zwischen zwei Organisationen kann grundsätzlich auf drei Ebenen stattfinden, welche als Leitlinienindikatoren herangezogen werden²⁰⁸. Auf der politischen Ebene stehen sich die Staats- bzw. Regierungschefs oder die fachzuständigen Minister gegenüber. Auf Organisationsebene stehen sich Mitarbeiter des Kabinetts oder Ministeriums bzw. der Organisation gegenüber. Und auf Operationsebene treten die jeweiligen Kommandanten oder Fachzuständigen in Kontakt. Diesen Ebenen nachempfunden und zugeordnet, werden nun die drei Kriterien geprüft.

8.2.1 Politische Ebene – Institutionalisierte Treffen

Die Beziehungen auf politischer Ebene fanden ausschließlich in zwei Konstellationen, im PSK-NAR-Format und der EU-NATO Capability Group, eine Institutionalisierung. Die

206 Dilp, Susanne/Siedschlag Alexander (2006): Aktuelle Herausforderungen der ESVP, in: Siedschlag, Alexander: Analysestandpunkt 3, Innsbruck, 15.

207 Siehe oben 4.1.

208 Siehe oben 5.3.

Effektivität dieser institutionalisierten Ausprägungen lassen zu wünschen übrig. Dies gilt insbesondere für den Informationsaustausch zwischen den beiden Organisationen.²⁰⁹

8.2.1.1 PSK-NAR-Treffen

Das höchste Gremium der EU-NATO Partnerschaft trifft sich, wie bereits erläutert²¹⁰, mindestens halbjährlich auf Ministerebene und regelmäßig, aber zumindest dreimal pro Halbjahr, auf Botschafterebene.

Im PSK-NAR Format darf derzeit nichts diskutiert werden, außer ALTHEA und wenige ausgesuchte Kapazitätsinitiativen. Hier war jedoch auch beabsichtigt, dass die generellen Konsultationen einen Rahmen finden. Dass dies teilweise durch die Türkei-Zypern-Problematik²¹¹ blockiert ist oder aber aus politischen Gründen nicht genutzt wird, wird von der Tatsache verdeutlicht, dass die EU ihre erste militärische Operation im Kongo beschloss, ohne die NATO zu konsultieren, und dies zur Folge hatte, dass später jede der beiden Organisationen für sich eine Operation im Sudan führen sollten.²¹²

8.2.1.2 EU-NATO Capability Group

Die „EU-NATO Capability Group“ ist das Gremium, in dem sich Vertreter, meist politische wie militärische, beider Mitglieder gegenüber sitzen, um Themen der Kapazitätsplanung zu besprechen und Kapazitäten, die für gemeinsame Operationen benötigt werden, zu koordinieren. Die spezifischen Themen müssen sich jedoch im

209 Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

210 Siehe oben 7.2.6ff.

211 Siehe unten 8.2.1.4.3.

212 Siehe Toje, Asle (2008): The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper 74, Paris, 19ff.

Rahmen der Berlin-Plus-Vereinbarungen bewegen. Das heißt, dass aktuell neben Besprechungen zu ALTHEA, als einziger Operation, lediglich sehr allgemeine Informationen ausgetauscht werden. Zu Themen, die spezifisch Rüstungsplanung und Beschaffungsfragen betreffen wird die EVA konsultiert.

Kernproblem, das dieses Gremium lähmt, ist wieder die Türkei-Zypern-Problematik²¹³. Zypern nimmt an diesem Gremium nicht teil, da es kein Sicherheitsabkommen mit der NATO hat. Die Türkei ist von der EVA ausgeschlossen, da hier wieder die entsprechenden Abkommen blockiert werden.

8.2.1.3 Informationsaustausch

Insgesamt ist die Funktionalität der PSK-NAR-Treffen und der EU-NATO Capability Group in Sachen Informationsaustausch sehr beschränkt.²¹⁴ Zypern und die Türkei machen hier vieles unmöglich.²¹⁵ Durch fehlende Sicherheitsabkommen ist der Informationsfluss sehr begrenzt. Aber auch die bestehenden Sicherheitsabkommen werden durch unterschiedliche Einstufung von Dokumenten, wie beispielshalber als „NATO-secret“, umgangen, um die Funktionalität weiter zu beeinträchtigen.

Grundsätzlich ist die NATO jedoch im Vergleich zur EU in Sachen Informationsweitergabe voraus. Die Informationsweiterleitung, beispielshalber bei Übungen, funktioniert einwandfrei. Und auch kleinere, für beide Organisationen strategisch weniger bedeutende Operationen, wie etwa ATALANTA, stellen hier positive Ausnahmen dar.²¹⁶

213 Zur Türkei-Zypern-Problematik im Detail siehe unten 8.2.1.4.3.

214 Siehe Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

215 Siehe unten 8.2.1.4.3.

216 Siehe Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz).

Informellere Rahmenbedingungen für die Interaktion zwischen den beiden Organisationen könnte in Sachen Informationsaustausch Abhilfe leisten, da diese dann auch von den sonst blockierenden Staaten stillschweigend geduldet werden könnte. Der konkreteste Vorschlag wurde während der französischen Ratspräsidentschaft formuliert: Informelle aber regelmäßige Treffen einer High Level Group, die in erster Linie aus dem NATO-SG und dem HV-GASP sowie Vertretern des PSK-NAR-Formats bestünde.²¹⁷ Tatsächlich finden ohnehin schon informelle Treffen von NATO-SG und HV-GASP statt, die hinterher jeweils den NAR bzw. das PSK informieren. Und der NATO-SG wurde zu Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister eingeladen, während die aktuelle HV-GASP, Ashton, bei einem ISAF Treffen eingeladen war.

In der Diskussion der MEPs mit Madeleine Albright über die zukünftige Rolle der NATO beklagte der Vorsitzende der EP-Delegation für Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung der NATO jedoch ganz aktuell die Schwäche des Dialogs zwischen den beiden Organisationen.²¹⁸

Resümierend ist festzustellen, dass der offizielle bzw., formelle Informationsaustausch beträchtliche Schwierigkeiten zeigt. Jedoch ist er nicht unbedingt das A und O. Im Falle des Georgien-Konflikts 2008 fanden beispielshalber ad hoc auch auf politischer Ebene exzellente Treffen statt.

8.2.1.4 Das Mitgliedschaftsproblem

Die starke Überlappung der Mitgliedschaft der beiden Organisationen²¹⁹ legt zunächst die Vermutung nahe, dass eine Interaktion oder Beziehungen zwischen den beiden ein Leichtes seien. Naheliegend ist es, dass die 21 Staaten, die in beiden Organisationen

²¹⁷ Siehe Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

²¹⁸ Siehe MEPs debate NATO's future role with Madeleine Albright, 18. Jänner 2010, Brüssel.

²¹⁹ Siehe Grafik unten 10.1.

Mitglied sind, ein großes Interesse daran haben, Duplikationen zu vermeiden. Da aber die Organisationen eben nur überlappende aber nicht idente Mitgliedschaften haben, ergeben sich zahlreiche Komplikationen mit der Einbindung jener Staaten in die EU-NATO Beziehungen, die lediglich Mitglied einer der beiden Organisation sind.

8.2.1.4.1 EU-Mitglieder ohne NATO-Mitgliedschaft

Alle nicht-NATO EU-Mitglieder²²⁰ außer Zypern, fünf an der Zahl, nehmen an der PfP teil und haben einen Sitz im EAPC, womit sie das hierzu vorausgesetzte Sicherheitsabkommen und zugleich Zugang zur NATO haben. Seit dem Jahr 2008 ist auch Malta wieder in der PfP. Nur Zypern ist hier die Ausnahme.²²¹ Zyperns Teilnahme an der PfP wird von der Türkei blockiert.²²²

8.2.1.4.2 NATO-Mitglieder ohne EU Mitgliedschaft

Während die NATO sehr offene Partnerschaftsprogramme und entsprechende Strukturen geschaffen hat, ist dies der EU in der Form unmöglich. Schließlich ist die EU eine supranationale Organisation, bei der der Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern so groß sein müsste, dass ein Partnerschaftsmodell wie die PfP keinen Sinn macht.²²³ Somit mussten den sieben NATO-Staaten, die nicht Mitglied der EU sind²²⁴, über den Weg einzelner Sicherheitsabkommen eine Sonderregelung eingeräumt werden.

220 Siehe Grafik unten 10.1.

221 NATO (2005): Security Through Partnership, Brüssel & NATO-Webseite: Partnership for Peace & The Euro-Atlantic Partnership Council.

222 Mehr zu der Türkei-Zypern-Problematik siehe unten 8.2.1.4.3.

223 Siehe Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel.

8.2.1.4.3 Problemfall Türkei-Zypern

Die zunächst heranwachsende und dann durch den Irak-Krieg zum Einhalten gekommene Kooperation zwischen den beiden Organisationen ist seit dem EU-Beitritt Zyperns 2004 durch eine Patt-Problematik gehemmt. Die Türkei-Zypern-Problematik muss auf Grund ihrer außerordentlichen Tragweite in Sachen EU-NATO Beziehungen hier in einem eigenen Unterkapitel diskutiert werden. Zwischenzeitlich stellte auch die Position Maltas, seit dem EU-Beitritt 2004, ein Problem dar. Dieses ist jedoch seit der Rückkehr Maltas in die PfP 2008 hinfällig.

Die sehr verfahrenere Situation zwischen der Türkei und Zypern dreht sich einerseits um die Zypernfrage im Allgemein und in weiterer Folge vor allem um die problematische Frage eines EU-Beitritts der Türkei und nachgeordnet um die Frage einer Teilnahme Zyperns an der PfP. Als Folge der Mischung dieser Zypernproblematik und sich problematisch gestaltenden EU-Beitrittsverhandlungen blockiert bzw. lähmt die Türkei die Beziehungen in vielen Belangen, allem voran in Sachen Kommunikation und Informationsaustausch. Zusätzlich blockiert sie die Teilnahme Zyperns an der PfP.

Während die Türkei der Ansicht ist, dass die Kooperation in den 1990er Jahren die nach Berlin-Plus bei weitem übertraf, stellt sie auch fest, dass sie das Berlin-Plus-Abkommen, inklusive die Regelung, dass die PfP-Mitgliedschaft und das entsprechende Sicherheitsabkommen mit der NATO Voraussetzung für eine Teilnahme sei, zu einem Zeitpunkt getroffen wurde, als man annahm, die Zypernfrage sei bis 2005 gelöst.²²⁵ Zugleich sei die getroffene Vereinbarung ein Gleichgewicht, welches nicht nur Berlin-Plus, sondern auch EU-Konsultationen mit europäischen NATO-Staaten ohne EU-Mitgliedschaft vorsieht. Hier beschwert sich die Türkei darüber, dass trotz zahlreicher aktiver Beiträge zur ESVP und vor allem der starken Teilnahme an ALTHEA, die

²²⁴ Siehe Grafik unten 10.1.

²²⁵ Siehe Altan, Özgür: Persönliches Interview, 25. September 2008, 16:00-16:30, Türkische Vertretung bei der NATO, NATO-HQ, Brüssel.

Unterzeichnung eines Türkei-EU-Sicherheitsabkommens sowie der Zugang zu EVA seit 2005 blockiert sind.²²⁶ Auch die in Nizza versicherte Einbindung in Entscheidungsfindung und Konsultationen mit europäischen NATO-Staaten ohne EU-Mitgliedschaft blieben gegenüber der Türkei aus. Als ein Beispiel dient hier die nicht erfolgten Konsultationen im Fall des Georgien-Konflikts 2008, mit Erklärung der französischen Ratspräsidentschaft und des EU-Sekretariats, dass die Vereinbarungen für diesen Fall nicht gelten würden. Ein weiteres Beispiel war der erst 110 Tage nach seiner Verabschiedung erhaltene Organisationsplan für EULEX. Dies stehe in krasser Diskrepanz zur Informationspolitik von Seiten der NATO den Partnerstaaten gegenüber. Hier haben die Partnersstaaten den dritten überarbeiteten Organisationsplan für KFOR bereits fünf Tage nach dessen Verabschiedung erhalten. Die Türkei fordert in diesem Zusammenhang, dass ihre Anliegen besprochen werden, um sich in diesem Themenkomplex weiterbewegen zu können. Die EU dürfe die NATO nicht mehr als nur ein Telefon zu den USA oder militärischen Kapazitäten betrachten. Und weder bei der EU noch bei den USA hat eine Lösung der Problematik eine Priorität.²²⁷

Der derzeitige Außenminister der Türkei, Ahmet Davutoglu, drückte 2009 sein Bedauern darüber aus, dass die NATO zwar sehr gute Partnerschaftsprogramme eingerichtet hat und erfolgreich unterhält, die EU hingegen ihre 2003 ausgedrückten Absichten, stärker mit nicht-EU NATO-Staaten zu kooperieren, nicht ernsthaft verfolgt.²²⁸ Er fügt hinzu: „The ESDP suffers from this lack of cooperation; so do we as non-EU Allied partners of the ESDP.“²²⁹ Die EU habe im Zuge der Georgienkrise 2008 einen Antrag auf entsprechende Konsultationen mit der Türkei abgelehnt, bei der Entwicklung einer Europäischen Luftflotte die Türkei nicht informiert und das Sicherheitsabkommen immer

226 Siehe Altan, Özgür: Persönliches Interview, 25. September 2008, 16:00-16:30, Türkische Vertretung bei der NATO, NATO-HQ, Brüssel.

227 Siehe *ibid.*

228 Siehe Davutoglu, Ahmet (2009): Bridging an Unnecessary Divide: NATO and the EU, in *ISSues* 30, S. 5, Paris.

229 *Ibid.*

noch nicht abgesegnet.²³⁰ Zudem sei sich die EU auch nicht der Ressourcen und Kapazitäten, die die Türkei in die ESVP einbringen könnte, bewusst.²³¹

Informellen Treffen steht die Türkei nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie schickt jedoch immer die Prämisse voraus, dass das Format solcher Treffen nicht zu groß, zu offiziell oder zu hochkarätig erscheinen darf.²³² Auch der Interaktion und Diskussion mit dem Sekretariat auf Seiten des ER und der EU-Kommission hat die Türkei nichts entgegenzusetzen. Problematisch sei nur die Interaktion mit den einzelnen Staaten.²³³ Eines ist jedoch klar, die Türkei nützt ihren Einfluss auf die EU-NATO Beziehungen als Druckmittel in Richtung EU-Beitritt.

Zypern verfolgt eine ähnliche Politik auf Seiten der EU. Ein Abkommen, das der Türkei Zugang zur EVA verschaffen sollte, wurde durch ein zypriotisches Veto blockiert.²³⁴ Allerdings kann nicht geleugnet werden, dass auch andere EU-Staaten einem Beitritt der Türkei sehr kritisch gegenüber stehen. Für die ist die Blockade durch Zypern ein willkommenes Alibi. Bis dato verhindert Zyperns Veto neben der Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens auch den Zugang der Türkei zur EVA²³⁵ und die Finalisierung eines entsprechenden Abkommens über eine Verteidigungsindustriekooperation.²³⁶

Griechenland spielt in dieser Dynamik eine bedeutende Rolle, da sich Zypern von Griechenland, dessen Beziehungen zur Türkei quasi schon traditionell schlecht sind, in der EU unterstützt sieht. Eine Lösung bzw. Versöhnung zwischen Griechenland und der

230 Siehe Davutoglu, Ahmet (2009): Bridging an Unnecessary Divide: NATO and the EU, in ISSues 30, S. 5, Paris.

231 Ibid.

232 Siehe Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel.

233 Siehe Cornu, Christophe: Persönliches Interview, 8 September 2008, 15:30-16:15, PASP-Division, NATO-HQ, Brüssel.

234 Siehe *ibid.*

235 Siehe *ibid.*

236 Siehe Davutoglu, Ahmet (2009): Bridging an Unnecessary Divide: NATO and the EU, in ISSues 30, S. 5, Paris.

Türkei könnte eine Entspannung der Türkei-Zypern-Problematik bewirken.²³⁷ Der aktuelle NATO-SG, Rasmussen, betonte bei einem Besuch in Griechenland die Wichtigkeit der Beilegung türkisch-griechischen Differenzen, da diese sich ebenfalls stark auf die Beziehungen zwischen der EU und der NATO auswirkten.²³⁸

Eine nicht unbedingt negative sondern eher aufschlussreiche Folge dieser Problematik gibt es jedoch. Trotz fehlender Sicherheitsabkommen auf beiden Seiten kann Zypern nicht in den gemeinsamen Ausschüssen sitzen, die Türkei aber sehr wohl. Das macht deutlich, welche der beiden Organisationen bzw. welche Staaten dahinter den Taktstock in der Hand hat.

Die wohl in der Praxis gravierendste Folge dieser verfahrenen Problematik ist die Verweigerung des militärischen Schutzes durch die NATO für die EU-Missionen in Afghanistan und im Kosovo.²³⁹

Christophe Cornu bezeichnet die Lösung des Türkei-Zypern-Problems als Schlüssel zu funktionierenden EU-NATO Beziehungen²⁴⁰, wahren Jamie Shea dazu meint: „This issue is hard to resolve. But we cannot make functioning EU-NATO relations dependent on it.“²⁴¹ Langfristig sollte dieses Problem jedoch an Bedeutung verlieren und den Beziehungen nicht mehr im Weg stehen.²⁴²

237 Siehe Trischak, Reinhard: Persönliches Interview, 5. Mai 2010, 13:30-14:20, BMLVS, Wien.

238 Siehe NATO-Webseite: NATO Secretary General visits Greece, News.

239 Siehe Toje, Asle (2008): The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper 74, Paris, 19.

240 Siehe Cornu, Christophe: Persönliches Interview, 8 September 2008, 15:30-16:15, PASP-Division, NATO-HQ, Brüssel.

241 Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

242 Siehe Agathonos, Philipp: Persönliches Interview, 18. September 2008, 09:45-10:30, ÖV-EU, Brüssel.

8.2.1.4.4 Erweiterung

Die aktuellen Erweiterungsvorhaben der beiden Organisationen werden die Beziehungen kaum beeinträchtigen, da, bis auf die Türkei, deren Beitritt alles andere als gesichert scheint, keiner der Kandidaten oder Gesuchsteller ein potentieller Problemfaktor in den Beziehungen ist.

Die EU führt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei (Beitrittsgesuch 1987), die seit 1999 Kandidatenstatus hat, Kroatien (Beitrittsgesuch 2003), das seit 2004 Kandidatenstatus hat und fYROM (Beitrittsgesuch 2004), das seit 2005 Kandidatenstatus hat. Weitere Beitrittsgesuche der Schweiz (1992), deren Gesuch seit einer ablehnenden Volksabstimmung im gleichen Jahr ruht, Montenegros (2008), Albaniens (2009) und Islands (2009) liegen bei der EU vor.²⁴³ Die NATO führt entsprechende Gespräche mit der Ukraine und Georgien.

Lediglich ein positives oder auch negatives Ende des langwierigen EU-Beitrittsprozess der Türkei würde an der jetzigen Situation etwas ändern.²⁴⁴

8.2.2 Organisationsebene – Schnittstellen

Auf Ebene der Organisationen war es bis dato auf Grund der politischen Blockade lediglich möglich, kleine Verbindungsstellen bei den militärischen Strukturen der jeweils anderen Organisation einzurichten. So gibt es beim EUMS und in SHAPE, wie bereits

²⁴³ Fischer Weltalmanach 2010.

²⁴⁴ Zur Türkei-Zypern-Problematik siehe oben 8.2.1.4.3.

oben erwähnt²⁴⁵, entsprechende Schnittstellen. Zusätzlich gibt es jeweils zuständige Abteilungen in den zivilen Strukturen der Organisationen.²⁴⁶

Der Informationsaustausch ist sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich durch die politische Ebene gehemmt. Informelle Kontakte der entsprechenden Personen, die die Funktionen besetzen, machen einen gewissen Austausch jedoch begrenzt möglich.²⁴⁷

Schwierigkeiten zeigen sich hier auch im Zusammenhang mit einzelnen absichtlich und mit Nachdruck getrennten Kompetenzen oder besonders sensiblen Bereichen, wie der Terrorismusbekämpfung.²⁴⁸ Und die nach wie vor große Skepsis der EU zeigt sich in der Besetzung des bedeutenden Postens des DG8 für die GSVP mit einem Franzosen und des untergeordneten NATO-Bereichs mit einem Griechen.

8.2.3 Operationsebene

Die EU-Zelle bei SHAPE und die SHAPE-Vertretung beim EUMS erfüllen auch im Rahmen von Operationen die Schnittstellenfunktion. Bei Operationen herrschen allerdings allen politischen Komplikationen und offiziellen Blockaden zum Trotz und vornehmlich von pragmatischen Überlegungen getrieben informellere Umstände, die den für die Sicherheit der Streitkräfte und anderen Organisationseinheiten vor Ort nötigen Informationsaustausch ermöglichen. Dies geschieht jedoch eben inoffiziell und zwar geduldet, aber ohne die politischen Rahmenbedingungen. Da Kommandeure auf diesem Wege aus purer Vernunft fallbezogen untereinander kooperieren, funktionieren die

245 Siehe oben 7.2.9.

246 Siehe Cornu, Christophe: Persönliches Interview, 8 September 2008, 15:30-16:15, PASP-Division, NATO-HQ, Brüssel. & Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel.

247 Christophe Cornu, Christophe: Persönliches Interview, 8 September 2008, 15:30-16:15, PASP-Division, NATO-HQ, Brüssel.

248 Siehe Knelangen, Wilhelm (2005): Getrennt marschieren, vereint schlagen? NATO, EU und die Bekämpfung des Terrorismus, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 199-216, Opladen, 213f.

Beziehungen auf dieser Ebene also nicht nur vergleichsweise am besten, sondern sogar nahezu tadellos.²⁴⁹

8.3 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit stellt das Herzstück der Beziehungen und zugleich der größten Probleme dar. Das mit Berlin-Plus verabschiedete zentrale Ziel in Bezug auf die Zusammenarbeit ist „Aufgabenteilung vs. Duplizierung“. Dort wo es möglich ist, sollen vorhandene, spezielle Fähigkeiten und Kapazitäten ausgenützt bzw. Spezialisierungen gefördert werden. Andernfalls sollen Kräfte gebündelt oder beiden Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Um es mit den Worten von Jamie Shea zu sagen, es gilt der Tenor: “Focus on mutual attempts to limit duplication”²⁵⁰

Bei der tatsächlichen Zusammenarbeit zeigen sich aus den oben erläuterten Gründen zahlreiche Probleme und Spannungsverhältnisse. Schwierig scheint es jedenfalls immer dann zu werden, wenn es um allgemein gefasste Themen, wie zivile Zusammenarbeit oder gemeinsame Terrorismusbekämpfung geht. Viel besser funktioniert die Zusammenarbeit, wenn es einen Anlassfall gibt, auf den man sich konzentrieren kann bzw. muss.²⁵¹

249 Siehe Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz).

250 Jamie Shea: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, Kabinett des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

251 Siehe Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel.

8.3.1 Operationen

Militärische Zusammenarbeit und militärisch-zivile Zusammenarbeit als Inhaltsbereiche, und entsprechend die funktionalen Bereiche Planung, Strategische Führung und Ziviles Krisenmanagement fallen unter den Bereich der Zusammenarbeit bei Operationen. EU und NATO sind in einigen Konfliktsituationen nebeneinander aktiv (Kosovo, Afghanistan, etc.). Hier wird versucht, die Bemühungen beider Organisationen zu koordinieren. Auch Berlin-Plus kam bereits zweimal zum Tragen, bei der Operation CONCORDIA in fYROM und der Operation ALTHEA in Bosnien und Herzegowina. Hier wird aktuell nach einer weiteren Berlin-Plus-Operation gesucht, die den Dialog zwischen EU-NATO auf operativer Ebene in Zukunft rechtfertigen soll.

8.3.1.1 Berlin-Plus Operationen

Seitdem die Operation CONCORDIA im Dezember 2003 beendet wurde²⁵², war und ist die Operation ALTHEA in Bosnien und Herzegowina die einzige Berlin-Plus-Operation. Und die vielverbreitete Annahme, KFOR könnte sich als nächste Berlin-Plus-Operation in eine EUFOR überleiten lassen, scheint mit den derzeitigen politischen Konstellationen nicht realistisch, da sich Zypern quasi selbst ausschließen müsste.²⁵³ Nach einer entsprechenden Auflockerung des Türkei-Zypern-Pakts würde sich eine solche Überführung in eine Berlin-Plus-Operation zwar anbieten, da die Aufgaben im Kosovo derzeit noch mittelfristig gesehen und geplant werden, und somit eine Berlin-Plus-Operation von längerer Dauer bieten würde. Da jedoch aktuell diese Auflockerung und auch eine entsprechend gesicherte Aussicht einer solchen fehlen, scheint es wichtig, ALTHEA am Leben zu erhalten, selbst wenn es nicht mehr plausibel begründbar ist,

252 Siehe Termination of the EU-led military operation CONCORDIA (fYROM), Launch of the EU police mission Proxima (fYROM), European Council, Press Briefing, 8 December 2003, Brüssel.

253 Siehe Agathonos, Philipp: Persönliches Interview, 18. September 2008, 09:45-10:30, ÖV-EU, Brüssel.

damit Berlin-Plus weiterhin Form verliehen wird.²⁵⁴ Doch schon während der Schwedischen EU-Präsidentschaft befürworteten einige Staaten eine schnelle Überleitung und die Festsetzung eines Termins für die Beendigung der Operation.²⁵⁵

8.3.1.2 Andere Operationen

Im Rahmen anderer Operationen wird vor allem eine zivil-militärische Zusammenarbeit angedacht, wobei die NATO die militärischen Aufgaben und die EU die zivilen übernimmt.²⁵⁶ Aktuell sind hier Afghanistan und vor allem der Kosovo die besten Beispiele. Hier hat die NATO mit ISAF bzw. KFOR die militärischen Aufgaben und die EU mit EUPOL und EULEX die zivil-polizeilichen Aufgaben übernommen. Hinderlich ist jedoch nach wie vor, dass auf Grund der türkisch-zyprischen Problematik der Informationsaustausch zumindest formell erschwert wird.²⁵⁷

Ein denkbar negatives Beispiel stellt die Aufgabe der Unterstützung der AU im Sudan dar. Hier konnten sich die EU und die NATO nicht einig werden und unterhalten jetzt separate Operationen.²⁵⁸ In manchen Konfliktsituationen bringen oft speziell eingerichtete und nicht ausschließlich EU-NATO bezogene, sogenannte „Committees of Contributors“ die beiden Organisationen zusammen.

254 Siehe Wosolsobe, Wolfgang: Persönliches Interview, 19. September 2008, 13:45-14:15, Österreichische Militärvertretung in Brüssel (EU/NATO), Brüssel.

255 Siehe Schwedische RU-Präsidentschaft 2009 – Offizielle Website: ESDP.

256 Siehe Prummer, Karl: Persönliches Interview: 29. April 2010, 10:00-10:40, BMeiA, Wien.

257 Siehe Keohane, Daniel (2009): Fighting to Find a Common Purpose, ISSopinion, Paris, 2f. & Altan, Özgür: Persönliches Interview, 25. September 2008, 16:00-16:30, Türkische Vertretung bei der NATO, NATO-HQ, Brüssel.

258 Siehe Valasek, Thomas (2007): The Roadmap to Better EU-NATO Relations, London, 1.

8.3.1.3 Die Frage der Spezialisierung

Da schließlich die Kooperation vor allem bewirken soll, dass EU und NATO nicht nebeneinander, konkurrierend im Krisenmanagement tätig werden und Berlin-Plus dieser Prämisse nach ausgerichtet ist, trachten die beiden Organisationen danach, eine entsprechende Aufgabenteilung durch Spezialisierungen zu erreichen.

Erstens könnte eine mögliche und teilweise auch angewandte funktionale Aufgabenteilung gemäß dem Konzept des „Burden Sharing“ für die NATO weiterhin aufwändige bzw. große und schwierige militärische Operationen vorsehen, während die EU einfachere, kleinere Operationen, zivile Aufgaben sowie kleine schnelle Einsätze übernimmt.²⁵⁹ Dies entspricht dem oft so plakativ benannten „Hard power, soft power“ Konzept.²⁶⁰ Hier könnte neben den funktionalen Spezialisierungen mit effektivem „Pooling“²⁶¹ eine effizienzsteigernde Kombination geschaffen werden. Das steht jedoch in einem gewissen Widerspruch zur umfassenden Idee hinter der EU, die ja schließlich auch bewirkt, dass die EU, wie oben diskutiert²⁶², immer mehr nach kompletter sicherheits- und verteidigungspolitischer Eigenständigkeit strebt. Die dem funktional arbeitsteiligen Konzept folgende Zivil-militärische Zusammenarbeit ist aber zwischenzeitlich schon auf Grund der unterschiedlichen Möglichkeiten der beiden Organisationen sinnvoll.²⁶³

Zweitens kann es vorkommen, dass eine der beiden Organisationen auf Grund politisch-historischer Umstände besser geeignet ist in einen Konflikt einzugreifen als die andere. Ein gutes und nicht lange zurückliegendes Beispiel hierfür war Georgien. Hier waren

259 Siehe Agathonos, Philipp: Persönliches Interview, 18. September 2008, 09:45-10:30, ÖV-EU, Brüssel.

260 Siehe Grafik „die Logik der Aufgabenteilung“ unten 10.2.

261 Siehe Fitschen, Patrick (2005): „Rollenspezialisierungen“ und „Pooling“ – Zauberformeln für ESVP und NATO?, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 146ff.

262 Siehe oben 8.1.

263 Siehe Trischak, Reinhard: Persönliches Interview, 5. Mai 2010, 13:30-14:20, BMLVS, Wien.

politische Gründe ausschlaggebend dafür, dass ein Eingreifen der NATO nicht tunlich gewesen wäre.²⁶⁴ Im Gegensatz dazu war die NATO im Kosovo viel willkommener als die EU.²⁶⁵ Bei der Wahl der Option NATO oder EU, mit oder ohne Berlin-Plus-Rückgriff, evaluieren die einzelnen Staaten eben nicht nur eine etwaige bessere Eignung durch entsprechende Spezialisierungen, sondern überlegen sich auch bei welcher Option der eigene regional-politische Einfluss am höchsten ist.²⁶⁶ All dies würde für eine zusätzliche geographische Aufgabenteilung sprechen.

Eine wirkliche Festschreibung der Aufgabenteilung nach Geographie oder Art des Konflikts lässt sich jedoch nicht finden. Daher muss von Fall zu Fall im, wie oben beschrieben²⁶⁷, von zahlreichen Problematiken gelähmten PSK-NAR-Format individuell konsultiert und verhandelt werden. Faktisch wird es kurz- und mittelfristig dabei bleiben, dass die NATO große, längerfristige, schwierige Operationen übernimmt, während die EU sich um schnelle, kleine und zivile Aufgaben kümmert.²⁶⁸ Das legen schon die mangelnden Mittel der EU nahe.²⁶⁹

8.3.2 Ressourcen & Kapazitäten

Während die EU durch Berlin-Plus einen formell gesicherten und wie bereits festgestellt informell durch die NATO fallweise gestatteten Rückgriff auf NATO-Ressourcen und

264 Siehe Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel. & Agathonos, Philipp: Persönliches Interview, 18. September 2008, 09:45-10:30, ÖV-EU, Brüssel.

265 Siehe Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel.

266 Siehe Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz).

267 Siehe oben 8.2.1.1.

268 Siehe Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz).

269 Siehe unten 8.3.2.4.

Kapazitäten hat, greifen die USA bzw. die NATO fallweise, also ohne Rahmenabkommen, auf die zivilen Mittel der EU zurück. Da die NATO jedoch derzeit weder eine Entwicklung ziviler Ressourcen über kleinere Vorhaben hinaus plant, noch eine Regelung für den Rückgriff auf entsprechende EU-Mittel absehbar ist, sind die für die EU-NATO Beziehungen ausschlaggebenden Ressourcen-Fragen jene der militärischen Fähigkeiten und des Zivilen Krisenmanagements.

8.3.2.1 Militärische Kapazitäten & Ressourcen

Neben dem bereits mehrfach erwähnten Fehlen eigener Planungs- und Strategischer Führungskapazitäten der EU, fehlen dieser auch die Realisierung der in den Leitzielen angedachten Plankontingente mit einer höheren Bereitschaft für Auslandseinsätze, strategische Transportfähigkeiten und vor allem höhere Verteidigungsbudgets.

Berlin-Plus räumt hier der EU die Rückgriffsmöglichkeit auf entsprechende NATO-Kapazitäten ein. Die EU wird jedoch eigenständige Kapazitäten auf den Gebieten Logistik, Kommando und Transport aufbauen müssen.²⁷⁰ Die Entwicklung eines gemeinsamen strategischen Lufttransports der EU ist hier besonders ausschlaggebend.²⁷¹

Zugleich gibt es nach dem „Single Set of Forces Prinzip“ keine doppelte Zurverfügungstellung der für die beiden Organisation gebuchten Truppenteile. Die Staaten mit Doppelmitgliedschaft melden die gleichen Kontingente bei beiden Organisationen ein und stellen sie dann je nach Anlassfall zur Verfügung.²⁷²

270 Siehe Wosolsobe, Wolfgang: Persönliches Interview, 19. September 2008, 13:45-14:15, Österreichische Militärvertretung in Brüssel (EU/NATO), Brüssel.

271 Siehe Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel. & Agathonos, Philipp: Persönliches Interview, 18. September 2008, 09:45-10:30, ÖV-EU, Brüssel.

272 Siehe Theiler, Olaf: Persönliches Interview: 23. September 2008, 16:00-17:00, Kantine, NATO-HQ, Brüssel. & Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

Pöttering, der damalige Präsident des EP, sprach sich auf der Berliner Sicherheitskonferenz 2008 für das „Fernziel einer künftigen Europäischen Armee, die man brauche, um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungsfähiger zu machen“²⁷³ aus. Als Zwischenschritt auf dem Weg der Entwicklung von den heutigen nationalen Armeen hin zu einem Europäischen Heer sieht er die Möglichkeit mit sogenannten „Synchronized Armed Forces Europe“ erste Angleichungen zu schaffen. Schon heute sollten nationale Armeen für alle EU-Staatsbürger für eine militärische Laufbahn offenstehen. Das Fernziel muss neben den in den Battle Groups als Keimzelle schon vorhandenen Landstreitkräften auch Luft- und Seestreitkräfte umfassen.²⁷⁴ Das SAFE-Konzept wurde 2009 vom EP begrüßt und in sein Programm zur ESS und ESVP aufgenommen.²⁷⁵ Das EP ist ein starker Befürworter einer Eigenständigkeit der EU und fordert sowohl die Einrichtung eines ständigen EU-Operation-HQ als auch mehr Effizienz durch Aufgabenteilung in Sachen gemeinsamer Verteidigung.²⁷⁶ Erst letztes Jahr begrüßte es eine Initiative der EVA von 2008, die die Einrichtung einer EATF vorsieht.²⁷⁷

273 Europäische Visionen, Konferenz: Hans-Gert Pöttering sieht in einer EU-Armee das Fernziel der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Aktuell, Zeitung für die Bundeswehr, 46 (2008), Berlin, 5.

274 Siehe Europäische Visionen, Konferenz: Hans-Gert Pöttering sieht in einer EU-Armee das Fernziel der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Aktuell, Zeitung für die Bundeswehr, 46 (2008), Berlin, 5 & Pöttering, Hans-Gert (2009): Synchronized Armed Forces Europe (SAFE), in: ÖMZ 3/2009, 4-10 Wien.

275 Siehe Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP, Europäisches Parlament, 28. Jänner 2009, A6-0032/2009, Brüssel, Punkte 46ff.

276 Siehe Report on the role of NATO in the security architecture of the EU, European Parliament, 28. Jänner 2009, Brüssel, Punkte 28ff.

277 Siehe Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP, Europäisches Parlament, 28. Jänner 2009, A6-0032/2009, Brüssel, Punkt 44.

8.3.2.1.1 Planungs- und Strategische Führungskapazitäten

Aus den oben in einem Exkurs ausführlich diskutierten Beweggründen²⁷⁸ will die EU einerseits eigene Planungs- und Führungskapazitäten aufbauen, die USA hingegen diese Vorhaben eindämmen und die EU als sicherheits- und verteidigungspolitischer Player in Schach halten. Derzeit hat die EU lediglich die bereits zuvor erwähnte kleine zivil-militärische Planungseinheit. Zusätzlich hat die EU fünf nationale HQs mit einem Auffüllplan, um sie im Bedarfsfall entsprechend mit Experten aus der ganzen EU auszustatten, in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich.²⁷⁹ Nun sind Planungs- und Führungsfähigkeiten einer der Schlüsselfaktoren zu einer entsprechenden Eigenständigkeit. Die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO 2008 könnte als Teil eines Deals gesehen werden, der als Gegenleistung den Aufbau eines umfassenden EU-Planungsstabes bzw. eines HQ mit solchen Fähigkeiten zum Inhalt hat.²⁸⁰

Bisher war die EU jedoch zu wenig willens, eigene Kapazitäten aufzubauen und begrüßte die Möglichkeit durch Berlin-Plus auf NATO-Mittel Rückgriff zu haben. Doch die „where NATO as a whole is not engaged“ Klausel²⁸¹ stellt diesen wieder streng unter Erstzugriffsrecht, Zustimmungspflicht und Aufsicht der NATO, was die treibenden Kräfte in der EU, insbesondere Deutschland und Frankreich, natürlich wieder in Richtung Eigenständigkeit drängen ließ. „Der Verzicht auf europäische Planungs- und Führungsstrukturen wurde von den USA zur roten Linie stilisiert, über die die EU bei der

278 Siehe oben 8.1.

279 Siehe Theiler, Olaf: Persönliches Interview: 23. September 2008, 16:00-17:00, Kantine, NATO-HQ, Brüssel.

280 Siehe Toje, Asle (2008): The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper 74, Paris, 22.

281 Siehe NATO Press Release NAC-S(99)64: Washington Summit Communiqué, Washington D.C., Klausel 9 & Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 10./11. Dezember 1999, Helsinki, Punkt 27.

Entwicklung der ESVP nicht hinausgehen dürfe.“²⁸² Doch genau diese Überschreitung wird gefordert und könnte den Zusammenhalt der Allianz auf die Probe stellen. Spekulationen und Voraussagen über den Zerfall der NATO gehen hier zu weit auseinander²⁸³ und sind aus aktueller Sicht nur langfristig im Bereich des Denkbaren. Für Ende 2010 wieder eine gemeinsame Krisenmanagementübung, CME/CMX 2010, anberaunt.²⁸⁴

8.3.2.1.2 Strategischer Transport

In punkto strategischer Transport wird zwar fallweise kooperiert, jedoch nur vereinzelt und nicht im Regelfall oder unter Berlin-Plus. Strategische Einsetzbarkeit von Truppenteilen ist aber der zweite wichtige Schlüsselfaktor zu einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Eigenständigkeit. Die EU hat zwar ca. zwei Millionen Soldaten²⁸⁵ von denen jedoch nur etwa 10%²⁸⁶ strategisch einsetzbar bzw. verlegbar sind. Die im durch die EVA koordinierten Konsortium, bei EADS bestellten A-400M Militärtransportflugzeuge, sollen hier erste Abhilfe leisten.²⁸⁷ Aktuell kann man jedoch klar diagnostizieren, dass der EU umfassende strategische Transportkapazitäten fehlen.²⁸⁸

282 Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen, 74.

283 Siehe *ibid*, 65.

284 Siehe NATO-Webseite: Evolution of NATO-EU relations.

285 Siehe Keohane, Daniel/Blommesteijn, Charlotte (2009): Strength in numbers? Comparing EU military capabilities in 2009 with 1999, ISS Policy Brief 5 (2009), Paris, 2.

286 De Vasconcelos, Alvaro (2009): What ambitions for European defence in 2020?, ISS, Paris, 58.

287 Siehe Spanische EU-Präsidentschaft – Offizielle Webseite.

288 Siehe Agathonos, Philipp: Persönliches Interview, 18. September 2008, 09:45-10:30, ÖV-EU, Brüssel.

8.3.2.1.3 Schnelle Eingreiftruppen (ERRF & NRF vs. Battle Groups)

Im Zuge der Bemühungen in Richtung sicherheits- und verteidigungspolitische Eigenständigkeit der EU bildeten sich bereits in Nizza Pläne zur Aufstellung einer ERRF mit einer Stärke von 60.000 und einer Entsendbarkeit binnen 60 Tagen für bis zu einem Jahr heraus. Jedoch hat man sich bis dato nicht auf eine entsprechende Verwirklichung geeinigt.²⁸⁹ Das EP betonte 2009 einen „Vorschlag, dass das Eurokorps den Kern dieser Streitkräfte bilden sollte“.²⁹⁰ Immerhin hatte das Eurokorps das verwirklicht, was die EU bis dato nicht geschafft hatte, nämlich mehrere Divisionen einzumelden, die im Bedarfsfall zur Verfügung gestellt werden, und das unter der Mitwirkung von „lediglich“ Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Spanien. Zusätzlich verfügt der Eurokorps bereits über ein multinationales HQ in Strasbourg, an dem Soldaten sechs weiterer Staaten beteiligt sind.²⁹¹ Jedoch lassen heute auch im Falle des Eurokorps die Zugeständnisse der teilnehmenden Nationen zu wünschen übrig.

Das geplante Verhältnis der ERRF zur NATO bzw. der dort vorhandenen NRF, die 21.000 Mann für sehr schnelle Einsätze mit einer autonomen Einsetzbarkeit für einen Monat umfasst²⁹², ist nicht restlos klar. Fest steht, dass aus Sicht der EU Staaten, die zugleich Mitglied der NATO sind, die nötigen Kräfte gemäß einem „Single Set of Forces“-Prinzip aufgestellt werden, also die verfügbar gehaltenen Truppenteile doppelt

289 Siehe Korski, Daniel/Serwer, Daniel/Chabalowski, Megan (2009): A New Agenda for US-EU Security Cooperation, FRIDE, Madrid, 5.

290 Siehe Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP, Europäisches Parlament, 28. Jänner 2009, A6-0032/2009, Brüssel, Punkt 40.

291 Siehe BMVg-Webseite: Eurokorps.

292 Siehe Meiers, Franz-Josef (2005): Die „NATO Response Force“ und die „European Rapid Reaction Force“: Kooperationspartner oder Konkurrenten?, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 119-138, Opladen, 119.

gebucht und dann fallweise je nach Bedarf dem einen oder dem anderen Verband eingegliedert werden.²⁹³

Zusätzlich zur ERRF bzw. weil die ERRF sich als schwer realisierbar erwies, stellte die EU Battle Groups als schnelle Eingreiftruppe auf. Das Konzept „sieht die Aufstellung von neun Kampfgruppen im Umfang von jeweils 1.500 Soldaten mit hohem Bereitschaftsgrad [...] vor. Sie sollen innerhalb von 14 Tagen in ein Krisengebiet verlegt werden und dort selbständig ihren Auftrag über einen Zeitraum von 30 Tagen (bei Rotationen bis zu 120 Tagen) ausführen können.“²⁹⁴ Alternativ können zwei Einsätze mit jeweils einer Battle Group parallel durchgeführt werden. Seit Anfang 2007 sind die Battle Groups voll verfügbar.²⁹⁵ Zur Verfügbarkeit:

1. Die Kaderlösung der ERRF ist aktuell nicht verfügbar;²⁹⁶
2. Die Battle Groups sind in einer Stärke von 1.500 verfügbar;²⁹⁷
3. Die NRF ist mit ca. 20.000 Mann verfügbar;²⁹⁸

Wieder in den Kontext der nachwievor gültigen Subsidiarität der ESVP gestellt, zeichnet sich also auch hier aktuell eine Vorrangstellung der NATO ab. Sowohl in Sachen

293 Siehe Theiler, Olaf: Persönliches Interview: 23. September 2008, 16:00-17:00, Kantine, NATO-HQ, Brüssel.

294 Meiers, Franz-Josef (2005): Die „NATO Response Force“ und die „European Rapid Reaction Force“: Kooperationspartner oder Konkurrenten?, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 119-138, Opladen, 121.

295 Siehe EU Battlegroups, Fact Sheet, EU Council Secretariat, Februar 2007, Brüssel, 1.

296 Siehe Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz) & Europäische Visionen, Konferenz: Hans-Gert Pöttering sieht in einer EU-Armee das Fernziel der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Aktuell, Zeitung für die Bundeswehr, 46 (2008), Berlin, 5.

297 Siehe EU Battlegroups, Fact Sheet, EU Council Secretariat, Februar 2007, Brüssel, 1.

298 Siehe Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz).

Rückgriff auf die im „Single Set of Forces“ bei zumindest 21 Staaten²⁹⁹ doppelt gebuchten Truppen, als auch in vorderster Instanz, der Entscheidung über das Aktivwerden, was im Falle eines NATO-Einsatzes den EU-Einsatz verhindert, hat die NATO die Entscheidungskompetenz.³⁰⁰ Also ganz dem vorherrschenden Tenor „where NATO as a whole is not engaged“³⁰¹ entsprechend hat auch bei den drei Versionen der Schnellen Eingreiftruppen, NRF, ERRF und EU Battle Groups – wobei die ERRF noch nicht umgesetzt ist – die NATO den Vortritt.³⁰² Und solange die EU nicht den nötigen Willen zeigt und die Mittel aufbringt eine ERRF oder über die Zwischenstufe des SAFE eine Europäische Armee aufzustellen, wird sich das nicht ändern können.

Präsident Nicolas Sarkozy versucht dem Ziel einer europäischen Verteidigung, welches ja nach wie vor in den EU-Verträgen enthalten ist, näher zu kommen, indem er eine informelle Lösung vorschlägt, die innerhalb der SSZ³⁰³ einen Verteidigungsblock der sechs größten EU-Mitglieder zu bilden, die sich zu folgenden Punkten verpflichten würden:

1. Mindestverteidigungsbudget: 2% des BIP;
2. Investitionen in modernste Militärtechnologie (festgelegter Anteil des Budgets);
3. Kooperation in Sachen Beschaffung („Pooling“) und Interoperabilität;

299 Einige EU-PfP-Länder, haben ebenfalls einheitliche Kontingente für mögliche Operationsvorhaben bzw. aktuelle Operationen beider Organisationen.

300 Meiers, Franz-Josef (2005): Die „NATO Response Force“ und die „European Rapid Reaction Force“: Kooperationspartner oder Konkurrenten?, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 119-138, Opladen, 125f.

301 NATO Press Release NAC-S(99)64: Washington Summit Communiqué, Washington D.C.. Klausel 9 & Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 10./11. Dezember 1999, Helsinki, Punkt 27.

302 Siehe Dilp, Susanne/Siedschlag Alexander (2006): Aktuelle Herausforderungen der ESVP, in: Siedschlag, Alexander: Analysestandpunkt 3, Innsbruck, 15.

303 Zur SSZ im Detail siehe Biscop, Sven/Coelmont, Jo (2010): Permanent Structured Cooperation: In Defence of the Obvious, ISSOpinion, Paris.

4. 10.000 Mann Truppe für eine 60.000 Mann starke ERF;³⁰⁴

Natürlich sind die einzelnen der hier vorgeschlagenen Verpflichtungen unterschiedlich leicht realisierbar. Die ERF jedenfalls wäre auf diesem Wege wahrscheinlich gesichert, da Frankreich und das Vereinigte Königreich sowie Deutschland gesichert durch die Französisch-Deutsche Brigade ihren Truppenteil ohnedies einbringen würden und Polen, Italien und Spanien – durch die Einladung in den sonst so klar abgegrenzten Club der EU-3 geschmeichelt und gelockt – tiefer in ihre Kapazitätstaschen greifen würden.³⁰⁵

8.3.2.2 Zivil-Militärische Kapazitäten und Ressourcen

Eine Disziplin, in der die EU bereits jetzt der NATO überlegen ist sind die zivilen Komponenten des Krisenmanagements. Während Berlin-Plus den Rückgriff auf NATO-Mittel durch die EU regelt, ist es schon fast zum Regelfall geworden, dass die EU die schwierigen zivilen Aufgaben bei großen NATO-Operationen übernimmt. Die aktuell wichtigsten Beispiele sind Afghanistan und der Kosovo, wo die EU EUPOL und EULEX neben den entsprechenden NATO-Operationen ISAF und KFOR unterhält.

Zur Koordinierung zivil-militärischer Operationen oder Aufgaben hat die EU die bereits erwähnte zivil-militärische Planungseinheit eingerichtet. Diese besitzt die einzigartige Fähigkeit mit entsprechenden Expertenstäben zwischen militärischen und zivilen Aufgaben der Krisenbewältigung zu koordinieren und entsprechend vernetzt zu planen. Jedoch ist, wie bereits mehrfach erwähnt, die Größe und somit Kapazität dieser einzigen strategischen Planungseinheit zu klein um große oder parallel mehrere Operationen zu planen.

304 Siehe Toje, Asle (2008): The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper 74, Paris, 24.

305 Siehe *ibid*, 25.

8.3.2.3 Ziviles Katastrophenmanagement

Ziviles Katastrophenmanagement spielt generell, der Wichtigkeit der Materie nach, eine untergeordnete Rolle. Nichtsdestotrotz ist es erwähnenswert, dass das EADRCC der NATO und das MIC der EU Beispiele einer Entwicklung von redundanten bzw. duplizierenden Parallelstrukturen darstellen. Hier wird nicht kooperiert oder abgestimmt bzw. offizielles „Pooling“ betrieben. EU-NATO-Doppelmitglieder melden aber ebenso dieselben Mittel doppelt ein, tragen zu beiden finanziell und per Entsendung von Experten bei, können beide Koordinationszentren im Krisenfall aktivieren, und veranstalten mit beiden regelmäßige, großangelegte Übungen.

Das EADRCC und das MIC sind definitiv eine Duplikation, da beide Überwachungs- und Einschätzungs- sowie Warnungs- und Koordinationsaufgaben haben. Aufgrund seines erst kurzen Bestehens, ist es schwer zu sagen, ob das MIC nicht doch eine ganz andere Dimension einnimmt als das EADRCC.³⁰⁶ Eine Auflösung dieser so offensichtlichen Doppelgleisigkeit scheitert vor allem an der unterschiedlichen Mitgliederstruktur. Dieses Problem könnte umgangen werden, indem die EU-Staaten nur noch in das eigene MIC investieren, an dieses entsenden und mit diesem üben, während die NATO-Staaten, welche nicht in der EU sind das EADRCC nützen. Zusätzlich wäre dann eine starke Kooperation und möglicherweise Expertise-bezogene Aufgabenteilung zwischen diesen beiden Zentren nötig und sehr konstruktiv. Vorerst wird diese Duplizierung jedoch erhalten bleiben. Aber die MIC hat schon jetzt eine Organisation hinter sich, die über weitaus mehr der auf diesem Gebiet nötigen Ressourcen und Kapazitäten verfügt und kann daher im Katastrophenfall nicht nur koordinieren, sondern auch beträchtliche Mittel zur Verfügung stellen.³⁰⁷

306 Siehe Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel.

307 Siehe Wosolsobe, Wolfgang: Persönliches Interview, 19. September 2008, 13:45-14:15, Österreichische Militärvertretung in Brüssel (EU/NATO), Brüssel.

8.3.2.4 Ökonomische Faktoren

Gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielen auch ökonomische Faktoren eine wichtige Rolle. Ihrer Einflussgrößen zu Folge sind insbesondere die Bemessung von Verteidigungsbudgets und die Rüstungsplanung bzw. Beschaffung aus diesen hervorzuheben.

8.3.2.4.1 Das Budget Problem

Die NATO bzw. die USA fordern von der EU mehr Teilnahme auch an militärischen Aufgaben, vor allem auch durch größere Kapazitäten, die letzten Endes größere Verteidigungsbudgets nötig machen.³⁰⁸

Schon lange steht auch im Rahmen der NATO die Forderung nach größeren Verteidigungsbudgets in Europa, mit einem 2%-Ziel im Raum³⁰⁹. Das für alle NATO-Staaten ihre Verteidigungsausgaben als Minimum definierte Ziel, 2% des BIP³¹⁰, das auch mit entsprechenden Entwicklungsschritten in die individuellen PfP-Abkommen mit aufgenommen wird, haben die meisten EU-Staaten, vor allem aber jene EU-Staaten, die nicht NATO-Mitglied sind, aktuell verfehlt.³¹¹

308 Siehe Strickmann, Eva (2008): Der NATO-Gipfel von Bukarest: Aufwind für die EU-NATO-Beziehungen?, Maria Enzersdorf, 3.

309 Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

310 NATO (2010): NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement, Brüssel.

311 Siehe Tabelle unten 10.4.

Auch Jamie Shea betonte die Problematik der Diskrepanz bezüglich der Verteidigungsausgaben. Die nicht Erreichung des 2%-Ziels durch die meisten EU-Staaten sei ein Problem für die Zusammenarbeit.³¹²

Deutlicher wird das Problem, wie sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Rolle der EU entwickeln muss, wenn man sich vor Augen führt, dass die weltweiten Verteidigungsausgaben zwischen 2000 und 2009 um 49% gestiegen sind³¹³, während die der EU um lediglich 26% gestiegen sind³¹⁴. Das zeigt ein klares Bild, wohin sich die sicherheitspolitische Machtverteilung verlagert. Dies könnte nicht nur auf lange Sicht, sondern schon in absehbarer Zeit eine Umreihung im aktuellen Kräfteverhältnis nach Verteidigungsbudgets ergeben.³¹⁵

Durch die nachwievor nicht vorhandene gemeinsame Verteidigung leidet die EU zusätzlich unter einer eklatanten Ineffizienz in Sachen Verteidigungsausgaben. Sie gibt zwar derzeit kummulativ etwa die Hälfte dessen was die USA für Verteidigung ausgeben, aus³¹⁶, kommt jedoch bei weitem nicht zu einer dieser Größenordnung entsprechenden militärischen Stärke.

Was für die EU möglich wäre wird anschaulicher, wenn man einige Vergleiche anstellt.³¹⁷ Jedoch ist dieses Problem lediglich für die Eigenständigkeitsbestrebungen der EU, nicht aber für die Beziehungen zwischen der EU und der NATO relevant, da das 2%-Ziel innerhalb der NATO auch nicht von jedem eingehalten wird.

312 Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

313 Siehe SIPRI-Webseite: SIPRI Yearbook 2010, Summary.

314 Eigene Schätzung basierend auf Keohane, Daniel/Blommesteijn, Charlotte (2009): Strength in numbers? Comparing EU military capabilities in 2009 with 1999, ISS Policy Brief 5 (2009), Paris, 2.

315 Siehe Tabelle unten 10.4.

316 Siehe Tabelle unten 10.3.

317 Siehe Tabelle unten 10.3 & 10.4.

8.3.2.4.2 Verteidigungsindustrie & Europäische Verteidigungsagentur

Zusätzlich ist es wichtig auch die rüstungsökonomische Dimension zu berücksichtigen. Die Verteidigungsindustrie hatte gerade in den USA über die letzten Jahre Schwierigkeiten den rüstungstechnischen Aufschwung und die Nachfrage nach immer neueren Technologien mitzuhalten. Aber es gilt für beide Seiten des Atlantiks, dass das technologische und industrielle Fundament der Verteidigung unter zu geringen F&E-Investitionen leidet.³¹⁸

Der Rüstungsmarkt der EU ist nominal nur etwa halb so groß wie der der USA³¹⁹ und lediglich drei der zehn größten Rüstungsunternehmen sind europäische, die anderen US-amerikanische.³²⁰ Die EVA hat allerdings erste Schritte unternommen, durch wettbewerbsförderliche Maßnahmen der Öffnung der Rüstungsmärkte innerhalb der EU den europäischen Markt anzutreiben und effizienter zu machen, die jedoch auf Grund ihrer nicht bindenden Wirkung noch auf den großen Erfolg warten lassen.³²¹

318 Siehe De Vaucorbeil, Sophie (2008): The changing transatlantic defence market, in: Keohane, Daniel [Hrsg.]: Towards a European Defence Market, Chaillot Paper 113, Paris, 111.

319 Siehe *ibid*, 96.

320 Siehe Defense News – Webseite: Defense News Top 100 for 2009, 28. Juni 2010.

321 Siehe Keohane, Daniel/De Vaucorbeil, Sophie (2008): Opening up European Defence Markets: The Challenges Ahead, Paris, 2.

9. Schlussfolgerungen & Ausblick

EU und NATO sind zwei von Grund auf unterschiedlich ausgerichtete Organisationen. Die EU als umfassende, supranationale Organisation und die NATO als internationale Organisation und Verteidigungsbündnis verfolgen nicht nur inhaltlich andere Zielsetzungen, sondern vertreten auch auf Grund ihrer teilweise unterschiedlichen Mitgliedschaft teils divergierende Interessen und Werte. Auf Grund des Heranwachsens der GSVP und der größtenteils überlappenden Mitgliedschaft war es jedoch naheliegend und tunlich, Arrangements einer Beziehung zwischen den beiden Organisationen anzustreben. EU und NATO sollten bemüht sein, ihre Ausrichtungen zu harmonisieren und ihre Standards zu adaptieren, damit die Beziehungen Früchte tragen³²².

In diesem Beziehungskomplex muss dem Verhältnis des Hauptplayers der einen Seite, der EU mit einigen wenigen Hauptakteuren, und des Hauptplayers der anderen Seite, den USA zueinander besondere Beachtung geschenkt werden. Die EU als eine politisch-wirtschaftliche Organisation mit winzigen militärischen Fähigkeiten hat zwar wirtschaftlich eine etablierte Bedeutung, jedoch hat sie nicht die entsprechenden militärischen Argumente, um ihre politischen Interessen zu untermauern. Hier kommt die NATO als militärische Organisation ins Spiel. Die EU braucht die militärischen Mittel, um selbständig erste Operationen durchzuführen und ihre sicherheits- und verteidigungspolitischen Möglichkeiten auszutesten.

Zwar hat sich die Haltung der USA im Laufe der Zeit bzw. mit dem Wechsel der Präsidenten gewandelt. Allgemein betrachtet nützen jedoch die USA die NATO und stellen via der Brücke EU-NATO die nötigen Planungs- und Führungsmittel zur Verfügung, um die EU davon abzuhalten, allzu schnell komplett eigenständige Fähigkeiten zu entwickeln. Berlin-Plus gab dem 2003 einen rechtlichen Rahmen und die ersten zwei Operationen der EU, beide mit Rückgriff auf Mittel der NATO, konnten in

³²² Siehe Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

Angriff genommen werden. Jedoch sollten sich die Beziehungen weitaus problematischer gestalten.

Aktuell und mittelfristig blockiert die Türkei-Zypern-Problematik eine sinnvolle, umfassende Arbeit der institutionalisierten gemeinsamen Kommunikationsforen, PSK-NAR-Treffen und EU-NATO Capability Group, und hemmt die Zusammenarbeit bei Operationen und in Sachen Ressourcen- und Kapazitätsplanung. Zugleich verlangt aber der Wandel sicherheitspolitischer Notwendigkeiten eine Änderung des Verhältnisses EU-NATO. Die NATO wird in komplexen Konfliktsituationen, wie etwa in Afghanistan, vermehrt auf die zivil-militärischen Fähigkeiten der EU angewiesen sein.³²³

Langfristig werden Eigenständigkeitsbestrebungen der EU die Beziehungen ins Wanken bringen. Lissabon war hier mit der Beistandsklausel der erste größere Schritt in diese Richtung, obgleich die Abschwächung im zweiten Teil des Artikels 42 Absatz 7 zu Gunsten der NATO als Basis der kollektiven Verteidigung, dies sogleich wieder abschwächt. Vor allem die im ersten Teil des Artikels 42 Absatz 7 enthaltene Ausnahmeklausel für neutrale oder bündnisfreie Staaten³²⁴ schafft schon in der Wurzel eine Verzerrung der europäischen Lösung hin zu einem Ungleichgewicht. Dies schafft die asymmetrische Konstellation, dass den neutralen und bündnisfreien Staaten Beistand geleistet werden muss, während sie selbst zu keinerlei Beistand verpflichtet sind.³²⁵

Die gemeinsame Aufstellung der EATF, die derzeit von der EVA koordiniert wird, ist der nächste wichtige Schritt, welchen es in naher Zukunft mit entsprechenden Hubschrauberkontingenten zu komplementieren gilt. Die Einrichtung gemeinsamer, umfassender Planungs- und Führungskapazitäten und strategischer HQs würde der nächste logische Schritt sein. Wenn die EU autonom Truppen von relevanter Größe und Effektivität international entsenden können will, muss sie neben dem nötigen

323 Siehe Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz).

324 Siehe Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, 30. März 2010, Amtsblatt C 83/13, Brüssel, Artikel 42 (7).

325 Siehe Sicherheitsexperte, Paul Luif: „Neutralität schadet Österreichs Glaubwürdigkeit“, in: Kurier, 23. August 2010, S. 3.

strategischen Transport entsprechende Strukturen entwickeln, um Einsätze selbständig planen und durchführen zu können, und die nötige Entschlossenheit mitbringen, einen solchen Einsatz gegebenenfalls auch ohne Billigung der NATO, also der USA, durchzuführen.³²⁶

Hierzu müssten die EU-Staaten ihre Verteidigungsbudgets drastisch anheben bzw. viel mehr Synergien innerhalb der GSVP schaffen und nützen. In Bezug auf die ökonomische Dimension bleibt zusätzlich zu bedenken, dass im Gegensatz zu weitverbreiteten Annahmen, Europa den USA in Sachen Verteidigungstechnologie viel zu bieten hat.³²⁷ Wenn sich die EU allerdings auf eigene Beine stellen will, muss sie über kurz oder lang auch ihre Verteidigungsindustrie wesentlich ausbauen. Schließlich müsste eine komplett eigenständige Verteidigung auch auf dem Fundament einer entsprechend eigenständigen Rüstungsindustrie stehen, aus der die EU ihren Bedarf gänzlich befriedigen kann. Eine wichtige Maßnahme als Antrieb wäre hier die Öffnung der Rüstungsmärkte, durch verpflichtende EU-weite Ausschreibungen großer Anschaffungsvorhaben.

Das heißt, dass die EU zumindest zwischenzeitlich auf EU-NATO-Beziehungen angewiesen ist und ganz nach dem Tenor „Focus on mutual attempts to limit duplication“³²⁸ diese als effizienzsteigernde Zwischenlösung begrüßt. Auf lange Sicht wird die EU, von ihren sicherheits- und verteidigungspolitisch treibenden Kräften, allen voran Frankreich, gefolgt von Deutschland mit einigen konzertierten Anstrengungen mittel- und osteuropäischer Länder in Richtung Eigenständigkeit geführt werden. Hier werden sich auch Widerstände der derzeitigen Skeptiker einer solchen Entwicklung, wie dem Vereinigten Königreich, lockern müssen. Die USA hingegen wollen ihre Vorherrschaft verteidigen und die EU in Schach halten. Durch die Zurverfügungstellung der Mittel, die die EU kurz- und mittelfristig benötigt, gelingt dies auch vorerst. Die EU

326 Siehe Meiers, Franz-Josef (2005): Die „NATO Response Force“ und die „European Rapid Reaction Force“: Kooperationspartner oder Konkurrenten?, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 119-138, Opladen, 135f.

327 Siehe De Vaucorbeil, Sophie (2008): The changing transatlantic defence market, in: Keohane, Daniel [Hrsg.]: Towards a European Defence Market, Chaillot Paper 113, Paris, 111.

328 Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Büro des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel.

aber wird irgendwann ihren Schatten überwinden und sich dazu aufraffen, mehr Geld in die Hand zu nehmen und sich auf eigene Beine stellen. Das wird natürlich die EU-NATO Beziehungen oder gar die NATO ins Schwanken bringen. Dembinski sieht in seiner Analyse der Beziehungen gar die realistische und konstruktivistische Annahme, der Zerfall der transatlantischen Partnerschaft sei vorprogrammiert, bestätigt.³²⁹

Wenn die EU nicht in der derzeitig verteidigungspolitisch hierarchischen Unterordnung bzw. subsidiären Position zur NATO verharren will, braucht sie folgendes:

1. Klarheit über Ambitionen die eigenständige Fähigkeit zu erlangen, auch kompliziertere militärische Operationen durchzuführen
2. Ausweitung der aktuellen Planungskapazitäten in Richtung eines eigenständigen zivil-militärischen HQ
3. Beschleunigte Umsetzung der Kapazitätenpläne, inklusive der ERRF, erleichtert durch Spezialisierung taktisch-operativer Aufgaben und Zentralisierung strategischer Aufgaben³³⁰

Hier kommt und geht eine Besserung mit mehr Zugeständnissen in Sachen Verteidigungsausgaben und Rüstungskoooperation. Wenn nur ein kleiner Teil der vorhandenen Truppen international verlegbar ist, kann die größte Armee nicht präsent sein oder zum internationalen Player werden.

Mit einem Umweg über das von Pöttering vorgeschlagene SAFE-Konzept oder die von Sarkozy angestoßene Truppe der Großen 6 im Rahmen der SSZ könnte die Position der EU als sicherheits- und verteidigungspolitischer Player in einem ersten Schritt gestärkt werden. Und ein Schlüssel wird sicherlich sein, dass die EU militärisch mehr

329 Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen.

330 Siehe Keohane, Daniel (2008): 10 Years after St. Malo, in ISSues 27, S. 6.

internationale Präsenz zeigt. Man führe sich vor Augen, dass die EU nicht nur weitaus weniger Truppen entsandt hat als die UN oder die NATO, sondern auch als die AU.³³¹

Jedenfalls sind und bleiben EU und NATO völlig unterschiedliche Organisationen.³³² Auch wenn eine Lösung der Türkei-Zypern-Problematik eine Erleichterung der Beziehungen bewirken würde, so müssten die USA bzw. die NATO dennoch eine stärkere Rolle der EU als weltpolitischer Player anerkennen.³³³

Resümierend, Die EU-NATO Beziehungen funktionieren nicht nur bereits auf Basis der sehr einseitig restriktiv ausgeprägten Vereinbarungen nicht gerade gut, sie werden nie voll funktionieren. Sie sind lediglich ein Versuch der USA, mit dem Lockmittel der Vermeidung von Duplizierungen und gemeinsamer Werte, die sicherheits- und verteidigungspolitische Eigenständigkeit der EU hinauszuzögern. Eine solche Eigenständigkeit würde die EU nämlich, gepaart mit ihrer Wirtschaftskraft, zu einer für die USA unangenehmen Stärke führen. Ohne eine solche Eigenständigkeit haben sich die USA nicht nur für einen sehr niedrigen Preis einen potentiell starken Gegenspieler vom Hals gehalten. Sie bekommen die EU als zusätzliches Instrument und Arbeitskraft und somit Verstärker zur Durchsetzung der eigenen politischen Interessen. Man könnte fast sagen, die EU ist Teil der „National Security Tool Box of the United States“³³⁴. Die EU auf der anderen Seite nimmt das hin, da sie bis dato nicht bereit ist, die nötigen Strukturen bzw. Mittel aufzustellen. Die eklatant niedrigeren und in zahlreichen EU-Staaten weiter sinkenden Verteidigungsbudgets sind nur ein Indikator für diese Haltung. Da ist es nur angenehm, dass man auf NATO-Ressourcen zurückgreifen und hierdurch die Zeit der „noch-nicht-Eigenständigkeit“ überbrücken kann.

Klarerweise müssten die Vereinigten Staaten jede Erstarkung eines „Vereinten Europas“, wirtschaftlich oder militärisch-politisch, als Bedrohung ihrer Vorherrschaft ansehen und

331 Siehe Toje, Asle (2008): The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper 74, Paris.

332 Siehe Wosolsobe, Wolfgang: Persönliches Interview, 19. September 2008, 13:45-14:15, Österreichische Militärvertretung in Brüssel (EU/NATO), Brüssel.

333 Siehe *ibid.*

334 Zu diesem Konzept siehe oben 8.1.1.

entsprechenden Entwicklungen tunlichst entgegenwirken. Wäre da nicht zugleich die unaufhaltsame Erstarkung einer anderen Großmacht, China, bzw. eines anderen Machtpols, Asien oder die Wirtschaftskrise. Diese Entwicklungen treiben die Vereinigten Staaten und Europa naheliegender Weise zu stärkerer Kooperation. Mit den ersten EU-USA-Gipfeltreffen zeigt sich der Schritt in eine sinnvolle Richtung. Aus den EU-NATO-Beziehungen werden zusehens auch offiziell immer mehr EU-USA-Beziehungen werden.

Aus den Perspektiven beider Organisationen bzw. der dahinter stehenden Länder und treibenden Kräfte spricht viel für die Sinnhaftigkeit den Aufwand weiterer Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen auf sich zu nehmen. Jedoch gäbe es genügend Gründe für die EU, diesem bisher viel zu wenig erfolgreichen Langzeitprojekt eine Absage zu erteilen und sich auf eigene Beine zu stellen. Solange das nicht geschieht, wird die GSVP weiterhin subsidiär und abhängig im sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungsschatten der NATO stehen. Und solange die Türkei-Zypernproblematik nicht gelöst ist, gilt es grundsätzlich von ebendiesen geduldete informelle Konsultations- und Kooperationsmöglichkeiten bis zur Schmerzgrenze auszureizen, um eine aktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

10. Tabellen

10.1 Mitgliedschaft

		
Finnland	Belgien	Niederlande
Irland	Bulgarien	Polen
Malta	Dänemark	Portugal
Österreich	Deutschland	Rumänien
Schweden	Estland	Slowakei
Zypern	Frankreich	Slowenien
	Griechenland	Spanien
	Italien	Tschechische Republik
	Lettland	Ungarn
	Litauen	Vereinigtes Königreich
	Luxemburg	
		Albanien
		Kanada
		Kroatien
		Island
		Norwegen
		Türkei
		Vereinigte Staaten

Stand 2010, Eigene Grafik

Quelle: Der Fischer Weltalmanach 2010

10.2 Die Logik der Aufgabenteilung



Quelle: Niklas, Marten (2009): NATO und die EU, online unter:
<http://www.km.bayern.de/blz/web/europa/essays/eu-und-nato.asp>

10.3 Verteidigungsbudgets USA vs. EU

	Verteidigungsausgaben In Mrd. USD	BIP-Anteil in %	Welt-Anteil in %	BIP (nominal) in Mrd. USD	Welt-Anteil in %
US	661	4,6	43,2	14430	24,8
EU	322	2,0	21,0	16180	27,9
US+EU	983	3,2	64,2	30610	52,7
Welt	1531	2,6	100,0	58070	100,0

Stand 2009 (in 2009 USD) Eigene Kalkulationen basierend auf SIPRI und CIA-World Fact Book Für EU 2009 Total (Einzelne Staaten 2009 aus SIPRI abgewertet mit gleichem Faktor wie die USA)

10.4 Top 16 Verteidigungsbudgets (inkl. EU)

	Verteidigungsausgaben in Mrd. USD	Welt-Anteil in %
USA	661	43,2
EU	322*	21,0*
China	100	6,6
Frankreich	64	4,2
Vereinigtes Königreich	58	3,8
Russland	53	3,5
Japan	51	3,3
Deutschland	46	3,0
Saudi Arabien	41	2,7
Indien	36	2,4
Italien	36	2,3
Brasilien	26	1,7
Südkorea	24	1,6
Kanada	19	1,3
Australien	19	1,2
Spanien	18	1,2

Stand 2009

Quelle: SIPRI (2010): The 15 countries with the highest military expenditure in 2009,

Online: www.sipri.org

10.5 Verteidigungsausgaben in % des BIP

Land	Verteidigungsausgaben in %
Albanien*	2
Belgien	1,2
Bulgarien	2,4
Dänemark	1,4
Deutschland	1,3
Estland	2,2
Finnland**	1,3
Frankreich	2,3
Griechenland	3,6
Irland**	0,6
Island*	1,2
Italien	1,7
Kanada*	1,3
Kroatien*	1,9
Lettland	1,9
Litauen	1,5
Luxemburg	0,7 (2007)
Malta**	0,7
Niederlande	1,4
Norwegen*	1,3
Österreich**	0,9
Polen	2
Portugal	2
Rumänien	1,5
Schweden**	1,3
Slowakei	1,5
Slowenien	1,5
Spanien	1,2
Tschechien	1,3
Türkei*	2,2
Ungarn	1,2
Vereinigte Staaten*	4,3
Vereinigtes Königreich	2,5
Zypern**	1,8

*NATO-Staaten ohne EU-Mitgliedschaft

**EU-Staaten ohne NATO-Mitgliedschaft

Stand 2008, Quelle: SIPRI: The SIPRI Military Expenditure Database, Online:

www.sipri.org

11. Quellenverzeichnis

Neben den im Folgenden genannten Quellen trugen NATO- bzw. EU-interne Dokumente (interne „Policy Updates“, Geheimberichte über aktuelle Konflikte, interne Statements, Beschlüsse, „Working Papers“, Fachberichte, etc.) zur Bildung des in dieser Arbeit wiedergegebenen Bildes bei, welche ihrer Einstufung als vertraulich bzw. geheim wegen hier nicht zitiert werden können.

Der entsprechenden Vertraulichkeit einiger im Rahmen meiner Teilnahme an Sitzungen von NATO-Ausschüssen und im Zuge der geführten Interviews erlangten Informationen wegen können diese Quellen ebenfalls hier nicht in transkribierter Form gezeigt bzw. teilweise auch gar nicht als Quelle angeführt werden.

11.1 Bücher, Sammelbände & Artikel

Albrecht, Birgit et al (2009): Der Fischer Weltalmanach 2010, Frankfurt am Main

Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin

Biscop, Sven/Coelmont, Jo (2010): Permanent Structured Cooperation: In Defence of the Obvious, ISSopinion, Paris

Burnham, Peter et al (2004): Research Methods in Politics, Houndmills

Davutoglu, Ahmet (2009): Bridging an Unnecessary Divide: NATO and the EU, in ISSues 30, S. 5, Paris

Dembinski, Matthias (2005): Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen

Dembinski, Matthias (2010): EU-Außenbeziehungen nach Lissabon, in: APuZ 18/2010, Bonn

De Vaucorbeil, Sophie (2008): The changing transatlantic defence market, in: Keohane, Daniel [Hrsg.]: Towards a European Defence Market, Chaillot Paper 113, Paris

Dilp, Susanne/Siedschlag Alexander (2006): Aktuelle Herausforderungen der ESVP, in: Siedschlag, Alexander: Analysestandpunkt 3, Innsbruck

Fitschen, Patrick (2005): „Rollenspezialisierungen“ und „Pooling“ – Zauberformeln für ESVP und NATO?, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 61-80, Opladen

Jackson, Robert/ Sørensen, Georg (2007): Introduction to International Relations – Theories and approaches, New York

Keohane, Daniel (2008): 10 Years after St. Malo, ISS-Analysis, Paris

Keohane, Daniel/Blommesteijn, Charlotte (2009): Strength in numbers? Comparing EU military capabilities in 2009 with 1999, ISS Policy Brief 5 (2009), Paris

Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg., 1977): Grundelemente der Weltpolitik, München

Kissinger, Henry (1994): Diplomacy, New York

Knelangen, Wilhelm (2005): Getrennt marschieren, vereint schlagen? NATO, EU und die Bekämpfung des Terrorismus, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 199-216, Opladen

Korski, Daniel/Serwer, Daniel/Chabalowski, Megan (2009): A New Agenda for US-EU Security Cooperation, FRIDE, Madrid

Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung – Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, Stuttgart

Layne, Christopher (2006): The Unipolar Illusion Revisited – The Coming End of the United States' Unipolar Moment, in: International Security 31/2 (2006), S. 7-41, Cambridge

Link, Werner (1998): Die Neuordnung der Weltpolitik – Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München

Mayring, Philipp (1995): Qualitative Inhaltsanalyse, in: Flick, Uwe et al [Hrsg.]: Handbuch Qualitative Sozialforschung – Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, Weinheim

Mearsheimer, John J. (1994/1995): The False Promise of International Institutions, in: International Security 19/3, S. 5-49, Cambridge

Meiers, Franz-Josef (2005): Die „NATO Response Force“ und die „European Rapid Reaction Force“: Kooperationspartner oder Konkurrenten?, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 119-138, Opladen

Morgenthau, Hans J./Thompson, Kenneth W. (1985): Politics among Nations – the struggle for power and peace, New York

Pöttering, Hans-Gert (2009): Synchronized Armed Forces Europe (SAFE), in: ÖMZ 3/2009, S. 4-10, Wien

Rasiel, Ethan (1999): The McKinsey Way – Using the Techniques of the World's Top Strategic Consultants to Help You and Your Business, McGraw-Hill

Reichard, Martin (2006): The EU-NATO Relationship – A Legal and Political Perspective, Hampshire

Reiter, Erich (2004): Die Situation der EU in ihrer geplanten strategischen Überdehnung, AIES, Maria Enzersdorf

Roe, Paul (1999): The Intrastate Security Dilemma: Ethnic Conflict as a 'Tragedy'?, in: Journal of Peace Research, Vol. 36 (2), S. 183-202, London

Schörnig, Niklas (2006): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen

Schulze, Peter W. (2010): Optionen und Chancen für eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2010, S. 94-110, Berlin

Siedschlag, Alexander et al (2007): Grundelemente der internationalen Politik, Wien – Köln – Weimar

Stimmer, Gernot (2005): „Skript zur VO Konflikttheorien und Konfliktmanagement im Vergleich“ Facultas: Wien

Strickmann, Eva (2008): Der NATO-Gipfel von Bukarest: Aufwind für die EU-NATO-Beziehungen?, AIES, Maria Enzersdorf

Theiler, Olaf (2008): Sword or Ploughshare? – New Roles for NATO and the Changing Nature of Transatlantic Relations, Garmisch-Partenkirchen

Toje, Asle (2008): The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, ISS Occasional Paper 74, Paris

Varwick, Johannes (2005): Die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und das Verhältnis zwischen NATO und EU – Eine Einführung, in: Varwick, Johannes [Hrsg.]: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, S. 15-22, Opladen

Vasconcelos, Alvaro (2009): What ambitions for European defence in 2020?, ISS, Paris

Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics, Reading, MA: McGraw Hill

Waltz, Kenneth N. (2000): Structural Realism after the Cold War, in: International Security 25 (1): 5-41, Cambridge

Waltz, Kenneth N. (2008): Realism and International Politics, New York

11.2 Andere Publikationen

Europäische Visionen, Konferenz: Hans-Gert Pöttering sieht in einer EU-Armee das Fernziel der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Aktuell, Zeitung für die Bundeswehr, 46 (2008), Berlin

European Council (2006): ESDP Newsletter, issue June 2006, Brüssel

NATO (2001): NATO-Handbuch, Brüssel

NATO (2005): Security Through Partnership, Brüssel

NATO (2006): NATO-Handbook, Brüssel

NATO (2008): NATO-Handbook, Brüssel

NATO (2010): NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement, Brüssel

11.3 Pressemitteilungen & Presse

Albright, Madeleine K. (1998): The Right Balance Will Secure NATO's Future, in: Financial Times, 7 December 1998

First Joint Crisis Management Exercise (CME/CMX 03), EU Amtsblatt Nr. 1457/03 (Presse 322), Brüssel

IMS Press Release (2001)003: NATO's Military Committee meets with EU Military Committee at NATO Headquarters, Brüssel

Intervention by Dr Javier Solana, High Representative for CFSP, COPSi/NAC first joint meeting, Brüssel, 19 September 2000, Brüssel, in: Chaillot Paper 47 (2001), S. 94-101

NATO Press Release (96)66: Signature of Security Agreement between NATO and WEU, Brüssel

NATO Press Release (2002)140: Statement by the Secretary General, Brüssel

NATO Press Release (2003)025: Statement by NATO Secretary general, Lord Robertson, Brüssel

NATO Press Release (2003)133: First Joint EU-NATO Crisis Management Exercise (CME/CMX 03), Brüssel

Press Briefing by Ambassador Nicholas Burns, US Mission to NATO, 30. September 2003, Brüssel

Remarks by Javier Solana, EU High Representative for the Common Foreign and Security Policy following the arrangement on the establishment of EU-NATO permanent arrangements, 16 December 2002, Amtsblatt Nr. S0240/02, Brüssel

Sicherheitsexperte, Paul Luif: „Neutralität schadet Österreichs Glaubwürdigkeit“, in: Kurier, 23. August 2010, S. 3

11.4 Dokumente

Audit of Assets and Capabilities for European Crisis Management Operations, Recommendations for Strengthening European Capabilities for Crisis Management Operations, WEU Ministerial Council, 22./23. November 1999, Luxemburg, in: Chaillot Paper 47 (2001), S. 73-76, Paris. S. 73

Background on EU-NATO: The Framework for Permanent Relations and Berlin Plus, Press Note, 11. November 2003, Brüssel

Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP, Europäisches Parlament, 28. Jänner 2009, A6-0032/2009, Brüssel

Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie, Sicherheit Schaffen in einer Welt im Wandel, Europäischer Rat, 11. Dezember 2008, Brüssel

Conclusions of the Presidency, European Council, 19/20 June 2000, Santa Maria da Feira

Conclusions of the Presidency, European Council, 7-9 December 2000, Nice

Council Decision on the Launching of the European Union military operation in Bosnia and Herzegovina, 25 November 2004, Amtsblatt Nr. L 353/21, Brüssel

Council Decision on the launching of the European Union military operation in the Democratic Republic of Congo, 12 June 2003, Amtsblatt Nr. L 147/42, Luxembourg

Council Decision relating to the launch of the EU Military Operation in the former Yugoslav Republic of Macedonia, 18 March 2003, Amtsblatt Nr. 7537/03, Brüssel

Declaration on European Military Capabilities, Military Capability Commitment Conference, 22 November 2004, Brüssel

De Vaucorbeil, Sophie (2008): The changing transatlantic defence market, in: Keohane, Daniel [Hrsg.]: Towards a European Defence Market, Chaillot Paper 113, Paris. 111

EU Battlegroups, Fact Sheet, EU Council Secretariat, Februar 2007, Brüssel

Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 29. April 2003, Brüssel, in: Internationale Politik 58 (2003), Berlin

Headline Goal 2010, General Affairs and External Relations Council, 17 May 2004, Brüssel

Joint Declaration at the British-French Summit, 3./4. Dezember 1998 in: Chaillot Paper 47 (2001), S. 8-9

National Security Strategy 2010, Washington DC

NATO 2020: Assured Security, Dynamic Engagement, Analysis and Recommendations of the Group of Experts on a New Strategic Concept for NATO, 17. Mai 2010, Brüssel

European Defence: NATO/EU Consultation, Planning and Operations, vorgelegt dem Europäischen Rat, 12./13. Dezember 2003, Brüssel

NATO Press Communiqué M-1(94)3: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Brüssel

NATO Press Communiqué M-NAC-1(96)63: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Berlin

NATO Press Communiqué M-NAC(DM)-2(96)89: Meeting of the North Atlantic Council in Defence Ministers Session, Brüssel

NATO Press Release NAC-S(99)64: Washington Summit Communiqué, Washington D.C..

NATO Press Release NAC-S(99)65: The Alliance's Strategic Concept, Washington D.C.

NATO Press Release M-NAC-2(2000)124: Ministerial meeting of the North Atlantic Council, Final Communiqué, Brüssel

NATO Press Release (2002)127: Prague Summit Declaration, Prague

NATO Press Release (2002)142: European Union-NATO Declaration on ESDP, Brüssel

NATO Press Release (2003)059: Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Final Communiqué, Madrid

NATO Press Release (2004)170: Kommuniqué zum Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Außenminister, Brüssel

Report on the role of NATO in the security architecture of the EU, European Parliament, 28. January 2009, Brussels

Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 3./4. Juni 1999, Köln

Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 10./11. Dezember 1999, Helsinki

Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 12./13. Dezember 2002, 15917/02, Copenhagen

Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 12. Dezember 2003, Brussels

Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 15./16. Juni 2005, Brussels

Termination of the EU-led military operation CONCORDIA (fYROM), Launch of the EU police mission Proxima (fYROM), European Council, Press Briefing, 8 December 2003, Brussels

The Alliance's Strategic Concept, 24. April 1999, Washington DC

The battlegroups concept – UK/France/Germany food for thought paper, 10 February 2004, Brussels, in: Chaillot Paper 75 (2005), S. 10-16

The National Security Strategy 2006, Washington DC

Toolbox Paper, Meeting of European Union Defence Ministers, 28 February 2000, Paris, in: Chaillot Paper 47 (2001), S. 94-101

Vertrag über die Europäische Union, Amtsblatt Nr. C 191, 29. Juli 1992, Maastricht

Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte, Amtsblatt Nr. C 340, 10. November 1997, Amsterdam

Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, 13. Dezember 2007, Amtsblatt C 306, Lissabon

Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte, 26. Februar 2001, Amtsblatt Nr. C 80/01, Nizza

11.5 Internetquellen

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus – Webseite: www.km.bayern.de (20. August 2010)

BMVg-Webseite: www.bmvg.de (20. August 2010)

Carnegie Endowment – Webseite: www.carnegieendowment.org (20. August 2010)

CIA-World Fact Book: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/us.html (20. August 2010)

Defense News – Webseite: www.defensenews.com (20. August 2010)

EU-Webseite: <http://europa.eu/> (20. August 2010)

Federation of American Scientists – Webseite: www.fas.org (20. August 2010)

Guardian Online: www.guardian.co.uk (20. August 2010)

NATO-Webseite: www.nato.int (20. August 2010)

Schwedische EU-Präsidentschaft 2009 – Offizielle Website: www.se2009.eu (20. August 2010)

SIPRI-Webseite: www.sipri.org (20. August 2010)

11.6 Experteninterviews

Agathonos, Philipp: Persönliches Interview, 18. September 2008, 09:45-10:30, ÖV-EU, Brüssel

Botschaftsrat Mag. Philipp Agathonos ist Erster Sekretär an der Österreichischen Vertretung bei der NATO und stellvertretender Vertreter beim PSK.

Alhadeff, Jan: Telefoninterview, 17. September 2008, 11:00-11:30, geführt zwischen NATO-HQ (Festnetz) und Justus Lipsius (Festnetz), Brüssel

Jan Alhadeff ist Abteilungsleiter im Referat für horizontale Angelegenheiten, Kapazitäten, Waffen, Terrorismus/ESDP, Weltraumangelegenheiten und Unionsagenturen sowie EU-NATO-Beziehungen des Direktorats 8 für Verteidigungsangelegenheiten im DG E für Außenbeziehungen und Politisch-Militärische Angelegenheiten des RdEU und zuständig für EU-NATO-Beziehungen.

Altan, Özgür: Persönliches Interview, 25. September 2008, 16:00-16:30, Türkische Vertretung bei der NATO, NATO-HQ, Brüssel

Özgür Altan ist erster Sekretär an der Türkischen Vertretung bei der NATO und zuständig für EU-NATO-Beziehungen.

Cornu, Christophe: Persönliches Interview, 8 September 2008, 15:30-16:15, PASP-Division, NATO-HQ, Brüssel

Christophe Cornu ist designierter Leiter der Abteilung für NATO- und multilaterale Angelegenheiten in der PASP-Division der NATO und zuständig für NATO-EU-Beziehungen.

Prummer, Karl: Persönliches Interview: 29. April 2010, 10:00-10:40, BMeiA, Wien

Gesandter Mag. Karl Prummer war zum Zeitpunkt des Interviews Leiter des Referats Europäische Sicherheitspolitik in der Abteilung für Sicherheitspolitische Angelegenheiten der Politischen Sektion im BMeiA. Aktuell ist er vom BMeiA an den Heiligen Stuhl entsandt.

Shea, Jamie: Persönliches Interview, 23. Juli 2008, 10:00-10:45, Kabinett des Generalsekretärs, NATO-HQ, Brüssel

Jamie Shea hat aktuell die Position des Direktors für Politikplanung im Büro der NATO-Generalsekretärs inne. Zuvor war er in verkehrt chronologischer Reihenfolge DASG für äußere Angelegenheiten in der PDD, Direktor für Information und Presse, NATO-Pressesprecher und stellvertretender Direktor für Information und Presse, stellvertretender Leiter in der Abteilung für Politikplanung und multilaterale Angelegenheiten der Politischen Direktion, Redenschreiber des NATO-SG sowie Entwerfer ministerieller Kommuniqués und Politikplanung der Ministertreffen, Assistent des NATO-SG für Sonderprojekte, uvm.

Theiler, Olaf: Persönliches Interview: 23. September 2008, 16:00-17:00, Kantine, NATO-HQ, Brüssel

Theiler, Olaf: Telefoninterview, 28. April 2010, 16:30-17:20, geführt zwischen Wien (Mobiltelefon) und NATO-HQ (Festnetz)

Dr. Olaf Theiler ist Experte für US-Außenpolitik, Transatlantische Beziehungen, NATO-Politik und Europäische Sicherheitspolitik. Bis 2007 war er im Wissenschaftlichen Stab der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation zunächst als Dozent für Sicherheitspolitik, später als Fachbereichsleiter Information wissenschaftlich tätig. Seit 2007 ist er vom Bundesministerium der Verteidigung als Nationaler Experte in die OPS-Division der NATO im NATO-Hauptquartier in Brüssel entsandt.

Trischak, Reinhard: Persönliches Interview, 5. Mai 2010, 13:30-14:20, BMLVS, Wien

Brig Mag. Reinhard Trischak ist Leiter der Abteilung für Militärpolitik in der Direktion für Sicherheitspolitik, einer Stabstelle des Generalstabs im BMLVS. Vormalig fungierte er auch während der österreichischen EU-Präsidentschaft als stellvertretender Leiter der Militärvertretung in Brüssel und später als Direktor CON/CAP beim EUMS.

Wosolsobe, Wolfgang: Persönliches Interview, 19. September 2008, 13:45-14:15, Österreichische Militärvertretung in Brüssel (EU/NATO), Brüssel

GenMaj Mag. Wolfgang Wosolsobe ist Militärvertreter und Leiter der Österreichischen Militärvertretung bei der EU und der NATO. Während der österreichischen EU-Präsidentschaft fungierte er als Direktor für Verteidigungspolitik.

Danksagung

Mein Dank gilt allen Befragten für ihre Zeit und Offenheit, allen voran Olaf Theiler³³⁵, für seine großzügige und wertvolle Anleitung und Beratung.

Besonderer Dank gilt Nikolaus Rottenberger³³⁶ für seine überaus großzügige und hilfreiche Unterstützung über die gesamte Dauer der Erstellung der Arbeit und Peter Vorhofer³³⁷ für seine großartige Hilfestellung in Sachen Forschungsdesign.

Weiterer Dank gilt Alexander Siedschlag³³⁸ für sein Input in Sachen theoretische Orientierung.

Auch möchte ich Madeleine Albright³³⁹, Alfred Schätz³⁴⁰, Friedrich Korkisch³⁴¹, sowie Johann Frank³⁴² für wertvolle Beiträge durch kritische Kommentare und bereichernde Diskussionen danken.

Zuguterletzt gilt mein außerordentlicher Dank meinem Diplomarbeitsbetreuer, Paul Luif³⁴³, für seine Anleitung, Geduld und Umsicht.

335 Zu Dr. Theilers fachlichem Kurzprofil siehe oben 11.8

336 ObstdhmfD Mag. Nik Rottenberger, MAIS, ist verantwortlich für Sicherheitspolitik im Kabinett des BM

337 ObstdG MMag. Dr. Peter Vorhofer ist Leiter der Attachéabteilung im BMLVS. Zuvor war er Chief Joint Military Affairs EUFOR und verantwortlicher im Sicherheitspolitik im Kabinett des BM

338 Prof. Siedschlag ist Universitätsprofessor für Politikwissenschaft und Leiter des Zentrums für Europäische Sicherheitsstudien an der Sigmund Freud Privatuniversität

339 Madeleine K. Albright ist ehemalige Außenministerin und UN-Botschafterin der USA und war meine Professorin an der Georgetown University in Washington, DC

340 Gen i. R. Dr. Alfred Schätz leitete bis 2003 das Heeresnachrichtenamt und fungierte hernach als Berater des BM

341 MinR iR ObstdhmfD Mag. Friedrich Korkisch, PhD, ist Direktor des Instituts für Außen- und Sicherheitspolitik in Wien, Vorsitzender des Beirates für Strategie und Sicherheitspolitik des BMLVS, ehem. Mitglied NATO Air Defense Committee und Experte NATO Strategic Concept

342 ObstdhmfD Mag. Dr., Johann Frank ist Leiter des Büros für Sicherheitspolitik im BMLVS

343 Univ.-Doz. Dr. Paul Luif ist Dozent für Politikwissenschaft an den Universitäten Wien und Salzburg und spezialisiert auf GASP und ESVP, die Erweiterung der EU, Europäische Integration, Neutralität und Bündnisfreiheit, Österreichische Außenpolitik sowie Österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

12. Abstract

Seit der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik legte nicht nur die weitreichend übereinstimmende Mitgliedschaft, sondern auch die ähnlichen Interessen und die mögliche Vermeidung von Duplizierungen eine Kooperation der EU mit der NATO nahe. Jedoch erwiesen sich die zahlreichen Bemühungen, funktionierende Beziehungen zwischen der EU und der NATO zu knüpfen, um einiges weniger einfach als sie offensichtlich sinnvoll sind.

Auf neorealistischer Basis und anhand einer Kombination aus aktueller Literatur und hochkarätigster Experteninterviews wird der Status Quo beleuchtet und auf Funktionalität hin geprüft. Nach einem kontextschaffenden geschichtlichen Überblick werden die Faktoren Kommunikation und Zusammenarbeit, in ihre Ebenen zerlegt, analysiert. Die Kommunikation zwischen den beiden Organisationen wird auf politischer Ebene, Organisationsebene und Operationsebene erörtert, während die Zusammenarbeit im Hinblick auf Operationen sowie Ressourcen und Kapazitäten ergründet wird. Besondere Beachtung wird der Dynamik zwischen den beiden treibenden Kräften, EU und USA, sowie der Türkei-Zypern-Problematik geschenkt.

Realpolitisch besteht die Zusammenarbeit der beiden Organisationen aktuell ausschließlich aus der Zurverfügungstellung militärischer Planungs- und Kommandokapazitäten von Seiten der NATO an die EU im Rahmen von ALTHEA und Versuchen Interoperabilität zu schaffen. Langfristig wird diese mäßig funktionale Kooperation zwischen der EU und der NATO im besten Fall zu einer funktionierenden Koordinierung heranreifen, eine Duplizierungsvermeidungs- oder klare Aufgabenteilungsfunktion jedoch nie erreichen. Die EU wird also weiterhin parallel eine gewisse Eigenständigkeit verfolgen. Da eine militärische Duplizierung für die Nationalstaaten jedoch unökonomisch ist, kommt das „Single Force Konzept“ zum Tragen, welches eine allgemeine Truppenbereitstellung und situationsbedingte Entsendungsentscheidung jedes einzelnen Mitgliedsstaats an EU oder NATO vorsieht, was wiederum die spontane, autonome Handlungsfähigkeit beider Organisationen

einschränkt. Eine stärkere Kooperation EU-NATO wird also auch in Zukunft von großer Wichtigkeit sein.

Aus den Perspektiven beider Organisationen bzw. der dahinter stehenden Länder und treibenden Kräfte spricht viel für die Sinnhaftigkeit den Aufwand weiterer Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen auf sich zu nehmen. Jedoch gäbe es genügend Gründe für die EU diesem bisher viel zu wenig erfolgreichen Langzeitprojekt eine Absage zu erteilen und sich auf eigene Beine zu stellen. Solange das nicht geschieht, wird die GSVP weiterhin subsidiär und abhängig im sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungsschatten der NATO stehen. Und solange die Türkei-Zypernproblematik nicht gelöst ist, gilt es grundsätzlich von ebendiesen geduldete informelle Konsultations- und Kooperationsmöglichkeiten bis zur Schmerzgrenze auszureizen, um eine aktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Lebenslauf

Ausbildung		
Jan-Mai 2009	Georgetown University (Walsh School of Foreign Service & McDonough School of Business)	Internationale Sicherheitspolitik, Internationales Management & Strategie
Seit Okt 2005	Universität Wien	(Joint-Study Stipendienprogramm) GPA: 3,6
Seit Okt 2004	Universität Wien	Politikwissenschaft (Diplomstudium)
Seit Okt 2006	Universität Wien	Rechtswissenschaften (Diplomstudium)
1995 – 2003	Akademisches Gymnasium Innsbruck	Betriebswirtschaft (Bakkalaureatsstudium)
		Matura (Auszeichnung)
		Innsbruck, AT
Präsenzdienst		
2003 – 2004	Hochgebirgskompanie	Scharfschützentruppkommandant
		Absam i. T., AT
Arbeitserfahrung		
Feb-Jun 2010	Erste Group Bank	Berufspraktikant (Konzernstrategie)
Okt-Dez 2008	McKinsey & Company	Fellow Intern (Industriesektor: Automobil, Funktionaler Bereich: Strategie) Praktikum endete mit einem Angebot
Jul-Sep 2008	Österreichische Vertretung bei der NATO	Praktikant (Assistent des Chargé d’Affaire)
Mär-Jun 2008	Binder Grösswang Rechtsanwälte	Juristischer Praktikant (Kartellrecht)
Sep 2007	Binder Grösswang Rechtsanwälte	Sommerpraktikumsprogramm (Finanzierung, M&A, Arbeitsrecht)
Jul 2007	Österreichische Außenhandelsstelle in Kairo	Praktikant (Assistent des Handelsattachés)
Aug 2006 –	Bundesministerium für Landesverteidigung,	Praktikant (sicherheitspolitische und strategische Beratung
Jan 2007	Direktion und Büro für Sicherheitspolitik	des Ministers und des Kabinetts)
		Wien, AT
		München, DE
		Brüssel, BE
		Wien, AT
		Wien, AT
		Kairo, EG
		Wien, AT
Weitere Praxiserfahrung		
2006 – 2008	Krieau Wiener Trabrennverein	Wettkassier
Aug-Sep 2002 & Aug-Sep 2003	Werbeagentur Wesser	Freier Dienstnehmer
2002 – 2003	Westside Musical Production	Gastsolist/Hauptrolle („Bobby“ in dem Mucical „A Chorus Line“)
2001 – 2003	Tanzschule Polai	Lehrassistent (Standardtänze und lateinamerikanische Tänze)
Aug-Sep 2000	Institut für Analytische Chemie und Radiochemie, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck	Forschungspraktikant (auf Empfehlung des Vereins für Hochbegabtenförderung)
1996 – 1997	Tiroler Landestheater	Gastsolist/Hauptrolle („Der junge Elias“ in der Oper „Schlafes Bruder“)
		Innsbruck, AT

Stipendien & Talentförderprogramme

2010	Europäisches Forum Alpbach	Vollstipendium	Alpbach, AT
2010	Vorstand zu Vorstand	5 „Buddy-Paarungen“ aus 600 akt. od. zuk. Berufseinsteigern sprechen mit Vorständen über deren und ihre Karriere	Wien, AT
2009	Students4Excellence	Top 100 Stipendium	Wien, AT
2009	Europäisches Forum Alpbach	Vollstipendium	Alpbach, AT
2009	E-Fellows	Deutsches Talentprogramm	München, DE
2009	Joint Study Stipendium	Ein Semester an der Georgetown University (6 Studenten der Universität Wien p.a.)	Washington, D.C., US
2008	Students4Excellence	Österreichisches Top-Talentprogramm	Wien, AT
2008	Leistungsstipendium der Universität Wien	Grundlage: Notenschnitt	Wien, AT
2007	Talent Circle 07	Talentförderprogramm für 11 Studenten, ausgewählt aus allen Universitäten Wiens	Wien, AT
2007	Leistungsstipendium der Universität Wien	Grundlage: Notenschnitt	Wien, AT
2001	United World Colleges Stipendium	„Short Course“ (Schwerpunkte: „Conflict Resolution“, Internationale Kommunikation, Umweltsysteme und Meeresbiologie)	Kotor, ME

Außeruniversitäres & Außerschulisches

Mai 2009	Göttingen Model United Nations	USA im Sicherheitsrat	Göttingen, DE
Dez 2007	International Negotiations	USA in Kirkuk-Verhandlungen	Wien, AT
Aug 2004 – 2007	Vienna International Model United Nations	2007: Präsident des Sicherheitsrates 2006: Vizepräsident des Internationalen Gerichtshofes 2005: Vorsitzender der Menschenrechtskommission 2004: USA im Sicherheitsrat	UNOV
Feb 2005	Harvard National Model United Nations	Schweden im 1. Komitee der Generalversammlung über Abrüstung und Internationale Sicherheit	Boston, US
Okt 2004	Oxford International Model United Nations	Russischer Außenminister im Krisenkomitee	Oxford, UK
1998 – 2003	Chemie-Olympiade	Wettbewerbe und Seminare des Clubs zur Hochbegabtenförderung	Innsbruck, AT
1997 – 2001	Mathematik-Olympiade	Wettbewerbe	Innsbruck, AT
2000 – 2003	Schulschachclub	Wettbewerbe	Innsbruck, AT

Soziales Engagement

seit 2010	Rotaract Multidistrikt 1910/1920	Mitglied des Multidistriktvorstands, RCO Austria 2010/2011	International/AT
seit 2008	Talente Österreich	Mitbegründer, Mitglied des Vorstands, Mentor	Wien, AT
seit 2007	Rotaract Club Wien-Innere Stadt	Mitglied des Vorstands, 1. Vortragsmeister, Jährliche Sozialprojekte	Wien, AT
seit 2001	United World Colleges National Committee and Network Austria	Vizepräsident (02-07), Vorsitzender des Auswahlkomitees, Chefredakteur der Nationalen Zeitschrift, Internationale Sozialprojekte	Wien, AT/ International
1992 – 1999	Österreichische Katholische Jungschar	Ausgebildeter Gruppenleiter	Innsbruck, AT

Sprachen

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Verhandlungssicher in Wort und Schrift
Grundkenntnisse	Italienisch, Spanisch

Hobbys

Musik	Gesang (Knabenchor, Oper, Musical und zahlreiche Chöre), Trompete (Brass Band, Big Band, Musikkapellen, Orchester und Ensembles)
Sport	Tanz (Turniertanz, Lehrassistent), Karate (Assistenztrainer), Ju Jitsu, Basketball, Tennis, Sportklettern, Surfen
Kunst	Bildnerische Kunst

Mitgliedschaften

Akademisches Forum für Außenpolitik, IG Alpbach Wien, IvyPlus Austria, Rotaract International, Talente Österreich, United World Colleges
--

Preise & Auszeichnungen

Wirtschaft	2009	„Abenteuer Unternehmensgründung“ (Business-Plan-Wettbewerb der Erste Group Bank, WKÖ und i2b)	2. Platz (Kategorie: „S4E“)
Verhandlung, Debatte & Diplomatie	2009	Göttingen Model United Nations	„Best Delegate Award“
	2007	International Negotiations (Simulationskonferenz)	„Best Speaker Award“
	2004	Vienna International Model United Nations	„Best Speaker Award“
	2002	21. Bodensee-Tanzfest (Internationales Tanzturnier)	6. Platz
	2001	Kurier Tanzsport-Talentesuche (Regionales Nachwuchsturnier)	1. Platz
	2001	Kurier Talentewettbewerb (Regionales Nachwuchsturnier)	2. Platz
	2002	Hypo Bank Foxx² Kunstpreis	2. Platz
	2002	AGI-Schulschachbewerb (Einzel)	6. Platz
	2002	Tiroler Sparkassen Schulschach Mannschaftsmeisterschaft	7. Platz
	2000	AGI-Schulschachbewerb (Team)	3. Platz
Trompete	2002	Blasmusikverband Tirol, Landeswettbewerb	1. Preis
	2002	Blasmusikverband Tirol, Bezirkswettbewerb	1. Preis
	2001	Big Band Landeswettbewerb Tirol	1. Platz
	2000	Prima La Musica, Bundeswettbewerb Österreich	1. Preis
	2000	Prima La Musica, Landeswettbewerb Tirol	1. Preis
	2000	Blasmusikverband Tirol, Landeswettbewerb	1. Preis
	2000	Blasmusikverband Tirol, Bezirkswettbewerb	1. Preis
	2001	26. Österr. Chemie Olympiade, Landeswettbewerb Tirol für Fortgeschrittene	Top 10
	2000	27. Österr. Chemie Olympiade, Landeswettbewerb Tirol für Fortgeschrittene	Top 5
	2001	32. Österr. Mathematik Olympiade, Gebietswettbewerb Westösterreich für Fortgeschrittene	Top 20
Mathematik	2000	31. Österr. Mathematik Olympiade, Landeswettbewerb Tirol für Anfänger	Top 10